

Bavar.

2339

fd

fuoren. 1894.

Schanz

Bavar. 2339 fd

Bayer 2339 fl

DAS
ERBE DER WITTWEN UND WAISEN
DER
UNIVERSITÄTSPROFESSOREN.

Lepitz
gsm
EIN BEITRAG

ZUR
LÖSUNG DER KOLLEGIENGELDFRAGE IN BAYERN.

VON
DR. GEORG SCHANZ
PROFESSOR DER NATIONALÖKONOMIE IN WÜRZBURG.

BAMBERG.
C. C. BUCHNER VERLAG
RUDOLF KOCH.

1897.

150

11/5/92

DAS
ERBE DER WITTWEN UND WAISEN
DER
UNIVERSITÄTS-PROFESSOREN.

Selbständig erschienene Schriften desselben Verfassers:

Zur Geschichte der deutschen Gesellenverbände. Mit 55 bisher unveröffentlichten Dokumenten aus der Zeit des 14. bis 17. Jahrhunderts. Leipzig, Duncker & Humblot 1877. 295 S. M. 6.

Englische Handelspolitik gegen Ende des Mittelalters mit besonderer Berücksichtigung des Zeitalters der beiden ersten Tudors Heinrich VII und Heinrich VIII. Mit dem 1. Benekepreis in Göttingen gekröntes Werk. 2 Bände. Leipzig, Duncker & Humblot. 1881. 684 und 672 S. M. 32.

Zur Geschichte der Kolonisation und Industrie in Franken. Zwei Abtheilungen. Erlangen. Andreas Deichert. 1884. (Zugleich I. Band der vom Verfasser herausgegebenen bayerischen Wirthschafts- und Verwaltungsstudien.) 428 und 356 S. M. 12.

Die Steuern der Schweiz in ihrer Entwicklung seit Beginn des 19. Jahrhunderts. 5 Bände. Stuttgart. J. G. Cotta'sche Buchhandlung. 1890. M. 40.

Die Kettenschleppschiffahrt auf dem Main. Bamberg. C. C. Buchner Verlag (Rud. Koch). 1893. 101 S. M. 2.

Der Donau-Main-Kanal und seine Schicksale. Mit 1 Karte. Bamberg. C. C. Buchner Verlag (Rud. Koch). 1894. 190 S. M. 4.50.

Die Mainschiffahrt im 19. Jahrhundert und ihre künftige Entwicklung. Bamberg. C. C. Buchner Verlag (Rud. Koch). 1894. 420 S. M. 7.

Zur Frage der Arbeitslosen-Versicherung. Untersuchungen. Bamberg. C. C. Buchner Verlag (Rud. Koch). 1895. 384 S. M. 6.50.

Neue Beiträge zur Frage der Arbeitslosenversicherung. Berlin. Carl Heymanns Verlag. 1897. 215 S.

Finanzarchiv. Zeitschrift für das gesamte Finanzwesen. Begründet 1884. Bis jetzt 13 Jahrgänge zu je 2 Bänden. Stuttgart. J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf. 1884—1896. Jhrg. 24.



DAS

ERBE DER WITTWEN UND WAISEN

DER

UNIVERSITÄTSPROFESSOREN.

EIN BEITRAG

ZUR

LÖSUNG DER KOLLEGIENGELDFRAGE IN BAYERN.

VON

DR. GEORG SCHANZ

PROFESSOR DER NATIONALÖKONOMIE IN WÜRZBURG.

BAMBERG.

C. C. BUCHNER VERLAG

RUDOLF KOCH.

1897.



Vorwort.

Es ist gewiss eine auffallende Erscheinung, dass der ordentliche Universitätsprofessor in Bayern den Rang eines Kollegialraths hat, aber nicht dessen Rechte. In Folge dessen bezieht er ein geringeres Gehalt, als z. B. ein Gymnasialrektor, ein Oberzollrath, ein Reichsarchivrath, und seine Kinder haben nach seinem Tod nicht dasselbe Maass staatlicher Fürsorge zu beanspruchen, wie die Kinder der genannten Kategorien. Der Grund für diese Abnormität ist bekanntlich darin zu suchen, dass die Professoren ausser ihrem Gehalt noch Kollegiengelder beziehen. Nun ist neuerdings die Kollegiengeldfrage wie anderwärts so auch in Bayern aufgeworfen und diskutirt worden. Merkwürdigerweise ist aber bei den darüber im bayerischen Landtag gepflogenen Verhandlungen die Versorgung der Wittwen und Waisen der Universitätsprofessoren gänzlich ausser Acht geblieben.

Indem ich auf diese Lücke hinweise, bin ich mir bewusst, einen wunden Punkt im bayerischen Universitätswesen zu berühren. Jeder, der je an Senatsverhandlungen theilzunehmen in der Lage war, hat gewiss es stets höchst peinlich empfunden, wenn er wahrnehmen musste, wie Wittwen und unversorgte Töchter verstorbener Kollegen oft sich genöthigt sahen, um Unterstützungen zu bitten. Als mir im Jahre 1884 zum ersten Mal ein solches Gesuch entgegen trat, hielt ich es kaum für möglich, dass bei einer derartigen Korporation so unzu-

reichend für die Relikten von ehemals oft hochgeachteten, und berühmten Kollegen gesorgt sei. Stets hatte ich die Ueberzeugung, dass man dahin streben müsse, die Hinterbliebenen aus dieser demüthigenden Lage zu befreien.

Soll eine Regelung der Kollegiengeldfrage erfolgen, so erfordert zweifelsohne die ausgleichende Gerechtigkeit, dass zugleich für die Wittwen und Waisen in ausgiebigem Masse gesorgt werde.

Selbstverständlich kann man hierbei verschiedene Wege einschlagen, doch will mir scheinen, als ob meine Vorschläge, die auf einer Art Selbsthilfe und solidarischen Zusammenstehens beruhen, das Ziel am besten erreichen lassen; und würden sie die prinzipielle Billigung finden, so wäre damit auch die Kollegiengeldfrage für Bayern in der Hauptsache gelöst.

Wohl erfordern auch diese Vorschläge ein kleines Opfer; ohne Opfer ist aber im Leben nichts zu erreichen. Soviel ist aber gewiss, kein Opfer wird so wohlthätig wirken und so dankbare Gesinnungen wecken, als das, welches sich die Kollegen hier selbst auferlegen und ihren Hinterbliebenen gewissermassen als Erbe hinterlassen.

Eine Reihe von Universitäten haben bereits eingegriffen, wenn auch nicht in ganz zulänglicher Weise; aber ihr Vorgehen beweist, wie tief das Bedürfniss einer ausreichenden Fürsorge allseitig empfunden wird. Möge es den bayerischen Universitäten beschieden sein, mit einer befriedigenden Lösung den übrigen voranzuleuchten.

W ü r z b u r g am Ostersonntag 1897.



Inhalt.

	Seite
I. Das bayerische Programm und die preussische Reform hinsichtlich der Kollegiengelder	1
II. Die jetzige Lage der Wittwen und Waisen der Professoren an den bayerischen Universitäten	23
III. Die Universitätsprofessoren und der allgemeine Unterstützungsverein für die Hinterlassenen der k. b. Staatsdiener	31
IV. Zur Frage der Standesrechte der Universitätsprofessoren	41
V. Private Fürsorge für die Hinterbliebenen an einzelnen Universitäten und Gymnasien	45
VI. Vorschläge zur besseren Versorgung der Hinterbliebenen der bayerischen Universitätsprofessoren	58





I. Das bayerische Programm und die preussische Reform hinsichtlich der Kollegiengelder.

Nach dem Gehaltsregulativ vom 11. Juni 1892¹⁾ beträgt in Bayern das normale Gehalt eines ordentlichen Professors 4560 Mk. und steigt dreimal um 360 Mk. und dann um 180 Mk. nach je 5 Jahren; das Gehalt des ausserordentlichen Professors beträgt 3180 Mk. und steigt gleichfalls dreimal um 360 Mk. und dann um 180 Mk. nach je 5 Jahren. Jenen Professoren, deren Gehaltsbezüge abweichend von den allgemeinen Normen des Gehaltsregulativs festgesetzt sind, werden über den Betrag von 9000 Mk. hinaus Alterszulagen nicht gewährt. Zu dem Gehalt kommt ein Wohnungsgeldzuschuss als eine „nichtpragmatische“ d. h. nicht pensionsfähige Gehaltszulage; dieselbe beträgt für ordentliche Professoren 540 Mk., für ausserordentliche 420 Mk. Der Wohnungsgeldzuschuss fällt fort für Professoren, welche — ohne förmlich in den Ruhestand versetzt zu sein — von der Verpflichtung zur Abhaltung von Vorlesungen entbunden sind oder ihre Funktionen tatsächlich nicht mehr ausüben²⁾, ferner, wenn und soweit die Kollegienhonorare den Betrag von 1200 Mk. übersteigen, beziehungsweise mit Einrechnung des Wohnungsgeldzuschusses übersteigen würden³⁾, endlich wenn ein anormales Gehalt gewährt wird und die Differenz gegenüber dem Normalgehalt den Betrag von 1200 Mk. überschreitet⁴⁾.

1) Ges. u. V.-Bl. Nr. 29 S. 209 f.

2) § 8 d der Allerh. Ver. v. 11. Juni 1892 Ges. u. V.-Bl. S. 211.

3) § 8 c und § 11 a. a. O.

4) § 8 a a. a. O.

Der ordentliche Professor hat den Rang eines Regierungsrathes, aber nicht die Rechte und nicht das Gehalt eines solchen; mit Rücksicht auf die Nebeneinnahmen steht der Professor nicht in der Gehaltsklasse Vb, sondern Vc, was einen Gehaltsunterschied von 360 Mk. bedeutet¹⁾.

Die Honorare für die Vorlesungen sind durch ministerielle Verordnungen geregelt; die geltenden Normen lassen sich aus den Universitätssatzungen vom 22. Februar 1891 ersehen.

Nachdem die Kollegiengeldfrage bereits in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 8. März 1894 Gegenstand ausführlicher Erörterung gewesen war²⁾, wurde sie im folgenden Landtag wieder aufgegriffen. In der Sitzung vom 3. März 1896³⁾ hat dann der jetzige bayerische Unterrichtsminister in ausführlicher Weise den Standpunkt der Regierung dargelegt.

Vor allem wies er darauf hin, dass vielfach irrige Anschauungen über die Höhe der Einnahmen, welche die Professoren aus den Kollegiengeldern bezögen, verbreitet seien; die Wahrheit sei die, dass 46 % der Universitätsdozenten nur eine ganz mässige Einnahme aus den Kolleggeldern, nämlich bis zu 1000 Mk. hätten. „Das ist doch gewiss nicht viel, wenn man dabei bedenkt, dass der Universitätsprofessor wohl den Rang, aber nicht den Gehalt eines Kollegialrathes hat — er steht ja eine Klasse hinter ihm —, und wenn man dabei weiter bedenkt, dass ihm, wenn die Kollegiengelder ein gewisses Maass erreichen, auch noch der Wohnunggeldzuschuss abgezogen wird.“ Weitere 30 % der Universitätsdozenten hätten eine Einnahme von Kollegiengeldern bis zu 5000 Mk., 76 % hätten also durchaus mässige und mittlere Einnahmen und nur 24 % gingen etwas höher⁴⁾, darunter allerdings zwei Professoren mit einer Honorarien-Einnahme bis zu 30000 Mk. und einer mit einer solchen von etwa 40000 Mk. Dem gegenüber müsse aber hervorgehoben werden, dass es sich um Leute handle, denen, wenn

1) Der ordentliche Professor hat also z. B. ein um 360 Mk. geringeres Gehalt, als die Regierungsräthe, Rektoren der Lyceen, Industrieschulen, humanistischen Gymnasien, Realgymnasien, Bibliothekare der Hof- und Staatsbibliothek, die Oberzollräthe u. s. w.

2) Stenogr. Berichte Bd. III S. 145 fg.

3) Stenogr. Berichte VII. Bd. S. 268 f.

4) Vgl. damit die ähnlichen Ergebnisse in Preussen in dem Aufsatz von Lexis, die Gehälter und Kollegiengelder der Universitätsprofessoren. Akademische Revue III. Jhrg. S. 193 fg.

sie sich der Industrie, dem bürgerlichen Berufe widmen würden, es sehr leicht wäre, eine noch viel höhere Einnahme zu erzielen. Wenn man von Missbräuchen im Honorarienwesen rede, so sei doch darauf aufmerksam zu machen, dass diese angeblichen oder diese wirklichen Missbräuche bisher amtlich nicht beanstandet worden seien, es handele sich um Verhältnisse, die mit Kenntniss und Zustimmung der Staatsregierung und, wie er glaube, auch des Landtags im Laufe der Dezennten sich herangebildet hätten, und an denen die Professoren deshalb festhielten, weil es ihnen bis jetzt noch kein Mensch verwehrt und beanstandet habe. Was die Beschwerdepunkte betreffe, die bisher bezüglich des Honorarienwesens geltend gemacht worden seien, so werde geklagt über zu grosse Belastung der Studenten, insbesondere der ärmeren Studenten; dann werde geklagt über zu grosse Belastung der Staatskasse und darüber, dass die Staatskasse an der Honorarieneinnahme keinen Antheil habe; endlich bilde einen Gegenstand der Klage das Missverhältniss in den Einnahmen der einzelnen Professoren, und in der That, einzelne Professoren hätten sehr wenig, kaum 100 Mark, und bei andern Professoren gehe es wieder ziemlich hoch hinauf. Sein Amtsvorgänger sei schon der Reform, wie er dem Landtag versprochen habe, näher getreten und habe mündlich mit dem preussischen Kultusminister sich benommen, ohne dass es zu einer bestimmten Formulirung gekommen. Er habe diese vertraulichen Besprechungen fortgesetzt, und es sei eine vorläufige Verständigung zwischen ihm und dem preussischen Kultusminister, in der die Zielpunkte der Reform bezeichnet seien, erreicht worden. Einen bindenden Charakter habe diese Verständigung noch in keiner Weise. Aber er konstatire, dass, wenn der Weg beschritten werden solle, den der Landtag wünsche, nämlich möglichst in Uebereinstimmung mit andern Regierungen und insbesondere mit der preussischen Regierung vorzugehen, man nicht anders werde verfahren können, als folgendermassen. (Bei der Wichtigkeit der Sache gebe ich den bezüglichlichen Passus der Rede im Wortlaut.)

Es handelt sich hauptsächlich um folgende Punkte bei der Reform.

Zunächst besteht nach der bayerischen Honorarordnung ein höherer Honorarsatz als der normale von 4 Mk. für solche Kollegien, mit welchen besondere Auslagen verbunden sind. Der Honorarsatz von 4 Mk. bezieht sich auf die Wochenstunden, also Kollegien, die viermal wöchentlich gelesen werden,

beanspruchen ein Honorar von 16 Mk. Nur für Kollegien, mit welchen besondere Auslagen verbunden sind, in welchen Demonstrationen gemacht werden u. dgl., kann ein Honorarsatz bis zu 8 Mk. für die Wochenstunde verlangt werden. Es beruht diese Bestimmung auf der Voraussetzung, dass die Auslagen, welche mit dem Kolleg verbunden sind, der Professor selbst bestreitet. Allein diese Voraussetzung trifft jetzt bekanntlich nicht mehr zu, es werden nahezu sämtliche Auslagen solcher Kollegien, Institutsbauten, innere Einrichtung, Instrumente, Apparate, Beheizung, Beleuchtung, Assistenten und Bedienung aus der Staatskasse bestritten, und es wird sich deshalb die Forderung rechtfertigen lassen, dass das Honorar für solche Vorlesungen, das ja, wie gesagt, bis zum Doppelten steigt, wieder entsprechend ermässigt wird, um dann Mittel für andere Zwecke frei zu bekommen.

Ein zweiter Punkt betrifft die *collegia privatissima*. Wie schon gestern auseinandergesetzt wurde, hat die dermalige Honorarordnung drei Arten von Kollegien, *publica*, *privata* und *privatissima*. Die *publica* sind unentgeltlich; für die *privata* gilt der gewöhnliche Honorarsatz; wer von den Kollegiengeldern ganz oder theilweise befreit ist, genießt diese Befreiung bei Besuch eines solchen *collegium privatum*. Die *collegia privatissima* sind in Bezug auf den Honorarsatz an keine Schranke gebunden und, was das Wichtigste ist: bei diesen *collegiis privatissimis* gilt der Grundsatz, dass die Honorarbefreiung keine Anwendung findet; also, wenn ein *collegium privatissimum* gelesen wird, so muss jeder Student bezahlen, auch derjenige, der sonst ganz oder theilweise vom Kollegiengeld befreit ist; und das ist einer der hauptsächlichsten Punkte, über welche bisher im Landtag geklagt worden ist. Ich glaube, anerkennen zu sollen, dass diese Klage in gewisser Beziehung eine berechtigte ist. Wenn ein Kollegium ein solches ist, welches die Studenten zu hören verpflichtet sind, weil sie in gewissem Sinne hiezu gezwungen sind, d. h. weil es ein Examensgegenstand ist — eine formelle Verpflichtung besteht nicht, wie ich schon zu erörtern die Ehre hatte —, wenn also thatsächlich der Student das Kolleg hören muss, sofern er das Examen bestehen will, so rechtfertigt es sich meines Erachtens nicht, ein solches Kollegium als ein *privatissimum* zu behandeln; es soll vielmehr bei solchen Kollegien auch der Grundsatz der Honorarfreiheit Geltung haben, und dasselbe möchte ich behaupten für solche Kollegien, welche ein Dozent kraft seines Lehrauftrages zu lesen verpflichtet ist. Auch für solche Kollegien würde es sich wohl empfehlen, vorzuschreiben, dass sie nicht als *privatissima* gelesen werden dürfen.

Dann ein dritter Punkt, der allerdings minder erheblich ist, und über welchen ich in Bayern noch nicht besonders habe klagen hören, das ist der, dass einzelne Kollegien allmählich über das früher übliche Maass hinaus ausgedehnt wurden, womit eine Steigung der Honorarsätze zusammenhängt. Wenn ein Kolleg, das bisher vierstündig war, nunmehr sechstündig gelesen wird, so kostet es statt 16 Mk. 24 Mk. Nun hat diese Ausdehnung der Kollegien ihre zwei Seiten: Die Professoren werden vielleicht sagen, der Stoff wird jetzt so massenhaft, dass wir mit einem vierstündigen Kollegium nicht mehr auskommen können, sondern ein sechstündiges brauchen, oder dass ein einsemestriges Kollegium auf zwei Semester ausgedehnt werden muss u. s. w. Anderer-

seits gibt es Leute, welche meinen, es sei nicht nothwendig, so viele Detail den Studenten in den Kollegien vorzutragen, man soll wie früher die Kollegien auf die prinzipiellen Fragen beschränken und in den bisherigen Zeitgrenzen halten. Nun, in der Frage einem Professor d'rein reden zu wollen, wie lange er sein Kolleg machen, ob er es als vierstündiges oder als sechstündiges u. s. w. lesen soll, halte ich für unmöglich; man kann einem Professor in dieser Beziehung keine Vorschriften machen. Allein man kann sagen: für jedes Kolleg gilt ein gewisser Normalsatz; dieses Kolleg wird als vierstündiges, jenes als sechstündiges gelesen, für dieses können zwei Semester in Anschlag gebracht werden, für jenes nur ein Semester. Es würde damit das Prinzip aufgestellt, dass für die einzelnen Kollegien eine Normalstundenzahl gilt, nach welcher das Honorar zu bemessen ist. Die Normalstundenzahl beschränkt aber den Professor nicht in der Möglichkeit, über die Normalstundenzahl hinaus das Kolleg auszudehnen.

Das wären die Reformen, die im Interesse der Studenten getroffen werden würden.

Damit ist aber noch nicht der Zweck erreicht, der auch ein Ziel der Reform bildet, nämlich der Universitätskasse gewisse Einnahmen zu verschaffen. Wir haben schon wiederholt darüber Klagen gehört, dass die Mittel der Universität so knapp bemessen sind. Es ist erst gestern von verschiedenen Herren darüber geklagt worden, dass die Universitäten mit so kleinen Forderungen an den Landtag kommen, mit Forderungen von 500 Mk., von 1000 Mk. für Ausstattung der einzelnen Institute, für Bibliothek- und Seminarzwecke, und der Herr Abgeordnete Dr. Günther hat selbst den Wunsch geäußert, dass der Landtag mit derartig kleinen Postulaten künftig verschont werden möchte. Auch der Herr Referent hat sich in diesem Sinne ausgesprochen. Dieser Wunsch kann aber nur erfüllt werden, wenn wir den Universitäten eine Einnahmequelle eröffnen, welche ihnen die Möglichkeit gäbe, einen Fond zu gewinnen, aus dem sie solche kleine, namentlich Regiebedürfnisse, Bibliothekbedürfnisse u. dgl. bestreiten können, und dazu werden nun gewiss die Gebühren dienen, die wir einführen wollen neben den Honorargeldern. Solche Nebengebühren sind an den preussischen Universitäten bereits eingeführt; es sind dort drei Klassen von Nebengebühren eingeführt, nämlich Auditoriengelder, Institutsgebühren und Praktikantenbeiträge. Das Auditoriengeld ist von jedem Studirenden zu entrichten und soll ein Beitrag zu den allgemeinen Kosten der Universität sein. Die Institutsgebühr ist zu entrichten von Studirenden der Medizin, der Naturwissenschaften, Pharmacie, Zahnheilkunde und Landwirthschaft; diese Gebühren sollen beitragen zu den besonderen Kosten der medizinischen und naturwissenschaftlichen Institute. Der Praktikantenbeitrag ist für den Besuch der Vorlesungen zu leisten, mit denen ein Materialverbrauch zu Lasten des Universitätsfonds stattfindet, z. B. bei anatomischen Präparirübungen, bei Uebungen in chemischen und pharmaceutischen Laboratorien. Diese Institutsgebühren sind in Preussen bereits eingeführt, man könnte sie auch an den bayerischen Universitäten einführen.

Was nun diese Gebühren betrifft, so werden dieselben so zu bemessen sein, dass die Entlastung, welche auf der einen Seite durch die Minderung des

Honorars eintritt, in der Hauptsache ausgeglichen wird durch die besonderen Gebühren. Wie hienach diese besonderen Gebühren zu bemessen sein werden, das wird Gegenstand besonderer Berechnung sein. Jedenfalls aber ist nicht beabsichtigt, eine erheblich höhere Belastung der Studenten eintreten zu lassen, und es besteht ferner die Absicht, soweit als thunlich die Honorarbefreiung auch auf diese Nebengebühren auszudehnen.

Indes, wenn wir diese Nebengebühren einführen, so haben wir aber damit doch nicht gleich die ganze volle Einnahme aus denselben zur Verfügung, denn es werden aus diesen Nebengebühren gewisse Entschädigungen zu bestreiten sein. Diejenigen Professoren, welche durch Aenderung der Honorariensätze einen Verlust an ihren Einnahmen haben, werden wahrscheinlich mehr oder minder Anspruch erheben und vielleicht zu erheben auch berechtigt sein, dass man ihnen eine Entschädigung gewähre. Wohlerworbene Rechte können wir natürlich nicht schädigen, und es müssen dann die Entschädigungen aus den Nebengebühren gewährt werden. Aber immerhin wird noch etwas übrig bleiben, meine Herren, welches dazu dienen kann, die kleineren Bedürfnisse der Universitäten und der Institute zu bestreiten, und andererseits werden wir vielleicht auch das Ziel erreichen können, dass gegenüber solchen Universitätslehrern, welche durch die Natur ihres Faches Einnahmen aus Kollegienhonarien nicht oder nur in ganz kleinem Maasse beziehen, ausgleichende Gerechtigkeit geübt wird. Denn, meine Herren, es gibt in der That viele Universitätslehrer, die sich mit sehr bescheidenen Einnahmen begnügen, obwohl sie auch wahre Leuchten und Zierden der Wissenschaft sind.

Gegen dieses Reformprojekt wird sich nicht viel einwenden lassen, zumal eine loyale wohlerworbene Rechte respektirende Durchführung bei der bayerischen Regierung selbstverständlich ist. Nur der letzte Punkt, insoweit er den Professoren, welche vermöge ihres Faches wenig Kolleggeld erhalten, einen Ausgleich in Aussicht stellt, scheint mir nicht ohne Bedenken, namentlich angesichts der Gestaltung, welche die Sache inzwischen in Preussen erhalten hat. Es verlohnt sich, diese preussische Regulirung etwas ins Licht zu setzen, zumal jetzt stets auf diese als ein Präcedenz verwiesen wird.

In Preussen wurde auch wie anderwärts zuerst vom Abgeordnetenhaus die Kollegiengelderfrage aufgeworfen und zwar 1888; von Meyer (Arnswalde) stellte das Verlangen, es sollten im Etat die Summen der Kolleggelder nach Universitäten und Fakultäten unterschieden vermerkt werden¹⁾. Minister v. Gossler lehnte es jedoch rundweg ab, die Professoren in Bezug auf die Höhe ihrer

¹⁾ In Bayern werden die Gesamtbeträge des eingezahlten Kolleggeldes für jede Universität seit 1885/86 in der Unterrichtsstatistik (Zeitschr. d. k. bayer. Stat. Bureau's) fortlaufend publizirt; eine Uebersicht über die verschiedenen Jahre findet sich im Stat. Jahrb. f. d. Kgr. Bayern, II. Jahrg 1895, S. 233.

Bezüge kontrolliren zu lassen¹⁾. Im folgenden Jahre kam v. Meyer (Arnswalde) wieder auf den Gegenstand zurück; ihm trat Windthorst in aller Schärfe entgegen²⁾. In der Folge tauchten aber auch in den Kreisen der preussischen Professoren selbst Wünsche auf, die sich freilich weniger auf das Kolleggeld als auf das Gehaltssystem bei den Professoren richteten; beide Fragen blieben jedoch fortan im Zusammenhang.

Das Besoldungssystem war bisher folgendes: für jede Universität gab es einen besonderen Besoldungsfonds; seine Höhe berechnete sich in der Weise, dass ein durch Allerhöchste Verordnung für die Ordinarien und ebenso für die Extraordinarien festgestellter Durchschnittssatz mit der Zahl der etatsmässigen Stellen für die eine und die andere Kategorie multipliziert wurde³⁾. Diese Besoldungsfonds der einzelnen Universitäten waren nicht unter einander übertragbar; die Art ihrer Verwendung an der einzelnen Universität aber war ganz in das Belieben des Ministeriums gestellt⁴⁾. Eine etatsmässige Festlegung der einzelnen Gehälter gab es nicht; die Unterrichtsverwaltung konnte, solange sie innerhalb der einzelnen Kontingentssummen sich bewegte, machen was

1) Stenogr. Ber. des preuss. H. der Abg. v. 2. u. 7. März 1888, S. 826, 892.

2) Er sagte unter Anderm: „ich will es gar nicht wissen; denn wenn die Herren (Professoren und Dozenten) ihre Pflicht, insofern sie der Oeffentlichkeit angehört, erfüllen, will ich ihnen in keiner Weise entgentreten, wenn sie durch ihre besondere wissenschaftliche Thätigkeit sich etwas ausserordentliches auch verdienen. Ich glaube, eine solche Bevormundung der Professoren würde tief in das freie Leben der Wissenschaft eingreifen, und deshalb bin ich diametral anderer Ansicht als der verehrte Herr, und freue mich, dass die Unterrichtsverwaltung diesen Anregungen bis jetzt wenigstens keine weitere Folge gegeben hat.“ (Stenogr. Ber. des preuss. H. der Abg. v. 4. März 1889, S. 761, 769). Auch im Jahr vorher hatte Windthorst schon sehr entschieden Stellung genommen. Vgl. ferner die interessante Erörterung der Frage der Honorare in der Abg.-Sitzung v. 15. März 1892, S. 912 fg.

3) Für Berlin waren die beiden Sätze 6000 und 3000, für Bonn, Breslau, Göttingen, Halle und Königsberg 5100 und 2550; für Greifswald, Kiel, Marburg und Münster 4800 und 2400.

4) Allerdings mit der Beschränkung, dass auch für jede Fakultät der sich berechnende Besoldungsfonds eingehalten und auch die Fonds der ordentlichen Professoren von denen der ausserordentlichen getrennt bleiben mussten. (Vgl. Stenogr. Ber. des Abghs. über die Sitzung vom 8. Mai 1891, S. 2214). Dagegen hat die Regierung das Recht, bei Erledigungen die Zweckbestimmung der Professuren innerhalb der Fakultäten zu ändern. (Vgl. Stenogr. Ber. d. preuss. Abgh. v. 8. März 1892, S. 725, 726).

sie wollte, und thatsächlich wurde auch ganz arbiträr verfahren. Die Einen bekamen unglaublich niedrige Gehälter, andere enorme. Der einzig feststehende der Willkür der Regierung entrückte Satz im Gehaltswesen der Professoren war der Wohnungsgeldzuschuss. In Berlin betrug das Maximum des Gehalts für einen Ordinarius im Jahre 1896/97 12 000 Mk., das eines Extraordinarius 3600 Mk., das Minimum 2400 Mk. bzw. 600 Mk., wozu noch in beiden Fällen ein Wohnungsgeldzuschuss von 900 Mk. hinzukam¹⁾; ein Extraordinarius bezog also als Mindestbetrag im Ganzen 1500 Mk.! Ein Anfangsgehalt von 1500 Mk. aber, das mit Alterszulagen sogar bis auf 2310 Mk. steigt, haben in Bayern unter anderen die Kanzlisten und Registraturofficianten an den Hochschulen.

Gesetzliche Alterszulagen gab es nicht. Wenn ein Professor keinen Ruf bekam, oder wenn er aus irgend welchem Grunde die Gunst sich verscherzt hatte, musste er bis zu seinem Tod unter Umständen mit einem Minimum von Gehalt sich begnügen; im andern Fall konnte er ein hohes Gehalt erlangen, und wenn er sich die Zufriedenheit der Unterrichtsverwaltung erwarb, noch Zulagen erwarten.

Dem System liegt der Gedanke der weitgehendsten Individualisirung zu Grunde. Die ausserordentlich verschiedenen Qualitäten der Professoren sollen gewissermassen gewogen, ihre verschiedenen Leistungen und die Grösse ihres Erfolges gemessen und danach das Gehalt abgestuft werden. Allein das setzt eine ideal vollkommene Verwaltung voraus, die es nicht geben kann. Es ist bei der heutigen Spezialisirung der Forschung ganz unmöglich, die wissenschaftlichen Leistungen aller Dozenten von einer Stelle auch nur entfernt richtig zu würdigen, oder selbst nur über die Lehrfähigkeit so zuverlässig zu urtheilen, dass man eine Gehaltsskala genau und gerecht handhaben könnte. Das System muss zu Missbrauch führen²⁾. Aeusserlichkeiten, Zuträgereien aller Art, der Rath unverantwortlicher interessirter Fachleute, Zudringlichkeit und Servilität gewinnen bedenklichen Raum. Die Unterrichtsverwaltung geräth, wie sie auch-selbst zugab, in eine sehr odiose

¹⁾ Ad. Wagner, Die Entwicklung der Universität Berlin. 1810—1896. S. 57.

²⁾ Vgl. die interessante Beurtheilung des ganzen Systems seitens des bisherigen Dezenten (Dr. Althoff) selbst in der Sitzung des preuss. Abgh. v. 21. Febr. 1893 (Stenogr. Ber. S. 1096), wo rückhaltlos zugegeben wird, dass das weitgehende Arbitrium der Verwaltung seine grossen Bedenken habe; über die Wirkungen des Systems siehe auch Stenogr. Ber. des preuss. Abgh. v. 8. März 1892, S. 726.

Stellung, und die Art der Gehaltsvereinbarung selbst muss, wenn alle festen Punkte fehlen, auf eine wenig würdige Form herabsinken. Schliesslich hält sich Jeder für ungerecht behandelt. Allerdings ist es ein Vorzug dieses Systems, dass es der Verwaltung relativ leicht ist, Berufungen durchzuführen und erste Grössen zu gewinnen, sie braucht auch nicht wegen einiger hundert Mark, die nöthig sind, um eine Kraft zu halten, erst an den Landtag sich zu wenden und eine für alle Theile oft wenig anmuthende Procedur vor sich gehen zu lassen.

Als nun vor Kurzem in Preussen die Vorlage einer Besoldungsaufbesserung für die mittleren und höheren etatsmässigen Beamten erfolgte, da hoffte die Professorenschaft allgemein, dass mit dem Gnaden-system gebrochen werde¹⁾. Der Dezernent sagte selbst in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 19. Januar 1897: „Die Professoren müssen so gestellt werden, dass sie unabhängig von Berufungen und vom Wohlwollen der Verwaltung und was derartige schöne Dinge mehr sind, zu einer auskömmlichen Besoldung gelangen.“ Allein das Endergebniss fiel doch nicht so aus, dass es allgemein befriedigt hätte, beinahe alle Universitäten sprachen sich — freilich vergeblich — gegen die getroffene Ordnung aus, als dieselbe noch in Schwebe war.

Das System der Besoldungsfonds ist beibehalten und insofern noch ausgedehnt, als auch noch die bisher nicht bestandene Uebertragbarkeit hinzugekommen ist, insoweit es sich um die Universitäten ausserhalb Berlins handelt²⁾. Um aber eine Aufbesserung der Professorengehälter durchzuführen, ist der Durchschnittssatz zur Berechnung der Fonds erheblich erhöht; er beträgt nunmehr für Berlin 6500 M., für die übrigen Universitäten 5500 bezüglich der etatsmässigen Ordinariatsstellen, und 3250 bzw. 2750 bezüglich der Extraordinariate.

Im Gegensatz zum Entwurf ist es auch gelungen, eine Art Festlegung des Gehaltssystems wenigstens theilweise zu erreichen;

¹⁾ Die Frage der Aenderung des Besoldungssystems der Professoren, insbesondere durch Einführung der Alterszulagen, war seit Jahren im preuss. Landtag urgirt worden. Vgl. Sitzung des Hauses der Abg. v. 8. Mai 1891 (Stenogr. Ber. S. 2215); v. 8. März 1892 (St. B. S. 725, 726), v. 21. Febr. 1893 (St. B. S. 996, 1005); 7. März 1894 (St. B. S. 944); v. 23. Febr. 1895 (St. B. S. 875, 876).

²⁾ In den Verhandlungen wurde festgestellt, dass das so aufzufassen sei, dass nicht die etatsmässigen Stellen selbst übertragbar seien, sondern nur die Ersparungen an Besoldungen.

es ist dies der berühmte Vermerk zum Etat, der folgendermassen lautet:

Die Professorenbesoldungsfonds bei den Universitäten werden in erster Reihe dazu verwendet, um den etatsmässigen Professoren Grundgehälter und Dienstalterszulagen entsprechend den regierungsseitigen Erklärungen in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. Januar d. Js. zu gewähren: das Grundgehalt beträgt für die etatsmässigen ordentlichen Professoren in Berlin 4800 Mk., denen Dienstalterszulagen in 6 Altersstufen von 400 Mk. nach je 4 Jahren hinzutreten, für die etatsmässigen ordentlichen Professoren an den übrigen Universitäten 4000 Mk., zu denen Dienstalterszulagen in 5 Altersstufen von 400 Mk. nach je 4 Jahren hinzukommen; die etatsmässigen ausserordentlichen Professoren erhalten in Berlin ein Grundgehalt von 2400 Mk. und Dienstalterszulagen in 6 Altersstufen von 400 Mk. nach je 4 Jahren, an den übrigen Universitäten ein Grundgehalt von 2000 Mk. und Dienstalterszulagen in 5 Altersstufen von 400 Mk. nach je 4 Jahren.

Das vorbezeichnete Gehaltssystem gilt jedoch nur als Regel und vorbehaltlich der Ausnahmen, welche der Staatsregierung nach Lage der Verhältnisse erforderlich erscheinen¹⁾. Ueber die Grundsätze, welche bezüglich der Ausnahmen beobachtet werden, soll dem Landtag nach Ablauf von 2 Jahren Mittheilung gemacht werden. Die für erforderlich erachteten Ausnahmen werden baldthunlichst durch einen Vermerk im Etat festgesetzt.

Die Besoldungen der Professoren bei den Universitäten (ausschliesslich Berlin) sind untereinander übertragbar.

Die Honorare für die Vorlesungen der etatsmässigen Professoren fliessen, insoweit sie für einen Professor in einem Rechnungsjahre den Betrag von 3000 Mk., in Berlin von 4500 Mk. übersteigen, zur Hälfte in die Staatskasse. Hierbei sind von den gestundeten Honoraren nicht die in dem Rechnungsjahre gebuchten, sondern die in demselben thatsächlich eingegangenen, diese aber ebenso wie die baar eingezahlten mit ihrem vollen Betrage anzurechnen. Von den gestundeten wie baar eingezahlten Honoraren sind die Beiträge zu den Kassenverwaltungskosten vorweg in Abzug zu bringen.

Die nach Absatz 4 der Staatskasse zufließenden Einnahmen an Honoraranteilen werden unter Kap. 119 Tit. 12b des Staatshaushaltsetats zu einem Ausgabefonds vereinigt, welcher „zu jährlichen Zuschüssen an etatsmässige Professoren mit geringfügigen Nebenbezügen“ bestimmt ist und in erster Reihe dazu dienen soll, an Professoren, welche neben der regelmässigen Besoldung (Absatz 1) in einem Rechnungsjahre aus anderen als persönlichen Gründen weniger als 600 Mk. an Nebeneinnahmen aller Art bezogen haben, am Schlusse des Rechnungsjahres Zuschüsse zur Ausgleichung des Minderbetrages zu gewähren, soweit der Fonds ausreicht.

Diese Vorschriften finden auf die bei ihrem Inkrafttreten schon angestellten Professoren nur Anwendung, wenn dieselben hiermit einverstanden

¹⁾ Nach den Verhandlungen muss man annehmen, dass unter die bezeichneten Mindestgehälter nicht heruntergegangen werden darf, die Ausnahmen beziehen sich nur auf die Alterszulagen.

sind. Unterwerfen einzelne dieser Professoren sich den Bestimmungen nicht, so sind dieselben an der Besoldungsverbesserung nicht zu betheiligen.

Der Ausgabefonds Kap. 119 Tit 13 erhält die Bezeichnung „Zur Heranziehung und Erhaltung ausgezeichneten Dozenten“¹⁾.

An dieser Regelung sind zwei Punkte höchst auffällig. Der erste betrifft die Bestimmung, dass das ganze Gehaltssystem nur als Regel gelten soll. Aus den Verhandlungen muss man schliessen, dass die Ausnahmen sich nur auf die etwaige Nichtgewährung der Alterszulagen beziehen sollen. Ein Antrag, den man in der Kommission machte, um für diese Ausnahmen feste Regeln aufzustellen, wie ein entsprechend hohes Gehalt oder eine gewisse hohe Kolleggeldeinnahme²⁾, war ganz geschickt formulirt, wurde aber von der Regierung als „nicht erschöpfend genug“ zurückgewiesen. „So seien, hiess es, beispielsweise Ausnahmen von dem System der Alterszulagen auch in den Fällen zuzulassen, wo die Erträge einer ärztlichen Praxis durch die staatliche Empfehlung, welche in der Ernennung zum Professor enthalten sei, sich ausserordentlich gesteigert hätten, ferner in den Fällen, in denen mit einer Professur Nebeneinnahmen, wie Fakultäts-, Promotions- und Rektorgebühren, Einnahmen aus Nebenämtern u. s. f. regelmässig verbunden seien“³⁾. Selbstredend kämen hier nicht in Frage Einnahmen aus einer rein privaten, rein wissenschaftlichen Thätigkeit, die hier ausser Betracht gelassen werden müssten. Dagegen sei zu erwägen, ob, da die Professoren nicht pensionirt werden könnten, von Erhöhung des Gehalts durch Gewährung von Alterszulagen nicht auch abzusehen sein dürfte in den Fällen, wo ein Professor auch bei völliger körper-

1) Bisher führte dieser Dispositionsfonds den Titel „Zur Verbesserung der Besoldungen der Lehrer an den Universitäten etc.“; derselbe betrug 175 000 Mk.; an dieser Höhe wurde auch bei der neuen Zweckbestimmung nichts geändert.

2) Derselbe lautete: Dienstesalterszulagen werden nicht gewährt, solange auf Grund besonderer Vereinbarung ein höheres Gehalt als das Minimalgehalt mit entsprechender Dienstalterszulage bezogen wird. In denjenigen Jahren, in denen ein Professor mehr als 5000 Mk. an Kollegienhonoraren vereinnahmt, wird der diese Summe übersteigende Betrag von den zu gewährenden Dienstalterszulagen in Abzug gebracht. (Kommissionsbericht S. 136.)

3) In der Sitzung des Abgeordnetenhauses v. 19. Januar 1897 sagte der Dezerent: M. H., es gibt Professoren, die an Nebeneinnahmen z. B. an Honorar oder aus ärztlicher Praxis 5000, 10000, 20000, 30000 Mk. und mehr haben; da wird es doch niemand einfallen, zum Gehalt noch Alterszulagen zu geben. Wem man in solchen Fällen eine Alterszulage von 400 Mk. aufdrängen wollte, der würde sich wohl selber höchlichst wundern und eine eigenthümliche Ansicht von der altpreussischen Sparsamkeit bekommen.

licher oder geistiger Unfähigkeit zur Ausübung seines Amtes trotzdem sein bisheriges Gehalt unverkürzt weiter beziehe.“

Man muss es als eine unglückliche Lösung ansehen, dass gerade bei den Dienstalterszulagen die Berücksichtigung der Nebeneinnahmen Platz greifen soll; man möchte meinen, gerade diese habe sich der Professor verdient, warum nennt man sie denn überhaupt Alterszulagen, wenn das Dienstalter schliesslich doch wieder irrelevant ist. Auch erschwert man sich unnöthig die Ordnung, weil die Alterszulagen alle vier Jahre sich mehren; es fehlt der feste Vergleichspunkt. Geradezu ungeheuerlich muss ich es aber finden, dass auch der private Erwerb in Rechnung gezogen werden soll, wie das Einkommen aus der Konsiliarpraxis eines medizinischen, aus den juristischen Gutachten eines juristischen Professors¹⁾. Wenn auch zugegeben werden will, dass „die Empfehlung, die in der Ernennung zum Professor enthalten ist“ einige Bedeutung für die Inanspruchnahme der Dienste hat, so darf sie doch auch nicht überschätzt werden; man konsultirt einen Professor nicht, weil er Professor ist, sondern weil man weiss, dass er gelernt, geforscht und viel beobachtet hat, ein geschickter Mann ist und deswegen auch Professor geworden ist. Und ist denn die Mühe und Plage, der sich der Betreffende unterzieht, für nichts zu achten? Bisher hat man doch selbst in sozialistischen Schriften nur die arbeitslose Rente für anfechtbar erklärt. Und wie will die Unterrichtsverwaltung erfahren, was die verschiedenen preuss. Professoren aus Konsiliarpraxis oder Patentgutachten oder Patenten u. s. w. beziehen? Doch wohl nur, indem der Finanzminister ihr Auszüge aus den Einkommensfassionslisten verschafft; einen andern Weg wüsste ich nicht. Dass man damit aber die Einkommensfassion noch verhasster macht, als sie es schon ist, und sie in eine ganz schiefe Lage bringt, steht ausser Zweifel. Der ehrliche Steuerzahler weiss, dass er, je mehr er fatirt, um so mehr zu steuern hat, und er trägt's; ihm aber zuzumuthen, dass er zur Belohnung für die ehrliche Fassion auch noch seine Alterszulage einbüsst, das ist wirklich zuviel verlangt. Und was denn dann, wenn die Nerven eines Klinikers es nicht mehr leisten können, und er auf seine Konsiliarpraxis theilweise verzichten muss, die Nebeneinnahme also z. B. auf die Hälfte heruntersinkt? Soll dann die Alterszulage

¹⁾ Einen ganz analogen Standpunkt vertrat Windthorst bereits in der Sitzung des preuss. Abgh. v. 7. März 1888 (Stenogr. Ber. S. 895).

wieder aufleben? Wird man ihm glauben, dass sich die Verhältnisse geändert, oder muss er erst einen Eid schwören, damit er seine Alterszulagen erhält? Was ferner dann, wenn der eine statt juristische Gutachten für Aktiengesellschaften u. s. w. zu machen, lieber alle zwei Jahre eine neue Auflage eines Kommentars schreibt und dabei ein gutes Stück Geld verdient? Was ist da für ein Unterschied?

In Bayern hat man, wie aus den Eingangs erwähnten Bestimmungen zu ersehen ist, auch die Nebeneinnahmen berücksichtigt; aber man hat es selbstverständlich gefunden, dass hiefür feste Regeln aufgestellt werden müssten, und hat sie auch unschwer gefunden und in einer Weise, die noch von Niemand beanstandet wurde. Erstens ist eine ganz bestimmte Grösse festgesetzt, von wo an die Berücksichtigung der Nebeneinnahmen zu geschehen hat — es müssen die Nebeneinnahmen 1200 Mk. übersteigen —; zweitens fiel es in Bayern Niemand ein, den gar nicht hieher gehörigen unbestimmten schwer erfassbaren Privatverdienst hereinzuziehen, das Nebeneinkommen „muss vielmehr mit dem Amte verbunden sein“. Es dürfen nicht einmal „jene Arten von Nebeneinkommen einbezogen werden, welches einzelne Beamte für die Verwaltung eines mit der gewöhnlichen ordentlichen Dienstesaufgabe in keinem inneren Zusammenhange stehenden weiteren Amtes geniessen“¹⁾, z. B. Examensgelder der Professoren; drittens vermied man die eminent odiose Anrechnung bei den Alterszulagen, machte sie vielmehr geltend bei dem ohnehin nicht pensionsfähigen und sich gleich bleibenden Wohnungsgeldzuschuss.

Der zweite Punkt, der Anlass zur Beanstandung hinsichtlich der preussischen Ordnung gibt, betrifft die Regelung der Honorarfrage²⁾. Man hat, wohl einsehend, welch wohlthätiger Sporn in dem

1) Vollzugsvorschriften erlassen von sämtlichen Ministerien v. 12. Juni 1892, § 5, Finanz-Ministerialblatt 1892, S. 77.

2) In der Kommission scheint man die Bestimmung ähnlich ungünstig beurtheilt zu haben; denn zwei Anträge liefen darauf hinaus, diesen höchst bedenklichen Punkt zu beseitigen; der eine wollte zwar eine noch stärkere Kürzung der Honorare (bei 2400—6000 Mk. und in Berlin bei 3600 bis 9000 Mk. $\frac{1}{2}$, darüber hinaus $\frac{3}{4}$), aber diese Einnahme sollte dem Titel „Insgemein“ zu Gute kommen und vorzugsweise im Interesse der Bibliotheken und wissenschaftlichen Anstalten verwendet werden. Der andere wollte ebenfalls, dass die zu Gunsten der einzelnen Universitätskassen eingezogenen Honorare der vereinnehmenden Kasse verbleiben sollen, um zur weiteren Aufbesserung der

individuellen Kolleggeldbezug liegt, vermieden, die gänzliche Verstaatlichung anzubahnen, man hat nur die grossen Ungleichheiten für die Zukunft abzustumpfen gesucht. Aber diese Massregel hat, abgesehen von ihrer in diesem Umfang sehr fragwürdigen Berechtigung, eine Gestalt angenommen, die das alte Gnadenwesen in voller Schärfe wieder konservirt.

Die über einen gewissen Betrag hinaus gehende Kollegiengeldeinnahme soll zur Hälfte an den Staat fallen und von diesem zu einem Fonds vereinigt werden „der in erster Reihe dazu dienen soll, an Professoren, welche neben der regelmässigen Besoldung in einem Rechnungsjahre aus anderen als persönlichen Gründen weniger als 600 Mk. an Nebeneinnahmen aller Art bezogen haben, am Schlusse des Rechnungsjahres Zuschüsse zur Ausgleichung des Minderbetrages zu gewähren, soweit der Fonds ausreicht.“

Ohne Erröthen wird ein Professor wohl diesen Passus nicht zu lesen vermögen. Also am Ende eines Jahres vertheilt die Regierung Gratifikationen, wie man solche an Schreiber, Pedelle und sonstige Subalterne zu verabreichen pflegt und zwar ganz nach Gutdünken; ängstlich ist vermieden, eine feste Regel, die hier auch beinahe unmöglich ist¹⁾, in Aussicht zu stellen; nur die eine

Professorengehälter und zur theilweisen Unterhaltung der Institute der betreffenden Universitäten verwendet zu werden. Sieh Kommissionsbericht S. 135 und 137.

1) Man könnte daran denken, die Summe an diejenigen, welche weniger als 600 Mk. einnehmen, unter Anrechnung der Einnahmen nach Massgabe der gelesten Stunden zu vertheilen: allein dann bekommt der schlechteste Dozent bei entsprechender Stundenzahl ebensoviel wie der beste. Immerhin würde ich diesen Weg als einen objektiven der willkürlichen Bestimmung vorziehen. — An den technischen Hochschulen Preussens ist das Kolleggeld verstaatlicht; um die Konkurrenz mit den ausserpreussischen (München gewährt den Professoren $\frac{3}{4}$ des Honorars, Dresden $\frac{1}{2}$ u. s. w.) einigermaßen bestehen zu können, schlug 1892 die preussische Regierung die Betheiligung der Professoren mit $\frac{1}{4}$ bis zu 3000 Mk. vor; die Kommission und der Landtag, letzterer mit 126 gegen 111, lehnte dies ab und bewilligte lieber eine analoge Summe (65 000 Mk.) als Dispositionsfonds. Damals erklärte der Regierungsvertreter Dr. Wehrenpfennig unter Anderem: „Wenn Sie uns eine entsprechende Summe als Dispositionsfonds geben, so gewähren Sie uns eine Freiheit, die wir eigentlich nicht gewünscht haben; denn es wird ausserordentlich schwierig sein, vollkommen zutreffend und zufriedenstellend diejenigen Beträge zu vertheilen, welche uns dann zur freien Verfügung gestellt sind. Wir ziehen den festen Massstab, wo jedermann bis auf jede Mark weiss, was er bekommt, den allgemeinen Befugnissen des Dispositionsfonds vor.“ Stenogr. Ber. des preuss. Abgh. v. 15. März 1892, S. 915.

Schranke ist gezogen, dass nämlich die Nebeneinnahme weniger als 600 Mk. betragen muss; aber — der Betreffende kann auch dann noch von der Gratifikation ausgeschlossen werden, wenn er persönlich schuld erscheint, dass er nicht mehr als 600 Mk. Nebeneinnahmen hat, also wohl wenn er z. B. kein glücklicher Lehrer oder zu alt ist u. s. w. Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiss, wie schwer ein Urtheil hier ist; es gibt Fälle, in denen die Dozenten Jedem eine Menge Gründe zu sagen wissen, weshalb sie wenig Zuhörer haben, während die Hauptschuld an ihnen zu liegen scheint, und wieder Fälle, in denen tüchtige Lehrer wirklich wegen widriger Verhältnisse zeitweise wenig Erfolg hatten; aber es ist eine richtige Linie beinahe gar nicht zu ziehen. Jedenfalls muss es das Verhältniss der Kollegen zu einander vergiften, wenn der eine von der Gratifikation ostentativ ausgeschlossen bleibt, andere dagegen damit bedacht werden, wenn der eine viel, der andere wenig bekommt. Welche Verdachtsgründe werden da auftreten? Da kein Professor zugibt und zugeben kann, dass er persönlich schuld ist an dem geringen Erfolg, so wird er geneigt sein, den Ausschluss auf seine politische Gesinnung u. dgl. zu schieben. Man wird in den Begünstigten Streber, Denunzianten u. dgl. zu sehen versucht sein. Gratifikationen haben in aller Welt noch niemals zur Stählung des Charakters beigetragen. Und welches peinliche Gefühl muss in dem Beschenkten schon der Gedanke erwecken, dass er das erhält, was andere Kollegen verdient haben, dass er auf deren Kosten eine Zulage sich reichen lassen soll! Man möchte meinen, Jeder, der ein feineres Ehrgefühl besitzt, müsse sie verurtheilen und zurückweisen, selbst auf die Gefahr hin, darben zu müssen.

Das System involviret auch wieder eine neue Unbilligkeit. Nehmen wir folgendes Beispiel. Ein Jurist liest jedes Semester zwei sechsstündige Vorlesungen, ein anderer an derselben Universität liest ein sechsständiges Kolleg. Der eine nimmt 6000 Mk., der andere 3000 Mk. ein. Nach preussischem Modus bekommt der erstere dagegen nur 4500 Mk., der andere behält seine 3000 Mk. Oder der eine hält ausser seinem Kolleg Uebungen, welche ihn das ganze Semester zu keiner wissenschaftlichen Arbeit kommen lassen. Er hätte ausser seinem Kolleggeld zu 3000 Mk. noch 2000 Mk. hiezu verdient, allein seine Extramühe wird nur mit der Hälfte gelohnt, 1000 Mk. werden ihm abgezogen. Ist das vielleicht

gerecht? Erinnert das nicht an das Verfahren jener Fabrikanten, welche den Stücklohn benutzen, um die Leistung stärker zu steigern als den Lohn?

Doch genug über das preussische System.

Ich halte es für ganz ausgeschlossen, dass die bayerische Regierung ihrem eigenen klar ausgesprochenen Programm untreu werdend eine Regelung gleich der preussischen versuchen sollte. Auch die württembergische Regierung scheint nach den kürzlich in der Kammer gefallenem Aeusserungen des Unterrichtsministers wenig Neigung zu haben, das preussische System sklavisch nachzuahmen¹⁾. Wenn irgendwo der Satz gilt: „Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht das nämliche“, so ist es auf dem Gebiet des Universitätswesens der Fall; man muss aufs sorgfältigste die besonderen Verhältnisse in jedem Land prüfen. So verkehrt es wäre, einfach die Verstaatlichung der Kollegiengelder Oesterreichs zu kopiren, ebenso wenig kann der preussische Vorgang schlechtweg als Vorbild gelten.

In Oesterreich liegen Voraussetzungen und Momente vor, die für uns gar nicht zutreffen. So besteht, um nur Einiges anzuführen, in Oesterreich durchweg das System der obligaten Fächer, — und ihre Zahl wird fortwährend ausgedehnt — die belegt werden müssen, wenn man zum Examen zugelassen werden will; in Deutschland dagegen kennt man eine solche schulmässige Bindung der Studenten nicht; diese können, wenn sie wollen und es vermögen, auch manche Disziplinen für sich studiren, und das geschieht auch thatsächlich; in Oesterreich spielt die Freizügigkeit an den Universitäten so gut wie gar keine Rolle, der österreichische Student besucht fast stets nur eine Universität; in Deutschland ist das umgekehrt, jeder Student, der bei uns nur einigermaßen bemittelt ist, besucht zwei und drei Universitäten und wählt sich an jeder die Lehrer aus, die ihm gefallen. In Oesterreich war das Kolleggeld so klein, dass es für die grosse Mehrheit der Dozenten so gut wie nichts bedeutete²⁾. Es kam

¹⁾ Vgl. die Verhandlungen in der württembergischen Kammer vom 30. u. 31. März 1897. (Auszüge im Schwäbischen Mercur No. 74, S. 611; No. 75, S. 652 u. 659.)

²⁾ In Oesterreich zählte man an den Universitäten im W. S. 1893/94 16432 Studenten (Handwörterb. der Staatsw. Suppb. S. 793); das Kolleggeld pro Jahr beträgt 466,600 fl.; auf 1 Studenten kommt also ein Jahresbetrag

dies theils von den niedrigen Sätzen (pro Wochenstunde in der Regel 1 fl., für ein vierstündiges Kolleg also 6,80 Mk.), theils von den offiziellen und nicht offiziellen Nachlässen, welche letztere in Oesterreich, wie aus den Kammerverhandlungen hervorgeht, eine grosse Rolle spielten und die Lehrer in die peinlichste Situation zu versetzen pflegten. Dabei hat man gerade das, was in Oesterreich finanziell besonders einträglich für die Professoren ist, die Staats- und Doktor-examensgelder ungeändert gelassen und auch an den Kursen¹⁾ nicht gerührt²⁾. Schon das Wenige³⁾ zeigt, wie eigenartig und wesentlich verschieden von unseren Verhältnissen die österreichischen sind. Was dort noch einigermaßen für die Verstaatlichung spricht⁴⁾, ist bei uns gar nicht vorhanden.

von ca. 28 fl.; in Bayern waren an den Universitäten 1893/94 durchschnittlich 6091 Studenten, das Kolleggeld betrug pro Jahr 701 595 Mk.; auf 1 Studenten kommt also ein Jahresbetrag von ca. 115 Mk.

1) Sollten sich daraus Missbräuche ergeben, indem die Professoren ihre Vorlesungen vernachlässigen, so will der Minister eingreifen!

2) Vgl. Regierungsvorlage und Bericht des Budgetausschusses des öst. Abgh., die beide äusserst knapp gehalten sind (Beil. 1448 u. 1591 zu den stenogr. Protok. XI. Session 1896); stenogr. Protokoll v. 28. Nov. 1896 S. 27548 f.; v. 30. Nov. 1896 S. 27578 f.; 1. u. 2. Dez. 1896 S. 27626 f. u. 27680 f.; Bericht der Budgetkommission des Herrenhauses, der ziemlich ausführlich ist (Beil. 686 zu d. stenogr. Prot. des Herrenhauses); stenographisches Protokoll v. 16. Januar 1897, S. 1151 f.

3) Die Verstaatlichung der Kollegelder diene in Oesterreich auch dazu, um dadurch eine allerdings glänzende Gehaltsaufbesserung der Professoren zu erzielen und besonders die czechischen und polnischen Professoren, die natürlich nicht nach Wien berufen werden können, mit den höchsten Gehältern zu bedenken; die bisherigen Grundgehälter der ordentlichen Professoren betrugen in Wien 2200 fl., in Prag 2000 fl., an den übrigen Universitäten 1800 fl. und erhöhten sich nach 5 Quinquennien auf 3200 fl., 3000 fl. und 2800 fl. Das neue Grundgehalt dagegen beträgt für alle Universitäten 3200 fl., soviel wie früher das Maximum, und erhöht sich nach 5 Quinquennien auf 3600, 4000, 4400, 4800 fl.; für Wien ist noch eine nicht pensionsfähige Extrazulage von 400 fl. bewilligt. Den derzeit aktiven besoldeten Professoren steht es frei, innerhalb bestimmter Frist für den Fortbezug des Kolleggelds unter ihren bisherigen Gehaltsnormen zu optiren. Die nichtbesoldeten Professoren und Privatdozenten behalten ihr Kolleggeld. Das Mehrerforderniss für die Gehälter beträgt 976 600 fl., das allmählich anfallende Kolleggeld 466 600 fl., wovon aber vorerst nur die Hälfte als Staatseinnahme zu erwarten ist.

4) Ich glaube, dass trotz alledem dieselbe auch in Oesterreich ebenso wenig gute Früchte tragen wird, wie in Ungarn. (Vgl. Handwörterb. der

Auch für Preussen muss im Auge behalten werden, dass hier ein ganz anderer Ausgangspunkt vorliegt, als in Bayern; es handelte sich dort darum, in erster Linie eine Besoldungsaufbesserung in Verbindung mit den Alterszulagen zu erlangen. Die preussische Regierung hat ein Aequivalent in der Hand, das sie den zur Zeit in Funktion befindlichen Professoren anbieten kann, um die Halbirung zugestanden zu erhalten; das wird allerdings gerade bei denen, welche die grössten Einnahmen haben, nicht verfangen; aber viele wird es geben, welche in der Nähe der Grenze sich bewegen, bezw. die Gehaltsmehrung acceptiren, wenn die Halbirung des Honorarüberschusses so ziemlich zu dem nämlichen Ergebniss führt; auch solche, die nicht mehr weit von der Emeritirung stehen, werden den neuen Modus für sich vortheilhaft finden; alle jene, die bei ihrem Kolleggeld keine Halbirung zu riskiren haben, werden ohnehin zustimmen.

Für Bayern würde sich dieses Verfahren schon darum schwieriger gestalten, weil die Besoldungsfrage erst 1892 geregelt worden ist, eine Neuregelung müsste aber wiederum eintreten, wenn die Regierung einen Theil des Kolleggeldes einziehen wollte; sie müsste den Professoren, welche die Halbirung nach preussischem Muster schon jetzt acceptiren, ein Aequivalent insofern bieten, dass ihnen zum mindesten zum Rang des Regierungsraths auch das Gehalt und die Rechte eines solchen verliehen werden. Sodann ist aber

Staatsw. I. Supplbd. S. 785, 786). Man wird — was merkwürdiger Weise der Minister G a u t s c h noch fast für einen Vorzug erklärte — auch dort allmählich ein Erlahmen der Lehrthätigkeit und, wie ich hinzufügen möchte, ein Ueberhandnehmen des Schulmässigen erleben. Der Besuch österreichischer Universitäten seitens der Ausländer ist meines Wissens ohnehin sehr zurückgegangen, während er in Deutschland fortwährend zugenommen hat, absolut und relativ; im Jahre 1835/36 studirten in Deutschland 475, im Jahr 1870/71 735, im Jahr 1891/92 1891 Ausländer, das sind 4,02, 6,10, 6,7% aller Studenten, gewiss ein Zeichen, dass die deutschen Universitäten unter ihrem bisherigen Kolleggeldsystem ihren Weltruf nicht einbüssten, sondern erst recht entwickelten. — Das Thema der Verstaatlichung der Kollegiengelder ist in neuerer Zeit hinlänglich erörtert worden. Die Verhandlungen in den österr. Parlamenten geben ein ziemlich erschöpfendes Bild der Gründe dafür und dagegen. Aber zu Nutz und Frommen Aller habe ich in der Beilage 3 auch noch ein Dokument beigefügt aus der Geschichte der Würzburger Universität vom Jahr 1809, das eine beredte Sprache spricht; die Gegnerschaft gegen den Kolleggeldbezug der Professoren und die Herabdrückung der Universität auf die Stufe einer Mittelschule gehen hier merkwürdig parallel.

auch ein Gnadenwesen hinsichtlich der Besoldung, wie es nunmehr in Preussen für die Professoren wieder festgelegt ist, in Bayern ganz undenkbar. Das Ministerium sowohl als die Kammer werden dies fremdartige Gewächs nicht auf den bayerischen Boden verpflanzen wollen.

Würde auch auf diesem Gebiete die völlige Nivellirung eintreten, so würde man bald überhaupt nicht mehr verstehen, weshalb denn die Universitäten noch Landessache sein sollen. Bisher war die Meinung vorherrschend, dass die Universitäten im Wettbewerb der Staaten nur gewonnen hätten, dass es der Stolz der Einzelstaaten sei, gerade die Kulturaufgabe, die diese Anstalten zu erfüllen haben, nach Kräften zu pflegen, und manchem Kleinstaate ist es gelungen — ich erinnere nur an Kgr. Sachsen — den Grossstaaten voranzueilen. Wenn die Einzelstaaten nichts besseres zu thun wüssten, als das preussische Verfahren nachzuahmen und etwa das Berufungssystem auch noch möglichst zu ertöden, so würde es mich nicht wundern, wenn schliesslich die Forderung laut würde, die Universitäten doch lieber gleich zur Reichssache zu machen.

Die Freizügigkeit an den Universitäten bringt es nun allerdings mit sich, dass der einzelne Staat auf die Verhältnisse in den andern Rücksicht nehmen muss, der kleinere wird aber naturgemäss diese Rücksicht hauptsächlich in der Richtung bethätigen, dass er vermeidet, hinter dem, was der grössere bietet, zurückzubleiben, eher muss er dem andern voraus sein.

In dieser Hinsicht ist nun zu beachten, dass die preussischen Minimalgehälter in Zukunft die bayerischen vielfach übertreffen¹⁾, ferner dass in Preussen die Kollegiengelder weitaus in der Mehrzahl der Fälle eine Kürzung nicht erleiden²⁾, dass die Sätze für das Kolleggeld zum Theil höhere sind als in Bayern, sodass nach Ansicht Elster's selbst dann, wenn die Halbierung eintritt, die Einnahme aus Kolleggeld in Preussen immer noch günstiger wäre, als in Bayern³⁾, ferner dass in Preussen der Professor eine ganz

1) Vgl. die Gegenüberstellung, die ich angefertigt habe, in der Beilage 2.

2) Von den ordentlichen Professoren erfahren keine Kürzung in Berlin wenigstens 52%, an den übrigen Universitäten 64,5%; von den ausserordentlichen werden in Berlin 95%, an den anderen Universitäten 89,16% von dem Abzug nicht getroffen.

3) Conrad, Jahrbücher III. F. 13. Bd. (1897) S. 218.

exceptionelle Stellung genießt, nämlich nicht pensionirbar ist, dass die Wittwen und Waisen der Professoren in Preussen durchschnittlich weit besser gestellt sind wie in Bayern und endlich, dass die preussische Regierung durch das System der (nun auch noch übertragbaren) Besoldungsfonds und in Folge des schon bisher vorhandenen Dispositionsfonds einen viel grösseren Spielraum hat, um Berufungen abzuwehren und neue zu bewirken.

Wenn man alle diese Punkte in Rechnung zieht — die Imponderabilien, die hier mitspielen, muss ich ausser Betracht lassen —, so scheint mir es richtig, wenn Bayern sich auf die vom Minister angedeuteten Korrekturen beschränkt, also die Halbirung nach preussischem Vorgang ablehnt und sich, da die Regierung bei Berufungen viel gebundener ist, gerade für diese einträglichen Stellen die Möglichkeit verschafft, die besten Kräfte aus ganz Deutschland zu erwerben¹⁾.

Damit ist freilich denen nicht Genüge geschehen, welche die grossen Unterschiede der Honorare beanstanden. Ich bin zwar der Ueberzeugung, dass Seitens derer, welche diese Abstände im Kolleggeld so heftig angreifen, was übrigens weit mehr in Laien- als in Universitätskreisen geschieht, nicht richtig geurtheilt wird. Man muss ja wohl zugeben, dass die ungleiche Vertheilung nicht lediglich auf Verdienst beruht, dass der Zulauf der Studenten in einzelne Städte, die sonst viel Annehmlichkeiten, sei es auf dem Gebiete der Kunst oder der Natur bieten, die Examenseinrichtungen mit ihren persönlichen und lokalen Begünstigungen²⁾, die Zunahme des Studiums überhaupt³⁾, der steigende und sinkende Bedarf in einzelnen Berufszweigen, die Natur des Fachs u. s. w. ohne Zuthun des Professors Schwankungen und grosse Abstände in den Kollegengeldeinnahmen erzeugen und damit eine soziale Schichtung unter den Professoren nach dem Geldbeutel hervorzurufen drohen,

1) Man könnte einwenden, dass die Halbirung ja die Möglichkeit gebe, um so höhere Gehälter zu gewähren; allein dem ist nicht so; man kann auch der grössten Celebrität kein Gehalt von 30000 Mk. aussetzen, schon der Pension wegen nicht.

2) So ist von grosser Bedeutung, dass in Bayern eine ganze Reihe von Staatsexamina (z. B. für Philologie, Mathematik, Naturwissenschaften) nur in München gemacht werden kann.

3) In Bayern studirten an den humanistischen Gymnasien im Jahre 1893/94 um 2238 mehr als im Jahr 1885/86.

die schliesslich unangenehm empfunden wird. Allein man muss dem gegenüber doch auch nicht vergessen, dass an den stark besuchten und grossen Universitätsstädten das Leben erheblich theurer ist und nur durch eine grosse Einnahme für diese die ersten Kräfte gewonnen werden können; ferner dass bei einem grossen Theil derjenigen, welche die höchsten Bezüge haben, es sich doch meist in der That um Männer ersten Rangs handelt — man beruft doch an solche Stellen in der Regel wirklich die besten, wenn auch natürlich wie überall im Leben Missgriffe nicht ausgeschlossen sind — dass es vielfach Leute sind, welche, wie schon der Minister hervorgehoben hat, auch im Privaterwerb sich aussergewöhnliche Einnahmen verschaffen könnten; dass weiter diejenigen Professoren, welche viele Zuhörer unterrichten, der Gesellschaft in der That einen grösseren Dienst leisten, als jene, welche, mögen sie noch so ausgezeichnete Forscher sein, nur einen oder wenige Zuhörer haben; der Aegyptologe muss sich eben sagen, dass seine Disziplin im Rahmen der Lehrfächer nicht die allgemeine Bedeutung habe, wie Medizin u. s. w. Er wusste auch wie viele andere, die mit ihm in gleicher Lage sind, als sie ihrem Berufe sich widmeten, dass sie mit ihrem Fach gerade keine Reichthümer erwerben können. Und doch gibt es auch da Fälle, in denen es gelingt, einen Ausgleich zu erzielen; es ist, abgesehen von Berufungen mit hohem Gehalt, nicht selten, dass ausgezeichnete Lehrer auch in solchen Fächern oft Studenten aus den verschiedensten Fakultäten anzuziehen wussten, wenn sie ihren Vorlesungen einen allgemein bildenden Charakter zu geben vermochten; ich kannte einen Professor für semitische Philologie, der an einer kleinen Universität stets eine grosse Schaar von Studenten um sich zu sammeln verstand¹⁾. Man kann auch, wie schon oben hervorgehoben, nicht

1) Freilich kann auch da es sich treffen, dass ein Unrecht sich geltend macht. Wo nicht die Stundung besteht — der ich übrigens keineswegs das Wort reden möchte — kann es z. B. vorkommen, dass ein Philologe zwar 50 Zuhörer hat, aber doch kaum 200 Mk. einnimmt, während ein Jurist bei derselben Hörer- und Stundenzahl leicht 1000 Mk. erhält; das kommt daher, dass, wenigstens in Bayern, fast nur die Aermsten, die vom Kolleggeld befreit sind, Philologie studiren, weil sie da sehr bald zu einem Brod zu kommen pflegen. Es ist gewiss unbillig, dass die Honorarbefreiung überwiegend auf die Schultern weniger Dozentengattungen abgewälzt wird, die zudem vielleicht noch fortwährend ganz verschiedene Vorlesungen ausarbeiten müssen.

demjenigen, der mehr Vorlesungen, mehr Uebungen u. s. w. hält, seinen grösseren Verdienst neiden.

Immerhin, wenn man das auch Alles gelten lassen mag, ein gewisser Stachel bleibt doch zurück. Die weniger mit Einnahmen Gesegneten werden sich ja wohl darüber zu trösten wissen, dass sie unter Umständen darauf verzichten müssen, an der sogenannten Geselligkeit sich zu betheiligen, und gezwungen sind, äusserst sparsam zu leben und mit einem Einkommen, das geringer als das eines Gymnasialrektors ist, auszureichen. Dagegen ist es ihnen wohl nicht zu verargen, wenn eine gewisse Bitterkeit entsteht darüber, dass es ihnen so unendlich schwerer gemacht wird, für ihre Familie entsprechend zu sorgen, wenn den Einzelnen stets der Gedanke quält, wie wird es meiner Frau und meinen unversorgten Kindern nach meinem Tode gehen? Da ist ein Punkt, ein wunder Punkt, von dem aus die Kollegiengeldfrage noch nirgends erörtert ist, da ist eine Gelegenheit, wo alle Professoren, die reich und die wenig mit Glücksgütern bedachten, in echter Kollegialität sich die Hand reichen und etwas schaffen können, das alle Begünstigung und Gnadenwirthschaft ausschliesst und alle mit ihrem Schicksal aussöhnt. Hier muss meines Erachtens eine kleine Ausgleichung der Kollegiengeldeinnahme einsetzen.

II. Jetzige Lage der Wittwen und Waisen der Professoren an den bayerischen Universitäten.

Die Pension der Wittwe eines Universitätsprofessors in Bayern beträgt, wenn er im Dienste stirbt, ein Fünftel des ständigen Gesamtgehaltes, wenn er im Ruhestande stirbt, ein Fünftel des Ruhegehaltes des Verstorbenen. Dieselbe wird um die Hälfte erhöht, wenn der Zustand der Presshaftigkeit, Blindheit, unausgesetzter Bettlägerigkeit oder sonstiger Krüppelhaftigkeit vorliegt, so dass die Wittwe nicht nur gänzlich erwerbsunfähig ist, sondern noch fremde Hilfe in Anspruch nehmen muss, und wenn zugleich wahrhafte Dürftigkeit nachgewiesen werden kann und keine Theilnahme an einer öffentlichen Armen- oder Verpflegungsanstalt gegeben ist.

Kinder eines verstorbenen Professors erhalten einen „Unterhalts- und Erziehungsbeitrag“ bis zum Eintritt in das 21. Lebensjahr, tritt schon vorher eine Versorgung ein, bis zum Eintritt dieser. Dieser Unterhalts- und Erziehungsbeitrag ist für eine einfache Waise ein Fünftel, für eine Doppelwaise drei Zehnthelle der Wittwenpension. Wird nachgewiesen, dass in Folge körperlicher oder geistiger Gebrechen die Möglichkeit irgend eines Selbsterwerbs zeitweise oder dauernd nicht gegeben ist, so besteht ein Recht auf Pension auch über das 21. Lebensjahr hinaus, und zwar wird der halbe Betrag der Pension gewährt, wenn eine solche beschränkte Erwerbsfähigkeit in fremden Diensten oder in Arbeiten zu Hause vorliegt, dass eine Nebenunterstützung unentbehrlich erscheint; der ganze Pensionsbetrag soll zugesprochen werden, wenn eine gänzliche temporelle oder lebenslängliche Erwerbsunfähigkeit oder der Zustand der Presshaftigkeit etc. vorliegt. Verbindet sich

mit letzterem noch nachgewiesene Dürftigkeit und keine Theilnahme an einer öffentlichen Armen- oder Versorgungsanstalt, so muss der anderthalbfache Pensionsbetrag gewährt werden. Die Bewilligung dieser Pension über das 21. Lebensjahr hinaus erfolgt je nach Lage der Sache entweder auf bestimmte Zeit oder ohne zeitliche Beschränkung.

Jeder wird zugeben müssen, dass die Pensionsbeträge für die Hinterbliebenen absolut ungenügend sind. Selbst wenn es sich nur um eine alleinstehende Wittwe handelt, ist der Betrag nicht ausreichend. Man denke sich nur die Lage einer 50- oder 60jährigen Frau, wenn die bisherige Einnahme von 5000 Mark plötzlich auf 1000 Mark herabgesetzt erscheint. Selbst die bescheidenste Wohnung, die sie in einer grösseren Universitätsstadt sich verschaffen kann, kostet, wenn sie nicht auf eine dürftige Arbeiterwohnung reflektiren soll, 600 Mark. Man kann ihr doch wohl auch nicht zumuthen, dass sie in ihren Jahren und in ihrem Stand alle Küchen- und Putzarbeiten u. s. w. selbst vornehme, sie braucht also ein Dienstmädchen, das ihr mit Kost und Lohn mindestens 400 Mark kostet. Für ihre eigene Nahrung und Kleidung ist also nichts da. Besitzt sie nicht Vermögen, um das Fehlende zu ergänzen, so bleibt ihr nichts übrig, als den Standard of life erheblich herabzumindern. Manche zieht fort, um an einem andern Ort etwas billiger zu leben und ihre Armuth weniger zur Schau tragen zu müssen.

Das gemachte Beispiel stellt noch einen relativ günstigen Fall dar. Allein ein grosser Theil Professoren hat keine 5000 Mark; stirbt ein Ordinarius mit einem Anfangsgehalt von 4560 Mark, so erhält die Wittwe 912 Mark, ist es ein Extraordinarius mit einem Anfangsgehalt von 3180 Mark, so bekommt die Wittwe 636 Mark.

Noch betrübender wird das Bild, wenn eine Reihe Kinder vorhanden sind. Die Mehrzahl der Professoren heirathet, da die Vorbereitung auf den Beruf und die Privatdozentenzeit lange währt, nicht sehr jung, und es kommt deshalb hier leicht vor, dass beim Tod selbst eines 60jährigen Ordinarius oft noch kleine und unver-sorgte Kinder vorhanden sind. Nehmen wir an, ein Ordinarius sei mit Alterszulagen auf 6000 Mark angelangt und dann gestorben, ein Sohn mit 22 Jahren studire, zwei Mädchen von 15 und 18 Jahren seien noch unverheirathet zu Hause. Die Wittwe erhält 1200 Mark, der Sohn nichts, die beiden Mädchen bis zum vollen-

deten 20. Lebensjahre zusammen 480 Mark, welche aber schon nach wenigen Jahren in Wegfall kommen.

Im Würzburger Ehehaltenhaus kommt ein Verpflegstag lediglich in Bezug auf Nahrungsmittel, Heizung und Beleuchtung, Kleider, Wäsche, Küchengeräthe auf rund 95 Pfennig. Das sind im Jahre rund 347 Mk. für eine Person¹⁾. Es ist nichts eingerechnet für Wohnung, nichts für Dienstlöhne, nichts für Krankheit und Krankenpflege u. s. w. Beim Ehehaltenhaus handelt es sich aber um eine Armenanstalt, die nur die mässigsten Ansprüche befriedigt und in Folge Grossbetriebs noch besonders billige Verpflegung gewährt. Und doch sollte selbst von diesem Armenstandpunkt aus unsere zu vier Köpfen gerechnete Familie für Nahrung, Heizung und Kleidung allein 1388 Mk. haben. Nun braucht sie auch noch eine Wohnung, die bei denkbar grösster Einschränkung wenigstens vier Zimmer haben muss; eine solche kostet selbst in mittelguter Lage in einer grösseren Stadt wie Würzburg 700 Mk. Ein Dienstmädchen kann auch nicht wohl entbehrt werden — sind 400 Mk. Diese mässigen Ansätze ergeben zusammen 2488 Mk., wobei nichts für Krankheit, Ausbildungskosten u. s. w. gerechnet ist. Unsere Familie hat aber keine 2488 Mk., sondern 1680 Mk., die nach zwei Jahren auf 1440 Mk., nach weiteren drei Jahren auf 1200 Mk. herabsinken²⁾!

Das Elend, das sich einstellt, wenn der verstorbene Kollege keine 6000 Mk., sondern nur 4560 oder nur 3180 Mk. hatte, und dazu die Kinderzahl noch grösser ist, kann man sich lebhaft vorstellen. Bei 4560 Mk. Gehalt erhält die Wittwe mit fünf minderjährigen Kindern 912 Mk. + $5 \times 184,40$ Mk. = 1822 Mk. Sechs Personen, mit Dienstboten sieben Personen sind auf 1822 Mk. angewiesen! Und dabei nimmt diese Riesensumme noch mit dem Volljährigwerden jedes Kindes fortwährend ab, während die Kosten sich eher noch steigern; oder soll der Sohn des Professors vielleicht beim Heer nicht einmal als Einjährigfreiwilliger dienen?

1) IX. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Würzburg (Geschäftsjahre 1889 mit 1895). Würzburg 1896, S. 280, 281.

2) Das Würzburger Bürgerspital (vgl. den eben citirten Bericht S. 278) rechnet für einen Pfründner einen Gesamtverpflegungsaufwand pro Jahr von durchschnittlich 530 Mk. 10 Pf. Für unsere Familie nebst Dienstboten ergäbe das 2650 Mk. Und auch hier handelt es sich um eine Art Armenpflege.

Man kann einwenden: Jeder wisse, was im Fall des Todes seiner Familie bevorstehe, es sei seine Pflicht vorzusorgen z. B. durch Einkauf in eine Lebensversicherung. Allein dieser Einwand trifft nicht immer zu. Abgesehen davon, dass ein kränklicher oder erblich belasteter Mann überhaupt schwer oder nur unter sehr ungünstigen Bedingungen Versicherung finden kann, gibt es viele, denen die Mittel hierzu fehlen. In jungen Jahren, in der Privatdozentenzeit müssen nicht selten Schulden gemacht werden, nach der Anstellung gilt es, diese zurück zu zahlen, der Professor hat grosse Auslagen für die fortwährende Vervollständigung seiner Bibliothek. Kommt später die Familie, so wird wegen des fortgeschrittenen Alters die Versicherung zu theuer, und ist die Prämie nur aufzubringen, wenn beträchtliche Neben-Einnahmen aus Kolleggeldern vorliegen. Allein die Mehrzahl hat keine nennenswerthen Bezüge dieser Art; hier in Würzburg beziehen 40^{c/o} der Professoren nur zwischen 18—500 Mk. im Jahr. Wenn man bedenkt, welche Ansprüche an eine Professorenfamilie gemacht werden für alle möglichen wohlthätigen Vereine und gemeinnützigen Zwecke, wenn man bedenkt, dass die Professoren grössere Wohnung brauchen als andere Beamten, die in ihren Bureaux arbeiten¹⁾, keine Bücher zu kaufen brauchen und zu kaufen pflegen, dass Professoren kein Avancement haben, so wird die Haltlosigkeit des Einwands für die Mehrzahl anerkannt werden müssen.

Thatsache ist denn auch, dass viele Professorenwittwen gezwungen sind, für sich und ihre Kinder um Unterstützungen zu bitten, jede Gelegenheit von Stipendien u. dgl. wahrzunehmen.

Seit langer Zeit ist in den Universitätsetats ein Posten vorgesehen, um daraus in Fällen grosser Noth für die Hinterbliebenen

¹⁾ Da, wo der Staat den Beamten keine Bureaux stellt, hält er sich mit Recht verpflichtet, das Studierzimmer des Beamten zu bezahlen. So heisst es in der Vollzugsverordnung v. 12. Juni 1892 zum Gehaltsregulativ § 12 (F.-M.-Bl. S. 87): „Die Räte des obersten Landgerichtes und des Verwaltungsgerichtshofes, dann die bei den Oberlandesgerichten verwendeten Oberlandesgerichtsräte erhalten, sofern ihnen nicht ein eigenes Bureau zur Verfügung gestellt ist, vom 1. Januar l. J. ab neben dem ihnen nach den vorstehenden Bestimmungen gebührenden Wohnungsgeldzuschusse den Betrag von jährlich 200 Mk. als Entschädigung für den Entgang eines Bureaus“. Eine solche Vergünstigung geniessen die Professoren nicht, obwohl sie gerade mit Rücksicht auf ihre Bibliothek in der Regel besonders grosse Wohnung brauchen.

der Professoren eine Hilfe zu gewähren. Auch im Würzburger Etat befindet sich eine solche Summe und zwar in der ständigen Höhe von 3 600 Mk. Da dieselbe zugleich für Unterstützungen an die Hinterbliebenen der übrigen Universitätsbediensteten bestimmt ist, so müssen die Mittel sehr zu Rathe gehalten werden, um einigermaßen den Ansprüchen daran zu genügen. Jeder, der je mit diesen Dingen in Berührung gekommen ist, wird zugestehen, dass es stets den peinlichsten Eindruck hervorruft, wenn diese armen Wittwen und Professorentöchter jahraus jahrein de- und wehmüthig die Universität um ein Almosen anzubetteln gezwungen sind. Das sollte eine derartige Korporation nicht dulden.

Nachstehend gebe ich ein Bild der Pensionsbezüge und Unterstützungen für die Universität Würzburg.

Wittwen von ordentlichen Professoren:

A.	432	Mk.	H.	1080	Mk.
B.	538,20	„	I.	1128	„
C.	621	„	K.	1200	„
D.	828	„	L.	1344	„
E.	828	„	M.	1364	„
F.	984	„	N.	1400	„
G.	990	„	O.	1416	„

Wittwen ausserordentlicher Professoren:

P.	576	Mk.
Q.	816	„

Töchter von Universitätsprofessoren:

R. 223,56 Mk. auf Lebensdauer.

Tochter von G. 270 Mk. auf bestimmte Zahl von Jahren.

„ „ B. 56,16 „ „ „ „ „ „

An Unterstützungen aus der oben erwähnten Etatsposition von 3600 Mk. erhielten pro 1896 die Relikten von Universitätsprofessoren 1710 Mk., darunter zwei Doppelwaisen und eine Halbwaise zusammen 380 Mk., der Rest kam auf einzelne der oben aufgeführten Wittwen, die in sehr bedrängter Lage sich befanden.

Die grossen Verschiedenheiten in den Pensionsbeträgen der Wittwen rühren theils daher, dass früher die Gehälter klein waren, wodurch auch das Fünftel der Wittwenpension sich sehr verringerte, theils daher, dass die Alterszulagen auch für die späteren Verstorbenen natürlich sehr verschieden viel ausmachten, je nachdem der Verstorbene viele oder wenige Quinquennien erlebte.

In dieser Hinsicht verdient das preussische System wohl den Vorzug. Man lässt es dort die Hinterbliebenen eines Professors

nicht auch noch entgelten, wenn dieser ein kleines Gehalt hatte oder frühzeitig vom Tode weggerafft wurde. Seit 1. April 1889 erhält daselbst ohne Rücksicht auf Dienstzeit oder Gehalt des Mannes die Wittwe eines ordentlichen Professors 1400 Mk., die eines ausserordentlichen Professors 1000 Mk. Das Waisengeld beträgt bis zum vollendeten 21. Lebensjahr für eine Ganzwaise 600 Mk., für jede weitere Ganzwaise 400 Mk., für eine Halbwaise 400 Mk., für jede weitere Halbwaise 250 Mk.

Was diese Beträge bedeuten, mag daraus ersehen werden, dass in Bayern die Wittve eines ordentlichen Professors 1400 Mk. Pension nur erhält, wenn ihr verstorbener Gatte beim Tod (ohne Einrechnung des Wohnungsgeldes) ein Gehalt von 7000 Mk. bezog; das kann er unter gewöhnlichen Verhältnissen gar nicht erreichen. Selbst wenn Jemand mit 30 Jahren ordentlicher Professor wird, hat er mit Alterszulagen im 70. Lebensjahr erst 6540 Mk., sofern er mit dem Normalgehalt von 4560 Mk. begonnen hat. Und damit ein Kind als Halbweise in Bayern 400 Mk. erhält, müsste sein Vater ein Gehalt von 10000 Mk. gehabt haben.

Dass in Preussen die Professorenrelikten soviel besser gestellt sind, verdanken sie allerdings in erster Linie den Professoren selbst. Früher erhielten in Preussen die Hinterbliebenen der Professoren vom Staat überhaupt nichts. An den einzelnen Universitäten waren Wittwen- und Waisenkassen eingerichtet, welche höchstens einen Jahreszuschuss (in Halle z. B. 3000 Mk.) genossen, im Uebrigen aber durch Beiträge der Professoren die nöthigen Mittel beschaffen mussten. Es bestand natürlich Zwangsbeitritt. In Halle z. B. musste jedes neue Mitglied 450 Mk. Eintrittsgeld bezahlen; der jährliche Beitrag betrug 72 Mk.¹⁾ Diese Kassen zeigten an den einzelnen Universitäten grosse Verschiedenheiten, sowohl was Beiträge, als Leistungen, als Vermögen betraf²⁾. Im Jahr 1889 führte man nun, um eine Gleichheit zu erzielen, eine Art Verstaatlichung herbei; d. h. die Kassen blieben zwar ungeändert, aber die Beiträge der Professoren cessirten, da seit 1. April 1888³⁾ der

¹⁾ Statuten der Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt für die Universität Halle vom König genehmigt am 23. März 1824.

²⁾ An neun Universitäten war im Ganzen ein Fonds von 4700 000 Mk. angesammelt; in Marburg aber war z. B. das Vermögen der Kasse am 1. Dez. 1887 123281 Mk., in Göttingen 1119333 Mk.; in Marburg erhielt die Wittve mit allen Kindern 500 Mk., in Göttingen die Wittve allein 1250 Mk.

³⁾ Gesetz v. 28. März 1888 (Preuss. G.-S. No. 8, S. 48).

Staat auch auf die Reliktenbeiträge der Staatsbeamten¹⁾ verzichtet hatte, und der Staat erbot sich, soviel zuzuschiessen, dass überall die obigen Pensionen herauskommen. Die Summe, die seitdem jährlich für diesen Zweck in den Etat eingestellt ist, beträgt 160000 Mk.²⁾

Allerdings ist der Pensionsanspruch in Bayern ein ungeheuer gesicherter, da er verfassungsmässig garantirt ist, während er in Preussen zum Theil nur auf einen Etatssatz mit dem entsprechenden Vermerk und eine Verwaltungshandlung sich gründet³⁾. Allein von solchen rechtlichen Finessen haben die Relikten nichts.

Auch Oesterreich und Sachsen übertreffen uns weit in Bezug auf die Fürsorge für die Hinterbliebenen. Nach dem Gesetz betr. „die Versorgungsgenüsse der Staatslehrpersonen in Oesterreich“ vom 14. Mai 1896 erhält die Wittwe des ordentlichen Universitätsprofessors ohne Rücksicht auf die Zeitdauer der Aktivität des Verstorbenen 1200 fl. = 2040 Mk., die Wittwe eines Extraordinarius 900 fl. = 1530 Mk. Bei höherem als dem Normalgehalt erhöht sich noch die Pension. Halbwaisen erhalten bis zur Versorgung bzw. bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres pro Kopf $\frac{1}{5}$ der Wittwenpension, also, wenn der Verstorbene ein Ordinarius mit Normalgehalt war, 408 Mk., und wenn er ein Extraordinarius war, 306 Mk.⁴⁾ Doppelwaisen erhalten, insoferne sie unversorgt sind und das 24. Lebensjahr nicht vollendet haben, Anspruch auf eine Waisenpension im Gesamtbetrag der Hälfte jener Wittwenpension,

1) Diese betrugen 3% vom Einkommen; siehe Gesetz v. 20. Mai 1882 (Ges.-Samml. S. 298).

2) Im Jahr 1889 zählte man 185 Wittwen, 6 Ganz- und 91 Halbwaisen der ordentlichen und ausserordentlichen Professoren. Für diese wären nach den neuen Pensionssätzen 272750 Mk. erforderlich gewesen. Die Kapitalzinsen und eigenen Einnahmen der Universitätskassen beliefen sich auf ca. 200000 Mk., so dass der Zuschuss sich nur auf 73000 Mk. stellte. Der nicht in Anspruch genommene Betrag war jeweils zu Unterstützungen in Fällen besonderen Bedürfnisses bestimmt bzw. den Universitätswittwenkassen zuzuführen, um deren Leistungsfähigkeit mehr und mehr zu heben und dadurch den Staatszuschuss später wieder zu mindern. Vgl. die interessanten Verhandlungen hierüber im preuss. Abg.-Haus am 5. März 1889, S. 813 f.

3) In der Kommission hatte deshalb die Mehrheit gegen den Etatsposten gestimmt, sie wollte eine Regelung durch Gesetz, so dass die Wittwen und Waisen ein klagbares Recht gegen den Staat erhielten.

4) Der „Erziehungsbeitrag“ darf jedoch für ein Kind den Betrag von jährlich 300 fl., und die Summe aller Erziehungsbeiträge den Betrag einer Wittwenpension nicht übersteigen. Bei normalem Gehalt tritt das erst ein, wenn mehr als fünf bezugsberechtigte Kinder vorhanden sind.

welche von ihrer Mutter oder ihrer Stiefmutter bezogen wurde, bzw. derselben gebührt hätte — also die Doppelwaisen eines Ordinarius 1020 Mk., die eines Extraordinarius 765 Mk. Sollte aber die Summe der normalmässigen Erziehungsbeiträge, welche der Mutter gebührt hätte, den Betrag der Waisenpension überschreiten, so ist der Mehrbetrag als Zulage zur Waisenpension nach Köpfen anzuweisen und zwar mit der Massgabe, dass bei dem jedesmaligen Austritte eines Kindes aus der Bezugsberechtigung der Betrag des auf dasselbe entfallenden Erziehungsbeitrags in Abfall kommt. Die Waisenpension sammt Zulagen darf in keinem Falle die Höhe der Wittwenpensionen überschreiten. Den Hinterbliebenen gebührt — unbeschadet aller sonstiger gesetzlicher Versorgungsgenüsse — ein Sterbequartal in der Höhe des dreifachen Betrags der von dem Verstorbenen zuletzt als Gehalt oder Ruhegenuss bezogenen Monatsgebühr. In Ermangelung einer Wittve oder ehelichen Nachkommenschaft kann mit Genehmigung des Finanzministers das Sterbequartal auch solchen Personen ausgezahlt werden, welche nachweisen, dass sie den Verstorbenen vor dem Tode gepflegt oder die Begräbnisskosten aus Eigenem gedeckt haben. Für diese Leistungen des Staates haben freilich die „aktiven Staatslehrpersonen“ einen fortlaufenden Jahresbeitrag von 3% des pensionfähigen Gehaltes zu bezahlen, welcher in monatlichen Raten vom Gehalt abgezogen wird ¹⁾).

An der Universität Leipzig ist die Pension der Hinterbliebenen ebenfalls ohne Rücksicht auf Dienstzeit oder Gehalt des Mannes bemessen; das Wittwengeld beträgt für die Wittve eines ordentlichen Professors 1800 Mk., für die eines ausserordentlichen Professors 1000 Mk, oder wenn dies mehr ergibt, $\frac{1}{5}$ des von dem Verstorbenen als Professor bezogenen Gehalts, einschliesslich des Werths freier Dienstwohnung, welche hierbei zu 600 Mk. jährlich berechnet wird; die Halbwaise erhält $\frac{1}{5}$, die Doppelwaise $\frac{3}{10}$ der Wittwenpension.

Längst ist man auch in Bayern der Ueberzeugung, dass die in dem Edikt von 1805 vorgesehene Fürsorge für die Relikten nicht ausreiche, und man hat dahin gestrebt, dieselbe zu ergänzen, wie aus dem Folgenden sich ergeben wird, wobei nur die Professoren etwas beiseite gestellt sind.

¹⁾ Bei einem nach 4 Quinquennien erzielten Gehalt von 4800 fl. sind das 144 fl. = 245 Mk. — Das Gesetz ist auch abgedruckt in der Akad. Revue III. Jahrg. (1896) S. 28.

III. Die Universitätsprofessoren und der allgemeine Unterstützungsverein für die Hinterlassenen der k. b. Staatsdiener.

Durch Allerhöchste Verordnung vom 8. Juni 1807 wurden den Staatsdienern Wittwen- und Waisenfondsbeiträge auferlegt¹⁾; die V. O. verfolgte, wie sie selbst bemerkt, mit der Einführung dieser Einrichtung den Zweck, die mit den Pensionen der Staatsdiener und ihrer Hinterbliebenen belasteten Staatskassen durch einen aus Beiträgen der betheiligten Beamten zu bildenden besonderen Wittwen- und Waisenfonds zu erleichtern. Zu einem Fonds dieser Art kam es zunächst nicht, die Beiträge wurden einfach mit den übrigen Staatseinnahmen vermengt und erhielten den Charakter einer Steuer. Im Entwurf eines Finanzgesetzes von 1825 war aber ein jährlicher Staatszuschuss von 100 000 fl. vorgesehen, „um eine selbständige Wittwen- und Waisenanstalt der Staatsdiener nach den Bestimmungen des § 28 des Ediktes Beil. IX der Verfassungsurkunde und der daselbst vorbehaltenen Garantie des Staats durch verhältnissmässige, von Sr. Majestät dem Könige festzusetzende erhöhte Beiträge der Staatsdiener zu begründen“. Die Kammer ging hierauf nicht ein, sondern beschloss, es sei der Ueberschuss der auf 72 000 fl. jährlich veranschlagten Wittwen- und Waisenfondsbeiträge über die Pensionen zu einem Pensionsfonds zu admassiren, was durch Landtagsabschied vom 11. September 1825

¹⁾ Weber, Gesetz- u. Verordnungen-Sammlung f. d. Königreich Bayern I, S. 142. Ihre dermalige Höhe ist geregelt durch § 16 des Finanzges. v. 29. Juli 1876 (Ges. u. Verordn.-Bl. 1876, S. 529). Es sind zu erheben von Besoldungen und Quiescenzgehalten bis 1080 Mk. nichts; von 1080—3600 incl. 1⁰/₀; von 3600—7200 incl. 1¹/₂⁰/₀; 7200—10 800 incl. 2⁰/₀; 10 800—21 600 incl. 2¹/₂⁰/₀; über 21 600 3⁰/₀.

genehmigt wurde. Nur die ersten zwei Jahre lieferten einen Ueberschuss, alle folgenden aber ein sich stets mehrendes Defizit. Da man bezüglich der Errichtung einer Pensionsanstalt auch weiterhin nicht zum Ziele gelangte, wurde dem Beschluss des Landtags gemäss im Landtagsabschied v. 28. Dezember 1831 ausgesprochen, „dass der im Laufe der verflossenen Periode bereits admassirte Fonds an Wittwenfondsbeiträgen — 79 964 fl. 17 kr. — erhalten, verzinst und seiner Zeit der zu bildenden Pensionsanstalt zugewiesen werde“.

Die Angelegenheit blieb Jahrzehnte in der Schwebe, die Verhandlungen brachten kein Ergebniss¹⁾. Erst im Jahr 1865 fand sich eine Lösung, die freilich ganz von den bis dahin verfolgten Bestrebungen abwich. Den Anstoss dazu hatte der Abgeordnete Schlör 1863 gegeben.

Unterm 27. März 1865 theilte ein Schreiben des Finanzministers der Kammer der Abgeordneten mit, dass der König die Gründung eines Unterstützungsvereins für die Hinterlassenen der pragmatischen Staatsdiener und einer hiemit zu verbindenden Töchterkasse genehmigt habe. Dem Vereine, dessen Satzungen mitgetheilt wurden, sollte der vorhandene Gründungsfonds, rund 250 000 fl., und ausserdem der Jahresertrag der geheimen Raths- und Kanzleitaxen²⁾ sowie der sämtlichen Wittwen- und Waisen-

1) Vgl. M. Seydel, Bayerisches Staatsrecht, III. Bd. (1887), S. 468. 2. Aufl., II. Bd. (1896) S. 266.

2) Sie beruhten auf der geheimen Kanzlei-Taxordnung vom 24. Januar 1759 und waren bei Anstellungen zu bezahlen. Seit 1881 heissen sie Unterstützungsfondsabgaben und sind folgendermassen geregelt: für jede Anstellung im Staats- und sonstigen öffentlichen Dienste, mit welcher pragmatische Rechte gegenüber dem Staate, gegenüber den Kreisgemeinden oder gegenüber den durch staatlich bestellte Administration verwalteten Fonds, Stiftungen und Anstalten einschliessig der Universitätsfonds verbunden sind, ferner für die landesherrliche Verleihung kirchlicher Pfründen und für die landesherrliche Genehmigung der bischöflichen Verleihung oder der Präsentation auf solche Pfründen, für die Verleihung von Schulstellen und die Bestätigung der Präsentation auf solche, sind 10 % des einjährigen Dienstinkommens zu entrichten. Ebenso bei Gehaltsmehrungen vom Mehrbetrag. Ausserdem ist in allen Fällen ein Zuschlag von 1,80 Mk. an Stelle der früheren Botengebühr und ausserdem bei Neuanstellungen und Beförderungen noch die Ausschreibgebühren in Beträgen von 9, 18, 27, 54 Mk. zu entrichten. Unabhängig davon ist die 1 % ige vom einjährigen Dienstinkommen betragende Anstellungsgebühr (Art. 199 des Geb.-Gesetzes), die in die Staatskasse fliesst und derselben verbleibt.

fondsbeiträge überwiesen worden. Der Landtag war mit diesem Vorschlag einverstanden, und der Landtagsabschied vom 10. Juli 1865 brachte die Sanktion mit der Massgabe, dass die Hälfte der geheimen Raths- und Kanzleitaxen der Töchterkasse, alles Uebrige dem Hauptvereine zukommen solle. Die Vereinssatzungen wurden durch k. Verordnung vom 31. August 1865 verkündet.

Der Staat hat alle seine Verpflichtungen bezüglich der Versorgung der Wittwen und Waisen, wie sie die Staatsdienerpragmatik vom 1. Januar 1805 statuirt hatte, ungeschmälert auf seine Schultern genommen und unter Ueberweisung beträchtlicher Einnahmen nur noch eine weitere Fürsorge ermöglicht. Er hat damit anerkannt, dass die gesetzlichen Bezüge der Hinterbliebenen nicht ausreichen.

Die Zuweisungen des Staates erfuhren in der Folge eine bedeutsame Aenderung. Es war unliebsam empfunden worden, dass die Wittwen- und Waisenfondsbeiträge, sowie die sogen. geheimen Rathstaxen von allen Beamten, selbst solchen, die gar nicht dem Unterstützungsverein beitreten konnten, diesem zugewiesen wurden; es war dies umso unbilliger, als diese anderen Kategorien auch Unterstützungsvereine hatten, für die sie allein aufkommen mussten. Bezüglich der Wittwen- und Waisenfondsbeiträge ist dieser abnorme Zustand zum grössten Theil bis heute geblieben¹⁾, bezüglich der geheimen Rathstaxen hat man aber 1881 eine Aenderung in der Weise eintreten lassen²⁾, dass man sie — seitdem heissen sie Unterstützungsfondsabgaben — den verschiedenen Unterstützungsvereinen zuwies, also z. B. die der Forstbeamten ihrem Unterstützungsverein, die der rechtsrheinischen protestantischen Pfarrer dem Pfarrpensionsfonds dieser Bezirke, die der katholischen Geistlichen den bezüglichlichen Diözesan-Emeritenanstalten u. s. w. Dem allgemeinen Unterstützungsverein blieben die Unterstützungs-

1) So fliessen z. B. die Wittwen- und Waisenfondsbeiträge des Forstpersonals in den allgemeinen Verein, obschon ersteres einen besonderen Unterstützungsverein nebst Töchterkasse hat und vom Eintritt in den allgemeinen Verein ausgeschlossen ist. Dagegen wurden durch Finanzgesetz vom 29 Mai 1886 (Ges. u. V.-Bl. S. 205) § 21 die Wittwen- und Waisenfondsbeiträge der Pfarrer aufgehoben.

2) Ges. über das Gebührenwesen Art. 200 Allerhöchste Verordnung v. 30. März 1881 (Ges. u. V.-Bl., S. 171).

fondsabgaben derjenigen Kategorien von pragmatischen Bediensteten, welchen die Berechtigung zum Eintritt zusteht.

Die Professoren und Beamten der Universitäten haben von allem Anfang an gegenüber diesen Vorgängen eine Sonderstellung genossen. Die oben erwähnte Verordnung vom 8. Juni 1807 sowie die hiezu ergangene Erläuterungsverordnung vom 28. Januar 1814¹⁾ legen ihrem Wortlaute nach die Verpflichtung zur Entrichtung der Wittwen- und Waisenfondsbeiträge nur jenen Staatsdienern auf, welche ihre Gehälter aus „Staatskassen“ d. h. Staatsfinanzkassen beziehen. Da dies bei den Professoren und Beamten der Universitäten nicht der Fall war, blieben sie ähnlich wie Stiftungsbeamte, Gemeindebeamte und andere Kategorien dieser Art von der Beitragspflicht frei²⁾. Doch wurden nach und nach alle anderen Kategorien verpflichtet, auch Wittwen- und Waisenfondsbeiträge zu zahlen, aber jeweils nur an diejenigen Kassen, aus denen sie ihre Gehälter und Pensionen bezogen³⁾. Auch die Professoren und Bediensteten der Universität Erlangen wurden durch Ministerialentschliessung vom 31. Mai 1835 gezwungen, von allen aus der Universitätskasse fliessenden Gehältern die bezüglichen Beträge an die Universitätskasse zu entrichten⁴⁾, aber, als man in Erlangen dieser isolirten Einrichtung sich bewusst geworden war und die Abschaffung verlangte, hat ein Ministerialerlass vom 20. Februar 1868 dies sofort genehmigt⁵⁾.

Als nun der allgemeine Unterstützungsverein und die hiemit verbundene Töchterkasse 1865 gegründet wurde, ergab sich eine

1) Weber I, S. 448.

2) Allerhöchste Entschliessung vom 9. Nov. 1807 (Weber I, S. 152); Ministerialentschl. v. 27. Februar 1813 (Döllinger, Verordnungssammlung IX, S. 177); Ministerial-Entschliessung v. 7. August 1833 (Döllinger XVII, S. 895).

3) Vgl. insbes. Minister.-Entschl. v. 5. Febr. 1840, die Wittwen- u. Waisenfondsbeiträge der Professoren an den k. Studienanstalten betr. (Weber III, S. 330). Doch wurde auch hier ausgesprochen, dass nur die nach dem 1. Februar 1840 angestellten Professoren diesem Zwang gegenüber den Stiftungskassen unterliegen sollten.

4) Döllinger IX, S. 177.

5) Das Finanzministerium hatte durch Reskript v. 23. Febr. 1847 u. der k. Oberrechnungshof lt. Entschliessung v. 13. Oktober 1848 den Grundsatz der Nichtanwendung des Regulativs v. 8. Juni 1807 auf Universitäten anerkannt.

eigenthümliche Situation. Der Verwaltungsrath des Vereins und mit ihm das Ministerium (Dr. von Ringelmann) gingen von der Ansicht aus, dass die Professoren und Beamten der Universitäten nicht schlechtweg dem Vereine beitreten könnten, da sie nicht von ihren Gehältern Wittwen- und Waisenfondsbeiträge entrichteten, und „somit zur Zeit bei den Hochschulen die in dem Landtagsabschiede gewährten und für die Dotation des Vereins überhaupt vorausgesetzten Gegenleistungen nicht gegeben erschienen“¹⁾. „Gleiche Rechte setzten die Uebernahme gleicher Verbindlichkeiten voraus.“ Das Ministerium war aber, wie es sich ausdrückte, nicht gesonnen, eine Ausdehnung der Verpflichtung zur Entrichtung von Wittwen- und Waisenfondsbeiträgen zu Gunsten der Vereinskasse gegen den Wunsch der einzelnen Universitätskorporationen zwangsweise herbeizuführen, es forderte vielmehr die einzelnen Senate auf, Plenarversammlungen sämtlicher ordentlicher und ausserordentlicher Professoren zu berufen und nach erschöpfendem Vortrag die Frage zur Berathung und Beschlussfassung vorzulegen, ob die genannte Verpflichtung auf die pragmatisch Bediensteten der Hochschule ausgedehnt und hiedurch denselben das Recht gewahrt werden solle, dem allgemeinen Unterstützungsverein für die Hinterlassenen der k. b. Staatsdiener und der hiemit verbundenen Töchterkasse beizutreten. In dem Einladungsschreiben sollte ausdrücklich bemerkt werden, dass sich nicht nur die in der Minorität Befindlichen, sondern auch die Abwesenden dem Beschlusse der Mehrheit zu unterwerfen hätten.

Die Senate nahmen eine durchaus ablehnende Stellung ein. Plenarversammlungen wurden an keiner Universität einberufen; man war der Ansicht, dass ein Majoritätsbeschluss hier nichts helfe, die Befreiung von den Wittwen- und Waisenfondsbeiträgen, die als eine Steuer zu betrachten²⁾, könne nur durch ein Gesetz beseitigt werden; vollends unmöglich erscheine dies gegenüber Universitätsbeamten, die in der Versammlung gar nicht vertreten sein sollten. Materiell stellte man sich auf den Standpunkt, dass der Verein nicht das Recht habe, andere Bedingungen für die

1) Minist.-Entschl. v. 9. März 1866.

2) Schon die Entschliessung v. 10/20. Juli 1807 bezeichnete die „Besoldungsbezüge“ als Staatsauflage; auch waren bis 1865 die Wittwen- und Waisenfondsbeiträge unter die direkten Steuern eingereiht.

Aufnahme zu fordern, als in den Satzungen und der Verordnung vom 31. August 1865 und im Landtagsabschied vom 10. Juli 1865 enthalten seien; nirgends sei da als Bedingung des Beitritts die Entrichtung von Wittwen- und Waisenfondsbeiträgen statuirt; sonst müssten auch diejenigen Beamten ausgeschlossen werden, welche von der Entrichtung von Wittwen- und Waisenfondsbeiträgen befreit seien, weil ihr Bezug an Besoldung oder Quiescenzgehalt die Summe von 600 fl. nicht übersteige; ebenso stehe dies Verlangen im Widerspruch mit § 10 der Satzungen, wonach jedem Vereinsmitglied die Mitgliedeigenschaft bleibt, auch wenn es aus dem Staatsdienst austritt, also kein Gehalt mehr bezieht, in Folge dessen auch keine Wittwen- und Waisenfondsbeiträge mehr bezahlt, wofern es sonst seinen satzungsmässigen Verpflichtungen gegen den Verein nachkommt. Die Wittwen- und Waisenfondsbeiträge seien keine Gegenleistung an den Unterstützungsverein, sondern so, wie sie auf Grund ständischer Bewilligung anfielen, mit dem Kapital von 280 000 fl. und den geheimen Rathstaxen ein Staatszuschuss, ein freiwilliges Geschenk, bei dem der Verein nicht das Recht habe, zu fragen, von welchen einzelnen Personen die Summe eingezahlt worden sei. Auch in der Kammer habe Niemand an eine Erweiterung gedacht, wie daraus hervorgehe, dass der Referent die Beiträge der vergangenen Jahre zu Grunde gelegt habe. Bei den übrigen Beamten bleibe der Status quo, nur dass man ihnen noch einen Vortheil biete, für die Professoren bedeute aber der Abzug eine neue Belastung, eine Steuer. Der Professoren Eintritt von der Bedingung dieser Steuer abhängig zu machen, sei um so merkwürdiger, als sie nur bei Eintritt in den allgemeinen Verein auch Mitglieder der Töchterkasse werden könnten, zu der sie doch auch ihren hälftigen Antheil an geheimen Rathstaxen beitrügen. Mit gutem Grund seien die Professoren von den Wittwen- und Waisenfondsbeiträgen frei geblieben, bei ihrer Einführung habe der Staat nicht die Absicht gehabt, neben der durch die Dienstespragmatik begründeten Vorsorge eine besondere Wohlthätigkeitsanstalt für die Hinterbliebenen der Staatsdiener zu schaffen, sondern die Staatskasse in der Bestreitung der in Folge der Dienstespragmatik übernommenen Pensionslasten zu erleichtern. Die Beamten, welche wie die Professoren vom Staat keine Besoldung erhielten und deren Hinterbliebenen auch nicht ihre Pension daraus bezögen, fielen dadurch von selbst heraus.

Diese Gründe scheinen nicht ohne Eindruck geblieben zu sein; das Ministerium verzichtete darauf, die Beitragspflicht in Bezug auf die Wittwen- und Waisenfondsbeiträge schlechtweg auf alle Professoren und Beamte der Universität auszudehnen, aber es dekretirte unterm 19. Juli 1866¹⁾: „Aus allgemeinen Erwägungen des Rechts und der Billigkeit kann der Beitritt zu dem allgemeinen Unterstützungsverein für die Hinterlassenen der k. b. Staatsdiener und der hiemit verbundenen Töchterkasse nur jenen pragmatisch angestellten Universitätsprofessoren und Beamten gestattet werden, welche sich bereit erklären, nicht nur die statutenmässigen Vereinsbeiträge, sondern auch wie die übrigen Vereinsmitglieder die regulativmässigen Wittwen- und Waisenfondsbeiträge an die Vereinskasse vom 1. Oktober 1865 anfangend zu bezahlen²⁾.“ Diejenigen, welche ihren Beitritt bereits angezeigt hatten, mussten eine diesbezügliche Erklärung abgeben³⁾.

Durch die Finanzgesetze vom 21. April 1884 und 27. März 1888 wurde die Staatsregierung ermächtigt, den neuanzustellenden Staatsdienern den Eintritt in den Verein und in die Töchterkasse zur Pflicht zu machen, wenn sie die satzungsmässigen Voraussetzungen der Mitgliedschaft besitzen⁴⁾. Davon wurde in der Folge Gebrauch gemacht. Durch Allerhöchste Verordnung vom 6. April 1888⁵⁾ wurde die Zugehörigkeit zu dem allgemeinen Unterstützungsverein, sowie der hiermit verbundenen Töchterkasse für alle vom 6. April 1888 ab neu zur Anstellung gelangenden pragmatischen Beamte obligatorisch gemacht.

1) Vgl. dazu Beschluss des Verwaltungsrathes des Unterstützungsvereins v. 18. Nov. 1866 u. Ministerialentschl. v. 6. Januar 1867 Nr. 10088.

2) Formalrechtlich bedeutete eine derartige Bestimmung eine Aenderung der Satzungen, und eine solche stand nach § 35 derselben doch nur der Generalversammlung vorbehaltlich der Genehmigung des Königs zu. Erst in den Satzungen von 1889 ist in § 5 die Sache korrekt geordnet.

3) In Würzburg hatten 1865/66 fünf ordentliche Professoren ihren Beitritt angemeldet, davon traten zwei, welche die Bedingung nicht erfüllen wollten, wieder aus; drei, welchen die Zugehörigkeit zum Verein und zur Töchterkasse augenscheinliche Vorthelle in Aussicht stellte, nahmen die gestellte Bedingung auf sich.

4) Ges.- u. V.-Bl. 1884 S. 137 § 14; Ges.- u. V.-Bl. 1888, S. 195, § 20.

5) Ges.- u. V.-Bl. S. 241; vgl. dazu die Vollzugsvorschriften Weber 19, S. 45.

Man war auf Grund der ministeriellen Bekanntmachung vom 24. April 1888¹⁾ an den Universitäten vielfach der Ansicht, dass auch die neu angestellten Professoren und Universitätsbeamten diesem Obligatorium unterlägen, und übte das Abzugsrecht ihnen gegenüber aus. Das Finanzministerium erklärte aber durch Schreiben vom 2. April 1889 an das Kultusministerium Nr. 3270 dies für unzulässig²⁾; durch die Allerhöchste Verordnung vom 6. April 1888 sei eine Abänderung bezüglich der nur bedingten Aufnahmefähigkeit der Universitätsprofessoren und Universitätsbeamten ebensowenig eingetreten, als darin, dass dieselben nicht schlechtweg zur Zahlung der Wittwen- und Waisenfondsbeiträge verpflichtet seien³⁾.

Im Jahr 1894 hat der verstorbene Minister v. Müller in einer ausführlichen Zuschrift an die Universitätssenate den Gegenstand von Neuem aufgegriffen und die Frage angeregt, ob es sich nicht empfehle, alle vom 1. Januar 1895 ab neu zur Anstellung gelangenden Professoren und Universitätsbeamten zum Beitritt zum Verein und zu der damit verbundenen Töchterkasse und damit auch zur Entrichtung der regulativmässigen Wittwen- und Waisenfondsbeiträge zu zwingen⁴⁾. Von Seite des Würzburger Senats widersprach man nicht, welche Stellung die übrigen Senate zur Frage eingenommen haben, ist mir nicht bekannt, sie scheint der Sache nicht günstig gewesen zu sein. Wenigstens unterblieb auch diesmal die Aussprechung des Zwangs.

Die Zweckmässigkeit einer derartigen Massregel mag vorerst dahingestellt bleiben; soviel scheint mir aber gewiss, dass die Fiktion, die Universitätsbeamten und -Professoren bezögen ihre Gehalte und Pensionen aus Stiftungsmitteln, angesichts der beträchtlichen und wachsenden Zuschüsse des Staates zu den Uni-

¹⁾ Ministerialbl. f. K. u. Schulangel. S. 116.

²⁾ Vgl. auch Finanzministerialentschliessung v. 23. April 1890 Ziff. I, 3 (Minist.-Bl. f. Kirchen- u. Schulangelegenh. 1890, S. 130).

³⁾ In Würzburg wurden die fünf Professoren, welche zum Beitritt gezwungen worden waren, befragt, ob sie freiwillig die Leistung weiter übernehmen wollten, was drei verneinten und deshalb wieder ausschieden.

⁴⁾ Analog verfuhr man bezüglich der aus Kreismitteln gezahlten Studienlehrer an isolirten Lateinschulen und der Lehrer an Realschulen. Allerh. Verordn. v. 3. Juni 1881 (Ges. u. V.-Bl. 1881, S. 609).

versitätskosten, immer fragwürdiger wird. Grund zu einer berechtigten Missstimmung kann allerdings in den Kreisen ausserhalb der Universitäten in dem Nichtbeitritt nicht wohl gefunden werden; denn der Verein kann sich doch nur freuen, wenn die Professoren ohne alle Gegenleistung ihre 10⁰/oigen geheimen Rathstaxen von ihrem Gehalt bei Neuanstellung und jeder Gehaltsmehrung — bei 4560 Mk. Anfangsgehalt sind das nicht weniger als 456 Mk. — einzahlen.

Was die freiwillige Betheiligung der Universitätsprofessoren und Universitätsbeamten an dem Verein und der damit verbundenen Töchterkasse betrifft, so ist sie, wenigstens soweit Würzburg¹⁾ in Betracht kommt, eine sehr mässige geblieben, obwohl jeder Neuangestellte auf dieselbe amtlich aufmerksam gemacht werden muss. Erst in neuester Zeit scheint die Neigung zum Beitritt etwas zu wachsen. Zur Zeit gehören demselben von 34 weltlichen ordentlichen Professoren 6 an, das sind 17,6⁰/o, ausserdem haben 2 ord. Professoren, die, nach auswärts berufen wurden, ihre Mitgliedschaft aufrecht erhalten. Von 10 weltlichen ausserordentlichen Professoren sind 4 = 40⁰/o Mitglieder. Zugleich der Töchterkasse beigetreten sind von den 12 Mitgliedern 6 Professoren. Von den Universitätsbeamten gehören 6 dem Vereine, davon 2 zugleich der Töchterkasse an.

Die geringe Betheiligung hat wohl vielerlei Gründe. Diejenigen, welche bei der Anstellung nicht verheirathet sind, wollen naturgemäss von dem Verein nichts wissen; wenn sie dann später doch heirathen, scheuen sie die Nachzahlungen. Andere sind wohlhabend oder geniessen hohe Einnahmen und glauben es deshalb nicht nöthig zu haben. Wieder Andere rechnen mit einer baldigen Berufung und finden die Fortsetzung der Zugehörigkeit in solchem Fall nicht sehr bequem²⁾. Wieder Anderen — und das ist ein sehr beträchtlicher Theil — fällt das Opfer zu schwer. Für einen Ordinarius macht beim Anfangsgehalt von 4560 Mk. der Beitrag zum Verein

1) Bezüglich Erlangens sieh unten S. 47.

2) Sie ist übrigens eminent vortheilhaft, weil gerade für diese im Falle der Berufung die Wittwen- und Waisenfondsbeiträge wegfallen — freilich ein ungeheuerlicher Zustand, dass Professoren, die dem bayerischen Staat gar nicht mehr ihre Dienste widmen, mindestens um die Hälfte weniger zum Verein beitragen, als die in Bayern wirkenden Professoren.

61,20 Mk., der Beitrag für die Töchterkasse 20,40 Mk.; dazu kommen noch $1\frac{1}{2}$ ‰ der Wittwen- und Waisenfondsbeiträge in der Höhe von 68,40 Mk. ($1\frac{1}{2}$ ‰ von 4560 Mk.), zusammen 150 Mk. Das ist ein Betrag, den mancher Haushalt thatsächlich nicht bestreiten kann. Zudem bietet der Verein den Professoren gerade nicht das, was ihren Bedürfnissen entspricht; sie brauchen nicht bloss eine Unterstützung für ihre minderjährigen Kinder, sondern auch für ihre unversorgten grossjährigen, besonders unverheiratheten Töchter. Die Töchterkasse hilft ihnen nicht genug, weil sie nur für Doppelwaisen gilt.

IV. Zur Frage der Standesrechte der Universitätsprofessoren.

Nach der mehrerwähnten Dienstespragmatik gibt es in Bayern eine Kategorie von Beamten, welchen hinsichtlich der Fürsorge für ihre hinterlassenen Kinder ein grosser Vorzug eingeräumt ist. Während sonst — vom Fall der beschränkten oder gänzlichen Erwerbsunfähigkeit abgesehen — Kinder nur bis zum Eintritt in das 21. Lebensjahr, bezw. bis zur vorherigen Versorgung Anspruch auf Waisengeld haben, wird den Söhnen und Töchtern dieser Beamten gattung der Unterhaltsbeitrag überhaupt bis zu ihrer Versorgung, also auch über das 21. Lebensjahr hinaus und, wenn sie gar keine Versorgung finden, bis zu ihrem Tode belassen. Es betrifft dies die Kinder der höchstbesoldeten Beamten, und zwar der Minister, der Ministerialräthe und anderer Ministerialreferenten gleichen und höheren Ranges, der Gesandten, der Kollegialpräsidenten und Kollegialdirektoren, und endlich jener Kollegialräthe, welche eine 25jährige kollegiale Dienstzeit oder 40 Dienstes- oder 70 Lebensjahre zurückgelegt haben.

Für das wichtige Vorzugsrecht, das hier eingeräumt wird, sind nach der Abgrenzung der Pragmatik ein bestimmter staatsdienerlicher Rang und kollegiale Dienstleistung verlangt. Da aber diese Abgrenzung mit der heutigen Behördeneinrichtung und Schätzung der verschiedenen Arten staatsdienerlicher Dienstleistungen nicht mehr übereinstimmt, hat man sie überschritten, indem man die Kollegialdirektors- und Kollegialrathsrechte weiteren Staatsdienern und Staatsdienergattungen einräumte. Man ging dabei von der Anschauung aus, dass die Bestimmungen der Pragmatik nur die unverrückbare Grenze bilden, hinter welche die staatsdienerlichen

Rechte nicht zurückgedrängt werden dürften¹⁾, also der Ausdehnung nicht entgegenstünden. Dementsprechend wurden durch Verordnung vom 23. Februar 1879 den Oberstaatsanwälten am obersten Landesgericht und an den Oberlandesgerichten die Rechte der Kollegialdirektoren, den Präsidenten und Direktoren der Landgerichte die Rechte eines Kollegialrathes²⁾, durch Verordnung vom 30. August 1875 dem Direktor der Brandversicherungskammer die Rechte eines Kollegialdirektors, seinen Räten die Rechte eines Kollegialrathes³⁾, durch Verordnung vom 1. Juli 1890 den Rektoren der Lyceen und Industrieschulen, der humanistischen und Realgymnasien die Rechte eines Kollegialrathes⁴⁾ eingeräumt.

Im Jahre 1890 wurde unter dem Minister v. Müller in Aussicht gestellt, auch den ordentlichen Universitätsprofessoren die pragmatischen Rechte der Kollegialräthe zu erwirken.

Eine freudige Erregung rief die Zuschrift in den Lehrkörpern hervor. Man hatte es geradezu bitter empfunden, dass die ordentlichen Universitätsprofessoren in ihren Rechten hinter einem Gymnasialrektor zurückstehen mussten; man hat es nicht zu begreifen vermocht, dass hervorragenden Professoren die höchsten Orden, der Titel eines Geheimen Rathes, ja selbst der der Excellenz verliehen werden, ihre Kinder aber, sowie der Vater todt ist, schlechter vom Staat behandelt werden als die eines Gymnasialrektors.

Man war — wenigstens in Würzburg — auch Willens und im Stande, die daraus entspringende finanzielle Belastung zu tragen. Die allgemein erwartete Verleihung der Rechte eines Kollegialrathes ist aber bis heute ausgeblieben. Ob die andern Universitäten nicht in der Lage waren, gleich günstig zu berichten, oder ob andere hierbei auftauchende Momente das Ministerium bedenklich machten⁵⁾, ist nicht bekannt.

¹⁾ So wenigstens Seydel, Staatsrecht Bd. III (1887) S. 450. II. Aufl. (1896) Bd. II, S. 257.

²⁾ Ges.- u. V.-Bl. 1879 S. 1043 § 14 u. § 1 Abs. II.

³⁾ Ges.- u. V.-Bl. 1875, S. 567, §§ 4 u. 6.

⁴⁾ Ges.- u. V.-Bl. 1890, S. 503.

⁵⁾ Nämlich ein äusserst wunder Punkt ist in dieser Frage der Begriff der Versorgung, der von der oberstrichterlichen Judicatur schwankend und wenig sachgemäss interpretirt wird. (Vgl. hierüber die erschöpfende geschichtliche Darstellung von Seydel, Staatsrecht III (1887) S. 469.) Ich habe bei einer sich mir darbietenden Gelegenheit im Jahr 1890 festzustellen gesucht, wie

Die Ausdehnung hätte ja gewiss einer nicht ganz kleinen Zahl von Ordinarien eine quälende Sorge abgenommen. Lücken wären freilich immer noch geblieben. Für alle ordentlichen Professoren, welche nicht 25 Jahre an einer bayerischen Universität als Ordinarien gewirkt haben oder 40 bayerische Dienstjahre aufweisen können oder im Dienst 70 Jahre alt geworden sind, entfällt die Vergünstigung¹⁾. Besonders schwer sind diese Voraussetzungen erreichbar für solche, die von auswärts berufen werden,

viel Söhne hier verstorbener Professoren über 30 Jahre alt waren und nach dem dermaligen Stand der Rechtsprechung als unversorgt und deshalb als pensionsberechtigt zu gelten hatten; es waren nicht weniger als 7: ein Arzt in Amerika, ein Musikdirektor ohne feste Anstellung, ein Privatingenieur, ein Apotheker in der Pfalz, ein Direktor einer Aktienbrauerei, ein Privatier in Nürnberg, ein Privatier in Amerika. Ausserdem zählte ich 12 unverheirathete Töchter und vier Söhne unter 30 Jahre alt: ein Philologe ohne Anstellung, ein Rechtskandidat, ein medizinischer Assistent, ein Theologe, Präfekt an einer Erziehungsanstalt. Ich regte damals den Gedanken an, dass die Verleihung der pragmatischen Rechte der Kollegialräthe an die Universitätsprofessoren mit der Beschränkung erfolge, dass bei Söhnen — vorbehaltlich des § 10 des Art. XXIV der Staatsdienerpragmatik, wo es sich also um zeitweise oder dauernde Erwerbsunfähigkeit in Folge physischer Gebrechen handelt — der Pensionsanspruch mit vollendetem 29. Lebensjahr erlösche, in diesem Umfang aber dann der Massregel eine rückwirkende Kraft gegeben werde. Ich ging hierbei von folgender Erwägung aus: Bei der angegebenen Altersgrenze hat die Mehrzahl der Söhne ihre Ausbildung vollendet und kann ein eigenes Brod haben, es würden die Fälle, welche in Folge der Rechtsprechung als anstössig empfunden wurden, eliminirt und eine unnöthige Belastung des Universitätsvermögens vermieden; es hätte das für Würzburg ca. 2000 Mk. ausgemacht. Bei erwerbsunfähigen Söhnen wäre keine Härte entstanden, da ihnen die Wohlthat des § 10 des Art. XXIV der Dienstespragmatik zur Seite stehen sollte. In Betreff der Mädchen hätte man die bisherige Praxis fortbestehen lassen können, da die wohlhabenderen in der Regel zur Verheirathung gelangen und dadurch aus dem Pensionsanspruch ausscheiden, für die übrig bleibenden unverheiratheten es aber unter allen Umständen wünschenswerth ist, dass eine scrupulöse Untersuchung darüber, ob ihre Vermögenslage die Unversorgtheit annehmen lasse, unterbleibe. Mit dieser Beschränkung war es nicht bedenklich, der Massregel auch rückwirkende Kraft zu geben, da dann nur etwa vier thatsächlich unversorgte Söhne und 12 unverheirathete Mädchen einen Pensionsanspruch erhalten hätten; letztere wären dann nicht mehr, wie jetzt vielfach, genöthigt gewesen, jährlich im Gnadenweg eine Unterstützung zu erbitten, die zudem meist noch kleiner ist, als der Pensionsanspruch.

1) Von 1862 bis 1890 waren in Würzburg 40 ordentliche Professoren verstorben, hievon hatten etwa 24 eine dieser Voraussetzungen erfüllt.

da in Bayern die ausserbayerische Dienstzeit nicht angerechnet wird. Wer mit 50 Jahren berufen wird, muss im aktiven Dienst wenigstens 70 Jahre alt werden, wenn für ihn die Vergünstigung wirksam werden soll¹⁾.

Für die ausserordentlichen Professoren — und deren gibt es doch in Bayern auch über 50 — hätte diese Regelung ohnehin keine Bedeutung gehabt.

¹⁾ Im Jahr 1890 waren hier 47⁰/₀ aller Ordinarien, welche eine fremde Dienstzeit von je 1—15 Jahren aufweisen konnten.

V. Private Fürsorge für die Hinterbliebenen an einzelnen Universitäten und Gymnasien.

1. An der Universität Erlangen wurde 1747 eine Wittwenkasse errichtet¹⁾, die auf Beiträge der Professoren sich gründete. In Folge einer Schenkung des Königs von Preussen v. 31. Dez. 1804 entstand eine zweite Wittwenkasse²⁾. Diese beiden wurden durch Ministerialreskript v. 16. April 1859 unter der Bezeichnung „Privat-Wittwenkasse der k. Universität Erlangen“ vereinigt.

Das Institut ist, obwohl die Jahresetats dem Ministerium zur Genehmigung und die Jahresrechnung der Rechnungskammer zur Revision vorzulegen sind (Ministerialreskript v. 17. Aug. 1860), ein rein privates. Die Kasse genießt die Rechte der milden Stiftungen, ist also namentlich frei von Kapitalrentensteuer.

Berechtigt zum Eintritt sind zunächst nur die ordentlichen Professoren; doch können die Mitglieder auch besoldete ausserordentliche Professoren, den Syndikus, Quästor (Hauptkassier) und Sekretär aus besonderer Begünstigung als ausserordentliche Mitglieder aufnehmen, deren Hinterbliebene haben aber nur Anspruch

¹⁾ Ueber die Gründung und den Inhalt der ersten Statuten vgl. „Die Universität Erlangen von 1743 bis 1843.“ S. 239 f. Abgesehen von den Accessgeldern der Mitglieder sollten nach diesem ersten Statut in die Wittwenkasse fließen: die Straf- und andere Gelder, die bis dahin unter die Professoren vertheilt, ferner diejenigen Gelder, welche bis dahin von den einzelnen Fakultäten bei Promotionen und sonst an den *fiscus academicus* bezahlt worden waren; jeder Universitätsbürger hatte bei seiner Aufnahme 45 Kr. für die Wittwenkasse zahlen.

²⁾ Der König von Preussen setzte einen jährlichen Zuschuss von 950 fl. aus der Quästoratskasse aus und verwilligte zugleich einen einmaligen Betrag von 1500 fl. aus der Sportelkasse des fränkischen Departements. Ebenda S. 241.

auf die halbe Pension; auch darf ein solcher Antrag nur gestellt werden, wenn die jährliche Rente für die Wittwe eines ordentlichen Mitgliedes wenigstens 300 fl. beträgt.

Jedem neuernannten ordentlichen Professor muss der Vorstand sobald als thunlich die Statuten, die Grösse des Kapitals und der Pensionsrate des letzten Etatsjahres mittheilen. Der Beitretende hat 5 % der fixen Besoldung, im Minimum 60 fl., als Eintrittsgeld zu bezahlen; ebenso sind von jeder späteren Besoldungszulage, wenn durch sie die Besoldung von 1200 fl. überstiegen wird, 5 % zu entrichten. Wer später als acht Tage nach der oben erwähnten Mittheilung das Beitrittsgeld erlegt, hat vom Ablauf der acht Tage bis zur wirklichen Erlegung die Beitrittsgelder mit 5 % zu Gunsten des Stammvermögens zu verzinsen. Ausser diesen Beitrittsgeldern und den Zinsen des jeweiligen Kapitals erhält die Kasse folgende Einnahmen: 1. die Ueberschüsse der Prorektoratskasse zur Vermehrung des Stammvermögens; 2. von jeder Promotion — auch von jeder unentgeltlichen — eine Gebühr von 2,60 Mk.; 3. einen Jahresbeitrag von 18 Mk., welchen jedes Mitglied und auch jeder ordentliche Professor, der nicht Mitglied ist, mag er aktiv oder quiescirt sein, zu zahlen hat. Früher erhielt die Wittwenkasse jährlich auch noch 300 fl. aus der Universitätshauptkasse; dieser Zuschuss wurde aber durch Ministerialentschliessung vom 1. März 1868 dem Einzug unterstellt¹⁾.

Wenn ein Mitglied in Folge Versetzung, Dienstentlassung, Auswanderung austritt, so erhält es die Beitrittsgelder, jedoch ohne Zinsen, zurück.

Nach dem Tode jedes, auch eines ausserordentlichen Mitgliedes, wird die Summe von 54 Mk. als Beitrag zu den Begräbnisskosten verabreicht. War der Verstorbene unverehelicht oder ein Wittwer, der keine pensionsberechtigten Kinder hinterlässt, so bekommen seine Erben ein für allemal 108 Mk., worin der erwähnte Begräbnissbeitrag von 54 Mk. mitenthaltten ist. Diese Zahlungen sind aus dem Stammvermögen zu bestreiten.

Hinterlässt ein Mitglied Frau und Kinder, so erhält die Wittve bis zu ihrem Tod oder bis zu ihrer Wiederverhehlichung eine Pension; in diesen beiden Fällen geht die Pension unge-

¹⁾ Dies geschah vermuthlich mit Rücksicht auf § 2 der Satzungen des allgemeinen Unterstützungsvereines.

schmälert an die ehelichen Kinder des Verstorbenen über und wird solange fortgezahlt, bis auch das jüngste Kind hinreichende Versorgung gefunden oder das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat; der Antheil derjenigen Kinder also, welche in Folge Versorgung oder Vollendung des 25. Lebensjahres ausscheiden, wächst jeweils denjenigen Kindern zu, die noch nicht versorgt und nicht volle 25 Jahre alt sind. Ist keine Wittwe da, so treten die Kinder sogleich in den Genuss der Pension. Der Betrag der jährlichen Pension richtet sich nach der Zahl der vorhandenen Wittwen resp. Waisen und nach der Einnahme der Zinsen, von denen jedoch vorerst 30 fl. behufs Admassirung wegzunehmen sind. Der Rest wird durch die Zahl der Bezugsfälle getheilt, wobei für die Hinterbliebenen der ausserordentlichen Mitglieder nur $\frac{1}{2}$ gerechnet wird. Eine Wittwe und ebenso deren Nachfolger im Genuss sollen nie mehr als höchstens 500 fl., jetzt 900 Mk. erhalten. Der etwaige Ueberschuss wird zu Kapital geschlagen.

Das Vermögen betrug nach der Rechnung pro 1896 191 842 Mk. 10 Pf., wovon 188 327 Mk. 93 Pf. rentirlich angelegt waren. Die Zinsen hiervon beliefen sich auf 7533 Mk. 40 Pf., wovon zunächst 54 Mk. zur statutarischen Admassirung und 159,25 Mk. für Verwaltungskosten abgingen. Bezugsberechtigt waren 7 Wittwen — inzwischen ist eine achte hinzugekommen —, so dass auf jede 1045,73 Mk. getroffen hätten; nach dem Statut durften aber nur je 900 Mk., also im Ganzen 6300 Mk. an Pensionen bezahlt werden. Da ausser den Zinsen noch weitere Einnahmen vorliegen, so können in der Regel 3000—4000 Mk. admassirt werden.

Der Privatwittwenkasse gehörten im Jahr 1896 37 aktive Mitglieder an; es sind dies sämtliche ordentliche Professoren bis auf 5, wovon 2 ledig. Weder ausserordentliche Professoren noch Beamte sind in die Kasse aufgenommen.

Dem allgemeinen Unterstützungsverein und der damit verbundenen Töchterkasse gehören an 1 ordentlicher Professor und 3 ausserordentliche Professoren¹⁾, bloss dem Unterstützungsverein 4 ordentliche Professoren²⁾.

2. Auch an anderen Universitäten hat man trotz günstiger Pensionsverhältnisse für die Hinterbliebenen es für nothwendig er-

1) Ausserdem fünf Beamte.

2) Ferner ein Beamter.

achtet, noch Ergänzungskassen zu schaffen. An der Universität in Strassburg besteht eine „Hilfskasse“, welcher die Professoren, Lektoren und Universitätsbeamten angehören können. Das Beitrittsgeld beträgt 30 Mk. und der Jahresbeitrag 20 Mk. Statt beider kann auch eine einmalige Zahlung von 330 Mk. geleistet werden. Mindestens 10% der ordentlichen Einnahmen (Zinsen und Beiträge) sind zu Kapital zu schlagen. Der Rest dient zu Unterstützungen an Relikten, als Wittwen, Kinder (ohne Altersgrenze), sonstige Verwandte, welche mit dem Verstorbenen einen Hausstand gebildet und in ihm den Ernährer verloren haben. Die Unterstützung hat aber stets zur Voraussetzung die Bedürftigkeit. Aehnliche Hilfskassen bestehen seit 1890 in Berlin¹⁾, seit 1. April 1892 in Königsberg²⁾ und seit einiger Zeit in Breslau. Der jährliche Beitrag beträgt in Königsberg 20 Mk., wofür auch einmalig 250 Mk. gezahlt werden können, in Berlin ist der Jahresbeitrag nur auf 5 Mk., der einmalige Ersatzbetrag auf 100 Mk. festgesetzt. Bestimmte Leistungen sind nirgends in Aussicht gestellt. Es liegt auf der Hand, dass man mit so geringen Mitteln nur wenig bieten kann. In Berlin sind zur Zeit Mitglieder der Hilfskasse: 23, welche einmalig je 100 Mk. eingezahlt haben, 89, welche laufende Beiträge entrichten; das Vermögen beträgt 25200 Mk.; im letzten Jahre wurden 1930 Mk. auf den Zweck verwendet und 700 Mk. zu Kapital geschlagen. In Königsberg verzeichnete man, als die Anstalt ins Leben trat, 52 Mitglieder³⁾, bis zum 1. Februar 1897 waren 5 durch den Tod, 4 durch Verlassen der Universität und 14 durch freiwilligen Austritt ausgeschieden; diesem Abgang steht nur ein Zugang von 7 Mitgliedern gegenüber, so dass es jetzt im Ganzen 36 Mitglieder sind. An fortlaufenden Beiträgen sind während dieser Zeit 3840 Mk., an Zinsen 409,73 Mk. eingenommen und an Unterstützungen den Hinterbliebenen von Mitgliedern 1000 Mk., den von Nichtmitgliedern⁴⁾ 456,98 Mk. gezahlt worden. Das Vermögen, das sich durch Kapitalisiren der Ueber-

1) Statuten v. 19. Dez. 1889, vom Ministerium genehmigt am 10 März 1890.

2) Statuten genehmigt vom Ministerium am 3. Dez. 1891.

3) Der § 4 des Statuts verlangt Beitritt im 1. Jahre, widrigenfalls Hinterbliebene nur Unterstützung erhalten, wenn das betreffende Mitglied mindestens fünf Jahre der Kasse angehört hat.

4) Nach § 2 der Statuten ist dies in gewissen Grenzen zulässig.

schüsse, Zuwendungen (3000 Mk. vom Staat, 100 Mk. von einem Mitglied) und einmalige Beiträge (750 Mk.) gebildet hat, beträgt 6875,05 Mk.

An einigen Universitäten finden sich auch noch besondere Stiftungen zu Gunsten der Professorenrelikten. In Göttingen besteht die Vandenhoeck'sche Stiftung, beruhend auf einem Testament der Wittwe Anna van den Hoeck, geborenen Parry aus London, worin sie der Professoren-Wittwenkasse 3000 Thlr. in Louisd'or zu fünf Thalern vermachte mit der Bestimmung, von den Zinsen dieses Kapitals die jährlichen Pensionen der sechs ältesten Wittwen zu vergrössern. In Berlin hat der Professor Dr. Fr. G. Hayne und dessen Ehefrau, geb. Fischer, durch wechselseitiges Testament v. 8. August 1831 verordnet, dass die Substanz ihres hinterlassenen Vermögens den Fonds einer Stiftung bilden solle, um aus den Einkünften bedürftigen Töchtern verstorbener Professoren der Universität Berlin, solange sie unverheirathet und unbescholten sind, Jahresgelder von 100 Thlr. auf Lebenszeit zu gewähren. Unter mehreren zur Unterstützung Berechtigten entscheidet die grössere Bedürftigkeit, bei gleicher Bedürftigkeit soll auf die Verdienste des Vaters um die Wissenschaft und die Universität Berlin besondere Rücksicht genommen werden. Zur Zeit beträgt das Vermögen 82000 Mk. nominell, und erhalten 9 Professorentöchter je 300 Mk. Die Stiftung ist im Jahr 1878 in's Leben getreten¹⁾. In Halle a/S. veranstalteten bei Gelegenheit der Feier der goldenen Hochzeit des Kaisers Wilhelm I. und der Kaiserin Augusta am 11. Juni 1879 die Professoren eine Sammlung behufs Gründung einer Stiftung zur Unterstützung nothleidender Hinterbliebenen von Professoren. Die Sammlung ergab 3345 Mk. Bis diese Summe auf 10000 Mk. angewachsen ist, sollen Unterstützungen nur in den Fällen des allerdringendsten Bedürfnisses gewährt werden. Auch in Breslau soll eine Stiftung dieser Art bestehen.

Wichtiger als all' diese unzulänglichen, aber symptomatisch beachtenswerthen Versuche ist das Vorgehen der Leipziger Universität. Wie oben bereits gezeigt wurde, sind die Pensionsverhältnisse für die Hinterbliebenen der Universität nicht ungünstig. Der Staat gewährleistet, ohne Beiträge zu fordern, aber unter

¹⁾ Statuten vom 28. Juli 1878, vom Ministerium genehmigt am 10. Okt. 1878.

Mitverwendung der Renten der Wittwen- und Waisenkasse der Wittwe eines Professors $\frac{1}{5}$ des Gehalts ihres Mannes, in minimo aber 1800 Mk., bzw. 1000 Mk., je nachdem es sich um die Wittwe eines Ordinarius oder Extraordinarius handelt. Die Halbwaise erhält $\frac{1}{5}$ der Wittwenpension, also mindestens 360 Mk., bzw. 200 Mk., die Doppelwaise $\frac{3}{10}$ der Wittwenpension, also 540 Mk., bzw. 300 Mk. Im Fall besonderen Bedürfnisses kann die Höhe der gesetzlichen Pension um $\frac{1}{4}$ erhöht werden. Unverehelichten Töchtern und gebrechlichen Söhnen, die über 18 Jahre alt, unvermögend und ohne ihre Schuld erwerbsunfähig sind, kann das Ministerium auf Antrag des akademischen Senates eine angemessene Unterstützung gewähren, deren Dauer das Ministerium bestimmt¹⁾. Trotz dieser verhältnissmässig günstigen Pensionsbezüge hat man in Leipzig doch noch eine weitere Ergänzung für nöthig gehalten und ist muthig an's Werk gegangen. Am 1. April 1892 trat die „Hilfs- und Töchterpensionskasse bei der Universität Leipzig“ ins Leben²⁾.

Alle Professoren der Universität einschliesslich des Oberbibliothekars werden mit ihrer Ernennung Mitglieder; die Kasse hat also einen obligatorischen Charakter für jene, die künftig angestellt werden³⁾; die bereits bei Errichtung der Kasse angestellten Professoren hatten, wenn sie beitreten wollten, bis zum 30. April 1892 ihren Willen kundzugeben. Die ordentlichen Professoren müssen 100 Mk. Eintrittsgeld und 100 Mk. Jahresbeitrag, die ausserordentlichen Professoren für beide Fälle je 60 Mk. bezahlen; die Jahresbeiträge werden in vierteljährigen Raten vom Gehalt abgezogen. Die am 31. März 1892 bereits an der Universität angestellten Professoren und Beamten sind vom Eintrittsgeld befreit. Ausserdem liefert zu den Einnahmen die Knaups'sche Stiftung jährlich 4000 Mk. und der Almosenfiskus jährlich 500 Mk. Zu Kapital sind zu schlagen 10 % der Einnahmen des letzten Jahres an Kapitalzins und Mitgliederbeiträgen, sowie die Einnahmen, die nicht zu dem Zweck zu verwenden waren.

1) Revidirtes Statut für die allgemeine Wittwen- und Waisenkasse bestätigt vom Ministerium am 29. April 1892.

2) Statut beschlossen am 17. Juli 1891, vom Ministerium bestätigt den 29. April 1892.

3) Der Universitätssekretär und Rentmeister dürfen der Anstalt beitreten; es muss aber innerhalb dreier Monate nach ihrer Anstellung geschehen.

Vorerst — alle fünf Jahre findet eine Revision der Pensionsbezüge statt — ist die Pension der Wittwe eines ordentlichen Professors auf 300, die des ausserordentlichen auf 200 Mk. festgesetzt. Mit der sonstigen Pension stellt sich erstere somit auf 2100 Mk., letztere auf 1200 Mk. Jedes Kind eines als Mitglied Verstorbenen unter 18 Jahren¹⁾ erhält $\frac{2}{5}$ der Wittwenpension, also vorerst 120 Mk., bzw. 80 Mk.; mit ihrer sonstigen Pension stellt sich die Halbwaise sonach auf 480 bzw. 280 Mk., als Doppelwaise auf 660 Mk. bzw. 380 Mk.

Sobald die Kasse ein Vermögen von 30000 Mk. gesammelt oder durch Zuwendungen erhalten hat, sollen die Pensionen ausgedehnt werden auf erwachsene unverheirathete Töchter und erwerbsunfähige Söhne. Jede über 18 Jahre alte Tochter eines als Mitglied Verstorbenen erhält dann, solange sie unverheirathet ist, als Halbwaise $\frac{3}{5}$, als Doppelwaise $\frac{5}{5}$ der statutenmässigen Wittwenpension, also vorerst 180 Mk., bzw. 300 Mk., wenn es sich um die Tochter eines Ordinarius, und 120 Mk., bzw. 200 Mk., wenn es sich um die eines Extraordinarius handelt. Ebenso wird der über 18 Jahre alte Sohn eines verstorbenen Mitgliedes, der dauernd erwerbsunfähig ist, behandelt. Auf die Wittwen- und Waisenpensionen darf zu Gunsten der Kasse, aber nicht zu Gunsten anderer Pensionsberechtigten verzichtet werden.

Weiter können zur einmaligen Unterstützung von Angehörigen verstorbener oder erkrankter Mitglieder in einer durch deren Tod oder Krankheit erzeugten akuten Nothlage jährlich höchstens 1500 Mk. verwendet werden. Die der Familie eines Mitgliedes in solcher Nothlage gewährte einmalige Unterstützung darf 500 Mk. nicht übersteigen.

Man wird hinsichtlich der Zielpunkte das Leipziger Vorgehen nur billigen können; nur die Art der Beiträge scheint mir verbesserungsfähig.

3. Als Beispiele von Gymnasien, an denen die staatlichen Bezüge der Wittwen und Waisen in glänzender Weise ergänzt werden und die deshalb Seitens der Lehrerschaft ebenso sehr gesucht als ungern verlassen werden, führe ich Regensburg und Augsburg an.

¹⁾ Auf Antrag der Mutter oder des Vormundes kann dem Sohne eines als Mitglied Verstorbenen im Bedürfnissfall die Waisenpension bis zum vollendeten 21. Lebensjahre verlängert werden.

Im Jahr 1718 machte der Konrektor des Gymnasium poeticum in Regensburg¹⁾ Vorschläge zur Gründung einer Wittwenkasse, und die damaligen 7 Lehrer desselben kamen überein, durch Verwendung eines ihnen zugefallenen Legates von 190 fl., wozu der Präceptor Beurer noch 10 fl. gab, einen Fond von 200 fl. zu gründen, den sie am 1. August desselben Jahres bei dem städtischen Steueramt zu 5 % anlegten. Zu diesen Zinsen wurden noch die von zwei kleineren den Lehrern des Gymnasiums zugekommenen Legaten geschlagen, und ausserdem trug jeder Lehrer vierteljährlich 20 Kr. bei, so dass man nunmehr eine Jahreseinnahme von etwas über 30 fl. hatte. Am 17. Januar 1725 entwarfen sich die Lehrer des Gymnasiums eine Stiftungsurkunde, welche Tags darauf vom Rath der Stadt bestätigt wurde.

Das aus so kleinen Anfängen hervorgegangene Institut gedieh mit merkwürdigem Glück. Das Vereinsvermögen wuchs dadurch, dass in den ersten Decennien seines Bestehens das Institut einige Legate vermacht erhielt und bis zum Jahre 1745 eine Wittwenpension nicht auszuzahlen war. 1756 wurde beschlossen, Quartalsbeiträge und die Zinsen der zwei kleineren Legate nicht mehr einzuzahlen. Dagegen ist das bei der Gründung 1725 bestimmte einmalige Eintrittsgeld beibehalten, es betrug früher 30 fl., heute 54 Mk.

Da das Vereinsvermögen von Jahr zu Jahr wuchs, so konnten immer reichlichere Pensionen gewährt und die Zwecke des Instituts erweitert werden.

Nach dem jetzt geltenden Statut²⁾ sind berechtigt, Mitglieder zu werden, die pragmatisch angestellten Lehrer protestantischer Konfession der beiden Regensburger Gymnasien. Nichtprotestantische Familienangehörige oder Mitglieder sind von jeder Nutzniessung ausgeschlossen mit Ausnahme der Beerdigungsbeiträge.

Das Institut bietet seinen Mitgliedern folgende Leistungen:

1. Nach dem Tode eines Mitgliedes erhält dessen Wittwe eine jährliche Pension von 900 Mk. in vierteljährigen Raten zu 225 Mk.

¹⁾ Ich verdanke die Notizen über das Regensburger Institut Herrn Gymnasialprofessor Fr. Zorn.

²⁾ Dasselbe wurde festgesetzt am 25. April 1887 und von der kgl. Regierung genehmigt am 29. April. Ein Zusatz datirt vom 11. Juli 1889, genehmigt am 13. Juli.

und für ein unversorgtes Kind bis zum vollendeten vierundzwanzigsten Jahre eine Pension von 180 Mk. in vierteljährigen Raten zu 45 Mk. Nach Erreichung dieses Alters kann auf Grund besonderer Verhältnisse, welche solche Relikten als bedürftig erscheinen lassen, eine jederzeit widerrufliche Unterstützung für die fernere Zeit zugesprochen werden. Für Doppelwaisen kann nach Massgabe der Verhältnisse ein höheres Rechniss bewilligt werden.

Unter besonderen Verhältnissen können auch nicht pensionsberechtigten protestantischen nächsten Verwandten (Kognaten) eines verstorbenen Mitgliedes durch einstimmigen Beschluss sämtlicher Mitglieder dauernde, jedoch stets durch Mehrheitsbeschluss widerrufliche und einen Kindestheil nicht übersteigende Unterhaltsbeiträge zugesprochen werden.

2. Bei dem Tode eines Mitgliedes oder der Gattin oder Wittwe desselben wird an die Erben, beziehungsweise diejenige Persönlichkeit, welche für die Beerdigung zu sorgen hat oder thatsächlich sorgt, sofort ein Betrag von 180 Mk. zur Bestreitung der Beerdigungskosten ausbezahlt.

3. Den Töchtern der Mitglieder wird bei ihrer erstmaligen Verheirathung ein Hochzeitsgeschenk von 180 Mk. gewährt.

4. Mitgliedern, welche in eine unverschuldete Nothlage gerathen, kann nach Massgabe der Verhältnisse eine Unterstützung aus den Mitteln des Vereins zugesprochen werden.

5. An Söhne von Mitgliedern, welche auf einer Hochschule studiren, soll, soweit dies unbeschadet des Hauptzweckes geschehen kann, ein jährliches Stipendium ausbezahlt werden. Dasselbe soll einen Waisenanteil nicht übersteigen.

Weiter ist Folgendes bestimmt: 1. Soferne ein Mitglied des Vereins austritt, soll ihm seine Einlage mit 54 Mk. ausgehändigt werden, seine Wittwe aber und seine Kinder sollen von allem Antheil ausgeschlossen sein. 2. Wer ohne statutenmässigen Grund freiwillig seine Mitgliedschaft aufgibt, kann nicht wieder aufgenommen werden. 3. Wenn ein Mitglied nach wenigstens zehnjähriger Mitgliedschaft von hier in einen anderen Wirkungskreis im Gymnasiallehramte innerhalb des Königreichs Bayern — entweder in gleicher Eigenschaft ohne sein Betreiben oder in Folge Beförderung — versetzt wird, soll ihm auf ausdrückliches Verlangen gestattet sein, im Verbande des Instituts in der Art zu

verbleiben, dass er a) nach vorhergegangener zwanzigjähriger Mitgliedschaft die Ansprüche eines vollberechtigten Mitgliedes zu behalten befugt sein soll, dass er dagegen b) nach zehnjähriger Mitgliedschaft als ausserordentliches, nicht stimmberechtigtes Mitglied betrachtet wird, dessen Wittwe im Falle seines Vorabsterbens sammt den etwa vorhandenen Kindern Anspruch auf die Hälfte der Pension hat, welche der Wittwe eines ordentlichen Mitgliedes für ihre Person allein zukommt. Analog soll die Hälfte der oben vorgesehenen Beerdigungsbeiträge geleistet werden, alle andern Ansprüche dagegen ausgeschlossen sein. Für die Berechnung der Dauer der Mitgliedschaft soll massgebend sein das Datum des Allerhöchsten Dekretes über Ernennung für die Stelle, auf welche sich für den Einzelnen das Recht des Eintrittes in den Verein gründet, beziehungsweise das Datum, von welchem an nach diesem Dekrete die fragliche Ernennung in Wirksamkeit zu treten hatte.

4. Die unter Ziffer 3 gewährte Vergünstigung kommt dann in Wegfall, wenn für die Anstalt, an welche das bisherige Mitglied übertritt, eine dem hiesigen Institute ähnliche, dasselbe einigermaßen ersetzende Institution besteht.

5. Die wirkliche Leistung der den Relikten ausserordentlicher Mitglieder nach Ziff. 3, b zu gewährenden Reichnisse bleibt unter Vorbehalt der den Relikten ordentlicher Mitglieder statutenmässig zustehenden vollen Pensionsquoten immer dadurch bedingt, dass die laufenden Einnahmen des Institutes zur Bestreitung zureichen, und ist, falls dieselben einmal nicht genügen sollten, eine Reduktion unter Ausschliessung jedes Klagerechtes dem Ermessen der ordentlichen Mitglieder anheim gegeben.

Ende 1895 betrug das rentirende Vermögen 166270 Mk. und warf 6625,94 Mk. Zinsen ab; hiervon wurden 3780 Mk. auf den Zweck verwendet: 3 Wittwen erhielten 2700 Mk.; 4 Kinder verstorbener Mitglieder 720 Mk.; 180 Mk. die Schwester eines verstorbenen Mitgliedes; 180 Mk. der studirende Sohn eines lebenden Mitgliedes. Das Institut zählt zur Zeit 14 Mitglieder.

An der Studienanstalt bei St. Anna in Augsburg befindet sich ebenfalls ein Pensionsinstitut¹⁾. Es wurde von acht evange-

¹⁾ Das Nachfolgende gebe ich auf Grund freundlicher Aufschlüsse und Mittheilungen des Herrn Gymnasialrektors C. Hofmann und Gymnasialprofessors G. Helmreich.

lischen Lehrern am 30. November 1695 gegründet, und zwar ursprünglich bloss zur Unterstützung von Wittwen¹⁾. Auch hier hat sich das Vermögen durch (gemeindliche und private) Zuwendungen, Schenkungen und anfängliche Admassirung der Zinsen ausserordentlich gemehrt, so dass es jetzt 267357 Mk. 14 Pf. beträgt und reichliche Versorgung der Wittwen und Waisen ermöglicht.

Zum Eintritt in den Verband der Wittwenkasse ist jeder an der Studienanstalt bei St. Anna angestellte Lehrer mit Ausnahme der Nebenlehrer (Schreib-, Singlehrer etc.) und etwaiger Funktionäre oder Verweser berechtigt. Der Eintritt muss aber sofort nach der Anstellung erfolgen. Ein späterer Eintritt ist nicht statthaft; wer einmal beigetreten ist, kann nicht wieder austreten.

Ein Eintrittsgeld ist nicht gefordert; jedes Mitglied hatte früher jährlich an die Wittwenkasse 1 fl. = 1 Mk. 71 Pf. zu zahlen; dieser Jahresbeitrag durfte nach dem Stand der Kasse erhöht werden. Davon wurde Gebrauch gemacht, als auch die Versorgung der Waisen einbezogen wurde. Der jährliche Beitrag ist jetzt auf 10 Mk. festgesetzt, eine lächerlich kleine Summe in Anbetracht dessen, was die Kasse dafür leistet. Wird ein bisheriges Mitglied versetzt, so verliert es seine Rechte, jedoch wird demselben, soferne es ohne sein Ansuchen versetzt wurde, die gesamte Geldeinlage wieder zurückersetzt.

Beim Tod eines Mitglieds erhalten die Wittwen oder die erbberechtigten Hinterbliebenen 85 Mk. 71 Pf. Beitrag zu den Begräbnisskosten. Die Wittwe bekam früher 300 fl. jährliche Pension, jetzt 900 Mk. Wenn ein Mitglied als Wittwer stirbt und Kinder unversorgten Standes hinterlässt, so treten diese in die Rechte ihrer verstorbenen Mutter auf drei Jahre lang und geniessen während dieser Zeit mit einander den vollen Bezug der Pension, welche die Mutter, wenn sie Wittwe geworden wäre, bezogen haben würde, sowie auch den Begräbnissbeitrag von 85 Mk. 71 Pf. Stirbt aber die Wittwe eines mit dem Tode abgegangenen Mitgliedes, bevor sie 3 Jahre lang die Pension bezogen hat, so geniessen ihre zurückgelassenen unversorgten Kinder bis zum Schluss dieser 3 ersten Jahre die volle Pension. Nach Ablauf dieser Frist erhalten bis zu erreichter Volljährigkeit oder, wenn sie früher

¹⁾ Die Ausdehnung auf diese Waisen erfolgte, sobald das Vermögen die Summe von 100000 fl überschritten hatte.

versorgt werden, bis zu ihrer Versorgung die Doppelwaisen jährlich 120 Mk., die Halbwaisen 72 Mk.

Sind die Waisen — gleichgültig ob Halb- oder Doppelwaisen — grossjährige unversorgte Töchter, so geniessen sie bis zu ihrer Versorgung einen jährlichen Unterstützungsbeitrag von 360 Mk., vorausgesetzt, dass ihr sittlicher Lebenswandel nach dem Urtheil der sämtlichen Mitglieder des Pensionsinstitutes sie dessen würdig erscheinen lässt. In den drei Jahren, in welchen sie an dem Genuss der Wittwen-Pension ihrer verstorbenen Mutter Antheil haben, wird zu ihrem Kopfantheil an der mütterlichen Pension soviel zugesprochen, als zur Ergänzung auf 360 Mk. nothwendig ist.

Durch Stimmenmehrheit können, wenn der Fall eines ausserordentlichen Bedürfnisses nachgewiesen ist und der Kassabestand es erlaubt, auch die majorennen unversorgten Töchter solcher Mitglieder Pensionen erhalten, welche vor Erhöhung der Beiträge verstorben sind. Das ist auch geschehen, doch erhalten sie 300 Mk. statt 360 Mk.

Sollten die jährlichen Renten des ganzen Kapitals nicht ausreichen, um alle versprochenen Leistungen zu gewähren, so sind erst die Wittwen und minorennen Waisen vollständig zu befriedigen; die majorennen unversorgten Töchter folgen erst in dritter Linie, gehen aber in ihren Ansprüchen denjenigen vor, welche, ohne eigentlich stiftungsgemäss pensionsberechtigt zu sein, eine ausserordentliche momentane oder dauernde Unterstützung aus der Wittwenkasse geniessen.

Zur Zeit beziehen Pensionen: 3 Wittwen à 900 Mk.; 7 majorenne Töchter (Waisen) à 360 Mk.; 8 majorenne Töchter von Mitgliedern, die vor der Beitragserhöhung verstorben sind, à 300 Mk.

Wenn also ein Gymnasialprofessor am Gymnasium bei St. Anna mit einem Anfangsgehalt von 3720 Mk. verstirbt, so erhält seine Wittwe zunächst 744 Mk. Staatspension; von dem lokalen Pensionsinstitut erhält sie 900 Mk., zusammen 1644 Mk. Hatte der betreffende Professor 20 Dienstjahre, so betrug sein Gehalt 4800 Mk., die staatliche Pension seiner Wittwe 960 Mk. Kommen die 900 Mk. des Instituts hinzu, so erhält seine Wittwe 1860 Mk. Selbst wenn ein Universitäts-Professor ein Gehalt von 9000 Mk. hat — ein äusserst seltener Fall — so ist die Staatspension für seine Wittwe geringer, nämlich 1800 Mk. Ist beim Tod des oben erwähnten

Gymnasialprofessors eine grossjährige unversorgte Tochter da, so erhält sie vom Staat nichts, von der Privatkasse aber 360 Mk.

Nun sind die Lehrer der beiden Gymnasien in Regensburg und Augsburg auch gezwungen, dem allgemeinen Unterstützungsverein beizutreten; ihre Wittwen und Waisen beziehen daraus weitere Beträge, so dass eine Wittwe sich leicht auf 2460 Mk. im Ganzen stellt.

Man sieht, was man zu erreichen vermag; zwar ist richtig, dass diese Kassen in einer Zeit gegründet wurden, wo es meist noch keine staatlichen Wittwen- und Waisenpensionen gab; ihre Rechnisse treten gewissermassen als Geschenk der Vergangenheit zu den staatlichen Rechnissen hinzu. Aber so gut diese Gymnasien ehemals den Anfang wagten und mit kleinen Mitteln allmählich Grosses schufen, so könnten auch die Universitäten und zwar viel leichter und viel rascher Aehnliches erzielen. Es ist nichts erforderlich als der Wille und der Anfang.

VI. Vorschläge zur besseren Versorgung der Hinterbliebenen der bayerischen Universitätsprofessoren.

Die vorstehenden Erörterungen dürften gezeigt haben, dass die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Professoren in Bayern eine durchaus ungenügende ist, dass der Beitritt zum allgemeinen Unterstützungsverein wohl eine erhebliche Besserung bedeuten, aber doch dem Bedürfniss nicht ganz genügen würde, weil die Unterstützung der Kinder bereits mit dem vollendeten 20. Lebensjahr endet, was für die Knaben nicht zureicht und vollends nicht für Mädchen, die nicht zur Heirath gelangen, dass endlich die Verleihung der pragmatischen Rechte eines Kollegialraths an die Professoren gewiss sehr zu begrüßen, aber für sich allein auch nicht ganz genügend wäre, da die Pensionsbeträge eben zu klein sind, viele Professoren die Voraussetzungen zur Erwerbung der bezüglichen Rechte nicht erfüllen können und die ausserordentlichen Professoren ganz ausscheiden. Nachdem nun oben weiter ausgeführt war, dass es sich für Bayern empfehle, den preussischen Modus der Kollegiengeldreform nicht einfach zu kopiren, dass aber andererseits eine gewisse mässige Ausgleichung in den Kollegieneldeinnahmen nicht ganz von der Hand gewiesen werden könne, so liegt der Gedanke ungeheuer nahe, hier einzusetzen, um ohne alle Günstlingswirthschaft etwas zu erreichen, was jedem Kollegen am Herzen liegen muss, nämlich für die Hinterbliebenen der Professoren so zu sorgen, dass wenigstens die Noth ausgeschlossen erscheint.

Der Kernpunkt meines Vorschlags geht dahin, dass an jeder Universität — eventuell auch für alle drei Universitäten ge-

meinsam — eine Pensionszuschusskasse gebildet werde mit dem Zweck, den Hinterbliebenen der pragmatisch angestellten Professoren Zuschüsse zu ihren Pensionen zu gewähren.

Dem Fonds hätte in erster Linie zuzufliessen ein Antheil von allen Vorlesungs- und Uebungshonoraren und zwar derart, dass von den baaren Ablieferungen pro Semester 5 % in Anspruch genommen werden. Wer also eine Kollegiengeldeinnahme von 100 Mk. hat, giebt 5 Mk., wer eine solche von 10000 Mk. hat, giebt 500 Mk. Diejenigen Mitglieder jedoch, welche nach Errichtung der Kasse ernannt werden, zahlen, wenn die jährliche Kollegiengeldeinnahme 5000 Mk. (im Semester also 2500 Mk.) überschreitet, von dem Ueberschuss 10 %.

Während nach dem preussischen Modus bei den Neuernannten und Optanten das Kolleggeld, das über 3000 Mk. (in Berlin über 4500 Mk.) hinausgeht, in Zukunft halbiert werden, also mit 50 % eingezogen werden soll, um damit Gratifikationen an Kollegen zu vertheilen, welche wenig Kolleggeld haben, will ich bis 5000 Mk. alle gleich behandeln und vom Mehrbetrag für die Neuangestellten nur 10 % abgezogen wissen, und zwar zu Gunsten der Wittwen und Waisen aller Professoren. Auch denjenigen, die in Zukunft etwas stärker beigezogen werden, wird ein Aequivalent geboten. Bei ihrem Tod wird es ihren Hinterbliebenen auch wohlthun, einen Zuschuss zu ihrer Pension zu erhalten. Und wenn selbst diejenigen, welche ganz wenig Kolleggeld haben, ein Opfer von 5 % bringen, so werden die reich bedachten kaum etwas einwenden können, wenn die zukünftigen Professoren vom Kolleggeld, das 5000 Mk. übersteigt, den doppelten Prozentsatz entrichten. Das ist, sollte man meinen, eine Ausgleichung der Unterschiede, die jeder für billig erachten könnte und müsste.

Die Professoren sind an Schwankungen im Kolleggeld gewöhnt¹⁾, sie werden den Abzug vielfach kaum merken, namentlich dann,

¹⁾ Man betrachte nur folgende aus dem Stat. Jahrb. f. d. Kgr. Bayern zusammengestellten Jahresbeträge an Kollegiengeld:

	München	Würzburg	Erlangen
1885/86 . . .	276 075	171 892	90 442
1886/87 . . .	293 052	182 276	99 534
1887/88 . . .	315 972	180 807	107 257
1888/89 . . .	322 386	225 780	125 609
1889/90 . . .	316 746	220 144	134 496

wenn die Universität im Aufschwung begriffen ist; bei dem Zu-
drang zum Studium ist aber meist eine Mehrung der Studenten
und damit der Kollegelder zu erwarten.

Wenn man ferner bedenkt, wie verschieden hoch heute schon
nur die Abzüge vom Kolleggeld für die Quästoren an den einzelnen
Universitäten sind und wie enorm verschieden die Steuern in den
verschiedenen Staaten sind, so wird Jeder zugeben, dass einige
wenige Abzugsprozente gar keine Rolle spielen¹⁾.

Dem Fonds lassen sich noch weitere Einnahmen verschaffen.
So sollte ich meinen, dass es durchaus zweckmässig wäre, wenn
von den Gebühren jeder Doktorpromotion 10 Mk. an denselben
abgeführt würden; auch hier handelt es sich um durchaus schwan-
kende Einnahmen, mit denen die Professoren anders rechnen, als
mit ihren festen Gehaltsbezügen²⁾. Zudem lässt sich im Lauf
der Zeit dieser Betrag wieder einbringen, wenn man bei Neu-
stellungen der Universitätsbediensteten die nicht unbeträchtlichen
Antheile derselben an den Doktorgebühren nach Massgabe ihrer
thatsächlich aufgewendeten Mühe neu regulirt.

Eine weitere Speisung des Fonds könnte aus der Rektorats-
kasse erfolgen. Von den Inskriptionsgebühren fliessen in dieselbe

	München	Würzburg	Erlangen
1890/91 . . .	323 213	214 123	161 480
1891/92 . . .	323 706	194 309	163 377
1892/93 . . .	327 581	179 416	167 105
1893/94 . . .	351 866	184 511	165 218

Die Schwankungen erklären sich hauptsächlich aus der Zu- und Ab-
nahme der Studentenzahl; daneben ist auch die sich rasch und stark ändernde
Zahl der Lehrkräfte zu beachten (vgl. ebenda). In den 9 Jahren ist der Unter-
schied zwischen Minimum und Maximum in München 75,791 Mk.; in Würzburg
53 888 Mk.; in Erlangen 76 663 Mk.

¹⁾ Hier in Würzburg hat der Quästor ein Abzugsprozent von 1⁰/₀, in
Marburg, Berlin, Göttingen, Bonn, Heidelberg ein solches von 2⁰/₀, in Jena
von 2¹/₂⁰/₀, in Erlangen (wenigstens als ich dort Professor war 1880/82) von
3⁰/₀, in Königsberg von 3¹/₃⁰/₀ (vor 1885 5⁰/₀), an den österreichischen Univer-
sitäten von 5⁰/₀; bei gestundeten Beiträgen, bei denen der Quästor auch die Bei-
treibungskosten zu tragen hat, werden abgezogen in Königsberg (vor 1885
25⁰/₀, jetzt) 20⁰/₀; ebenso in Bonn 20⁰/₀; in Göttingen 15⁰/₀; in Halle a. S.
und Kiel 10⁰/₀; in Berlin früher 20⁰/₀, seit Pensionirung des Quästors 8⁰/₀.

²⁾ In Würzburg sind in der theol. Fakultät 6 Ordinarien, in der juristi-
schen 7, in der medizinischen 10, in der philosophischen 17; der Entgang,
der auf den einzelnen von einer Promotion trifft, ist kaum fühlbar.

hier in Würzburg 2 Mk. von jeder neuen Immatrikulation und 40 Pfg. von jedem Schluss- und Abgangszeugniss. Es ergibt sich daraus in Verbindung mit dem Verkauf von Personal- und Vorlese-Verzeichnissen ein Betrag von 2000 Mk., bald etwas mehr, bald etwas weniger. Das Geld wird verwendet theils für kleine Regieausgaben, Publikationen in Zeitungen, Auslagen bei Festen u. s. w., theils und hauptsächlich dient die Einnahme zur Vertheilung von Neujahrgeldern und Gratifikationen an die Pedelle, Briefträger, Schreiber, Heizer u. s. w. Es werden so in der Regel über 1200 Mk. verschenkt. Unschwer könnte man aus der Rektoratskasse 500 Mk. an den Fonds abgeben, und wenn in Zukunft Stellen solcher, die bisher Gratifikationen bezogen, sich erledigen, wird man ohne Härte diese für die Neuangestellten erheblich einschränken und dadurch dem Fonds noch über 500 Mk. zuführen können.

Auch die Bezüge des Rektors selbst lassen eine Kürzung zu ¹⁾. Das Amt des Rektors ist in erster Linie ein Ehrenamt, und jeder Professor schätzt in erster Linie das Vertrauen, das ihm die Korporation durch seine Wahl entgegenbringt; wegen der damit verbundenen Emolumente hat noch Niemand diese Würde angestrebt. Immerhin muss dem jeweiligen Rektor eine Entschädigung werden dafür, dass er während des Jahres, in welchem er diese Stelle bekleidet, seine Zeit dem Amt widmen muss und mancherlei Repräsentationspflichten hat. Allein die Summe hierfür ist immer noch reichlich genug ²⁾, wenn er einen Theil seiner Gebühren abgibt; für den neu zu Wählenden liegen hier auch keine wohl-erworbenen Rechte vor. Würde er von seinem Gebührenantheil Einiges abgeben und zwar von jeder Immatrikulation 1 Mk. und von jedem Schlusszeugniss, das zum Zweck der Prüfung ausgestellt wird, ebenfalls 1 Mk., bezw. würden seine Bezüge um diesen Betrag gekürzt, so würde dies für Würzburg ca. 1100 Mk. ausmachen.

1) Manche dieser Bezüge, wie z. B. der beträchtliche Antheil an den Doktorgebühren, sind sowieso eigentlich zum guten Theil antiquirt da, wo die Promotionen in der Regel nicht mehr öffentlich sind und der Rektor nicht mehr bei denselben im Ornat zu erscheinen braucht.

2) Namentlich wenn man bedenkt, wie viel kleiner die Einnahme früher war, als die Universitäten noch wenig Studenten hatten; ich will nicht in entlegene Zeiten zurückgehen; es genüge zu erwähnen, dass hier im S.-S. 1878 960, im W.-S. 1896/97 1549 Studenten und Hörer waren.

Man könnte auch daran denken, einen Theil der Etatsposition für Unterstützungen mit heranzuziehen, da mit der Wirksamkeit unserer Kasse eine neue Inanspruchnahme durch Hinterbliebene von Professoren aufhören würde; allein da die Zahl der Universitätsbediensteten und damit die ihrer Hinterbliebenen auch stetig wächst und bei diesen oft eine Unterstützung sehr nothwendig wird, so empfiehlt es sich, davon abzusehen¹⁾.

Endlich wird es, davon bin ich fest überzeugt, auch an Erbschaften, Legaten, Geschenken und gelegentlichen Zuwendungen nicht fehlen. Mancher wohlhabende Kollege wird im Testament der Wittwen- und Waisenkasse gedenken, mancher, der keine nahen Verwandten hat, vielleicht sein ganzes Vermögen derselben vermachen. In einzelnen Universitätsstädten ist es auch üblich, dass die Professoren für Wohlthätigkeitszwecke u. dgl. Vorträge halten; man wird gewiss einen Theil der Einnahmen für den Fonds in Anspruch nehmen dürfen.

Auf diese Weise dürfte es gelingen, bald den Fonds so zu stärken, dass die Wittwen und Waisen beträchtliche Zuschüsse erhalten und insbesondere auch die unverheirathet bleibenden Professorentöchter nicht genöthigt sind, in Noth und Elend zu verharren oder um Almosen zu bitten. Nicht selten wird mangelnde Schönheit oder Kränklichkeit die Ursache sein, dass sie nicht zur Heirath gelangen; nicht alle sind talentirt genug, um einen Beruf zu ergreifen, der ihnen ein Brod schafft; mancher Beruf, wie der einer Gouvernante, ist mit viel Bitterniss verknüpft und versagt überhaupt, wenn das Alter sich immer mehr geltend macht.

Das möglichst bald anzustrebende Ziel in Bezug auf die Versorgung wäre folgendes:

Die Hinterbliebenen eines Professors erhalten sofort ein Begräbnissgeld von 200 Mk. Zwar kommt ihnen noch der sogen. Sterbenachmonat zugute; allein wenn man bedenkt, welche Kosten meist für Arzt, Pflege u. s. w. vorausgehen, ferner bedenkt, dass die Wohnung in der Regel erst nach einigen Monaten mit einer

¹⁾ Auch könnte am Ende daraus eine Schwierigkeit erwachsen. Würde der Zuschuss als ein Staatszuschuss angesehen, dann könnten Professoren, die Mitglieder unsrer Kasse wären, nicht zugleich Mitglieder des allg. Unterstützungsvereins sein (§ 2 der Satzungen).

kleineren vertauscht werden kann, also noch beträchtliches Miethsgeld zu zahlen ist, und dass bei all diesen Veränderungen wieder neue Kosten auftreten, so wird man es gerechtfertigt finden, wenn in jedem Sterbfall eines Mitglieds die obige Summe ausbezahlt wird¹⁾. Eine ähnliche Fürsorge ist am Platz, wenn die unversorgten Halbweisen ihre Mutter verlieren.

Die Wittwe sollte wenigstens einen jährlichen Zuschuss von 600 Mk. zu ihrer Pension erhalten — einen Betrag, den auch der allgemeine Unterstützungsverein gewährt.

Für jede Halbweise wären m. E. 150 Mk., für jede Doppelweise 300 Mk. pro Jahr in's Auge zu fassen²⁾. Diese Waisengelder sollten aber nicht bloß bis zum vollendeten 20. Lebensjahr, wie im allgemeinen Unterstützungsverein, sondern bis zum vollendeten 24. Lebensjahr gewährt werden, wenn nicht vorher eine Versorgung eintritt. Diese Ausdehnung, die auch sonst sich vielfach findet und kürzlich auch vom österreichischen Staat acceptirt wurde, empfiehlt sich, da in diese Zeit namentlich bei Knaben die Militärzeit und vielfach auch die Ausbildung fällt und die Kinder in diesen Jahren am meisten zu kosten pflegen. Mädchen sollen aber über das 24. Lebensjahr hinaus bis zu ihrer Verheirathung, bzw. bis zu ihrem Tod Anspruch auf ein Waisengeld haben, und zwar als Halbweise auf 150 Mk., als Doppelweise auf 600 Mk. jährlich. Unverheirathete Söhne haben über das 24. Lebensjahr hinaus Anspruch, wenn sie dauernd erwerbsunfähig sind, und zwar ebenfalls als Halbweise auf 150 Mk., als Doppelweise auf 600 Mk.

Ich gehe davon aus, dass alle pragmatisch angestellten Professoren zu der Institution beitragen, sich gewissermassen solidarisch verbinden sollten, um den edlen Zweck zu erreichen. Daran könnte man Anstoss nehmen, vielleicht weniger seitens der Junggesellen, denen schon der Edelmuth verbietet, sich hier zu weigern, und bei denen auch immerhin die Möglichkeit der Heirath nicht ausgeschlossen ist; mehr dagegen könnte man seitens der katholischen geistlichen Professoren sich für beschwert erachten. Allein es dürfte sich ein Weg zeigen, der auch sie und die welt-

1) In Oesterreich gewährt deshalb der Staat das sog. Sterbequartal. Siehe oben S. 30.

2) Beim Unterstützungsverein sind die bezüglichen Beträge 120 und 180 Mk.

lichen unverheiratheten Professoren wohl zufrieden stellt¹⁾. Ich denke mir die Sache so: Ist der verstorbene Professor ledig oder ein kinderloser Wittwer bzw. ein katholischer Geistliche, so erhalten die Hinterbliebenen unter allen Umständen das Begräbnissgeld, ferner die Mutter und unverheiratheten Schwestern je 150 Mk. pro Jahr, wenn dieselben vom Verstorbenen bei Lebzeiten ausschliesslich unterhalten werden mussten. Der Betrag fällt weg im Fall der Verheirathung oder anderweitiger Versorgung. Die Voraussetzung für diesen Anspruch aber ist, dass der betreffende Professor bei Lebzeiten diejenigen bezeichnet, für welche er ausschliesslich zu sorgen hat. Den in diese Kategorie fallenden Professoren wird zu Beginn jedes Jahres ein entsprechendes Formular zur Ausfüllung zugestellt.

Wenn eine Hinterbliebene im Genuss einer Pension sich befindet und heirathet, so erhält sie auf Ansuchen als einmalige Abfindung das Doppelte des Jahresbetrags, den sie aus der Wittwen- und Waisenkasse bisher bezog.

Könnten diese Bezüge verabreicht werden, lassen sie sich im Lauf der Zeit noch etwas steigern, so wäre wohl allen Familienvätern und insbesondere denen, welche keine grossen Einnahmen aus Kolleggeld haben, eine grosse Beruhigung gegeben; es wäre ihnen, die vielleicht grosse Gelehrte sind, auf dem Gebiet der Wissenschaft Bedeutendes geleistet haben, wenigstens die Bitterkeit erspart, dass sie ihr arbeitsreiches Leben nicht mit dem Bewusstsein schliessen, dass nach ihrem Tod ihre Hinterbliebenen noch darben müssen.

Doch wie stellt sich nun das finanzielle Bild, das ich hier skizzirt habe; ist es wahrscheinlich, dass man mit den ange deuteten Einnahmen die in Aussicht gestellten Leistungen erfüllen kann? Naturgemäss ist bei einer so kleinen Zahl von Mitgliedern, die allen möglichen Zufälligkeiten ausgesetzt ist, eine sichere Rechnung nicht möglich; aber eine grosse Wahrscheinlichkeit glaube ich doch für das Gelingen in Anspruch nehmen zu dürfen. Es

¹⁾ Man könnte vielleicht auch geltend machen, dass die geistlichen Professoren sich nicht beklagen dürften, da sie im Gehalte mit den andern Professoren gleichgestellt seien, während früher immer Unterschiede gemacht wurden; so hatten z. B. nach der Organisationsakte des Grossherzogs Ferdinand für die Universität Würzburg vom 7. Sept. 1809 die geistlichen ordentlichen Professoren 200 fl. weniger als die weltlichen. Allein ich stehe hier auf dem Standpunkt der Parität.

sind mir die Daten der beiden anderen Universitäten nicht zugänglich, ich muss also mit dem Beispiel von Würzburg die Sache klar zu machen suchen.

Wir wollen von folgender Annahme ausgehen. Sämmtlich pragmatisch angestellte Professoren (Ordinarien und Extraordinarien) sind Mitglieder der Kasse und sämmtliche zur Zeit lebende Professorenwittwen und nach unseren Bestimmungen bezugsberechtigte Waisen wären nach obigen Normen aus der Kasse mit den oben genannten Beträgen zu bedenken; es wäre diese Zahl als eine Art Beharrungszustand anzusehen.

Soweit ich festzustellen vermochte, leben zur Zeit 16 Professorenwittwen, deren Männer zuletzt an hiesiger Universität wirkten; minderjährige oder sonst zu unterstützende Professorensöhne oder Töchter sind zur Zeit keine vorhanden; dagegen leben 4 volljährige unverheirathete Professorentöchter, welche Halbweisen, und 7, welche Doppelweisen sind. Unverheirathete Schwestern und Mütter von verstorbenen unverheiratheten und geistlichen Professoren sind mir nur 2 bekannt, doch will ich deren 4 annehmen, da hier meine Nachforschung auslässt.

Der Jahresbedarf für die Genannten würde sich folgendermassen stellen:

16 Wittwen à 600 Mk. =	9600 Mk.
4 Halbweisen à 150 Mk. =	600 „
7 volljährige weibliche Doppelweisen à 600 Mk. =	4200 „
Etwa 4 Schwestern oder Mütter à 150 Mk. =	600 „
Für Begräbnissgelder und Abfindungen durchschnittlich pro Jahr	600 „
	15600 Mk.

Die Einnahmen, die diesem Bedarf gegenüber stehen, lassen sich folgendermassen schätzen: In den vier Semestern W.-S. 1894/5 bis S.-S. 1896 betrug an hiesiger Universität die Kollegiengeldeinnahme der ordentlichen und ausserordentlichen Professoren im jährlichen Durchschnitt 160530 Mk.¹⁾; dazu kommen noch

¹⁾ Es hatten an jährlicher Kollegiengeldeinnahme

20 Professoren bis zu			500 Mk. pro Jahr		
10	„	„ „	501—2000	„	„ „
8	„	„ „	2001—5000	„	„ „
7	„	„ „	5001—10000	„	„ „
5	„	über	10000	„	„ „

schätzungsweise 10000 eines Betrags, der sich der genauen Feststellung entzieht; 5% machen hievon rund 8500 Mk. Die Zahl der Promotionen betrug im Durchschnitt der Schuljahre 1894/5, 1895/6 210, macht à 10 Mk. 2100 Mk.; aus der Rektoratskasse 500 Mk., von bisherigen Bezügen des Rektors ca 1100 Mk. Die Mittel eines Jahres (12200 Mk.) würden nicht ganz ausreichen, um einen Jahresbedarf im Beharrungszustand zu befriedigen, doch würden sie gross genug sein, um für 11 Wittwen, 4 Halbwaisen, 7 volljährige Doppelwaisen und noch 4 weitere Schwestern und Mütter verstorbener lediger Professoren in dem betreffenden Jahre zu sorgen. Bis aber eine solche Zahl von Bezugsberechtigten vorhanden sein wird, vergehen eine Reihe von Jahren, und bis gar der Bestand von 16 Wittwen etc. erreicht ist, sicherlich mehr als 20 Jahre; bis dahin werden viele solcher Professuren erledigt sein, bei denen dann der 10%ige Satz für die 5000 Mk. übersteigende Kollegiengeldeinnahme in Betracht kommt, und bis dahin wird es auch gelungen sein, einen mässigen Vermögensstock zu bilden, der eine Zinseneinnahme gestattet; so wird man, wenn die Universität wenigstens ihre jetzige Höhe des Studentenbesuchs aufrecht erhält, mit den laufenden Einnahmen auch in Zukunft den Anforderungen gewachsen sein. Um jedoch allen Wechselfällen und einer gesunden Entwicklung der Kasse gerecht zu werden, wird sich empfehlen, etwa folgende Bestimmung zu treffen:

Alle Zuwendungen aus der Rektoratskasse, alle Legate und Geschenke, sowie sonstige ausserordentliche Anfälle sind zu admassiren. Der Rest der Einnahme incl. Zinsen dient nach Abzug der Verwaltungskosten dem Zweck. Reicht diese Summe nicht aus, um die obigen Beträge zu leisten, so treten entsprechende Kürzungen ein. Ist die Summe, die für den Zweck zur Verfügung steht, grösser als der Bedarf, so kann eine Erhöhung der Pensionen ins Auge gefasst werden, sobald das rentirende Vermögen 150000 Mark beträgt.

Ein solches Vermögen wirft bei 3,5 % eine Rente von 5250 Mk. ab, das ist reichlich soviel, als etwa $\frac{1}{3}$ des Bedarfs im Beharrungszustand. Wenn ein solches Vermögen gebildet ist, wird man es für berechtigt ansehen müssen, dass auch für die Hinterbliebenen wieder etwas geschieht. Viel günstiger würde freilich die ganze Lage sein, wenn sich schon jetzt diejenigen, welche im Jahr mehr wie 5000 Mk. Kolleggeld einnehmen, ent-

schliessen könnten, vom Ueberschuss 10% zu zahlen; dann würden sich ergeben

$$\begin{array}{rcl} 5\% \text{ von } 109\,111 \text{ Mk.} & = & 5455 \text{ Mk.} \\ 10\% \text{ von } 61\,419 \text{ „} & = & 6142 \text{ „} \\ & & \hline & & 11597 \text{ Mk.} \end{array}$$

$$\begin{array}{rcl} \text{Die übrigen oben bezeichneten Einnahmen} & 3700 \text{ „} & \\ & & \hline & & 15297 \text{ Mk.} \end{array}$$

Bis der Beharrungszustand erreicht wäre, liesse sich dann ein ziemlich beträchtliches Vermögen bilden, und man könnte wohl bald zu einer Erhöhung der Präbenden schreiten, namentlich den Betrag der Wittwen auf ca. 900 Mk. steigern. Weitere Detailbestimmungen, namentlich die über die Art der Verwaltung können hier vorerst übergangen werden¹⁾. Nur hinsichtlich jener Professoren, welche wegberufen werden, mag noch eine Bemerkung Platz greifen. Da deren Hinterbliebene definitiv aus dem Versorgungskreis ausscheiden, könnte man daran denken, ihnen eine Entschädigung, z. B. die Rückgewähr von $\frac{1}{3}$ ihrer Einzahlungen, anzubieten; man wird aber besser darauf verzichten; derjenige, der einen Ruf annimmt, mag sich seitens des neuen Staats schadlos halten lassen.

Gegen die von mir vorgeschlagene Einrichtung könnte man einen naheliegenden Einwand machen. Man wird vielleicht sagen: eine generelle Durchführung an den drei Universitäten ist unmöglich, da Erlangen schon in der Lage ist, den Wittwen und Waisen unter Umständen erhebliche Beträge zu geben. Dem gegenüber ist jedoch vor allem zu betonen, dass die Erlanger Kasse eine reine Privatanstalt ist, deren Verhältnisse an sich ganz ausser Acht gelassen werden könnten. So wenig es auf die Pensionsbezüge einen Einfluss haben darf, wenn jemand sein Leben mit 100 000 Mk. versichert hatte, so wenig könnte es an sich störend sein, wenn Erlangen in der Lage ist, in Folge der Hochherzigkeit eines preussischen Königs und in Folge der Rücklagen früherer Kollegen noch ein Mehres zu thun. Allein wir wollen eine solche Ignorirung gar nicht vornehmen, sondern uns auf den Standpunkt stellen, dass die Statuten dem neuen Zweck adaptirt werden. Da zeigt sich sofort, dass die Erlanger Einrichtung im Anschluss an meinen Plan sehr wohl verbesserungsfähig ist. So könnten, wenn der Kollegiengeldabzug eintritt, für die Erlanger Wittwenkasse vor allem die bisherigen

1) Vgl. den Entwurf, den ich in Beilage 1 beigelegt habe.

Eintrittsgelder und jährlichen Beiträge in Wegfall kommen. Das würde hinsichtlich des ersten Postens sicher als eine grosse Wohlthat von allen Neueintretenden empfunden werden. Ein Eintrittsgeld von 5% des Anstellungsgehaltes und seiner Erhöhungen ist, da es zusammenfällt mit der Entrichtung der ohnehin schon 10% betragenden geheimen Rathstaxen und der Anstellungsgebühr, ein empfindliches Opfer. Für einen Ordinarius, der mit dem Normalgehalt von 4560 Mk. angestellt wird, betragen die 5% nicht weniger wie 228 Mk. Nehmen wir an, dass er selbst 30 Jahre lang der Universität angehört, so kommen von den 228 Mk., wenn man sie ohne Rücksicht auf Zinsen auf diese Anzahl von Jahren gleichmässig vertheilt, auf jedes Jahr 7,60 Mk. Der jährliche Beitrag ist auf 18 Mk. festgesetzt. Zusammen ergeben sich sonach 25,60 Mk. Alle Professoren, die aber bis 500 Mk. Kolleggeld haben, würden auch nach meinem Modus nicht über 25 Mk. abgezogen erhalten. Da in Würzburg die Professoren, welche weniger wie 500 Mk. Kolleggeld im Jahr haben, 40% ausmachen und in Erlangen wohl ein ähnlicher wenn nicht höherer Prozentsatz herauskommen dürfte, so ergibt sich, dass bei Wegfall der bisherigen Einzahlungen und Ersetzung durch die von mir vorgeschlagenen Abzüge beinahe die Hälfte der Professoren nicht mehr wie bisher zahlt, ja ein Theil sogar noch erheblich erleichtert wird. Ferner ist der Erlanger Modus auch unzureichend in Bezug auf seine Leistungen. Ein Begräbnissbeitrag von 54 Mk. ist kaum der Rede werth; der Reliktenbezug von 900 Mk. ist reichlich, wenn es sich nur um eine Wittwe handelt, aber leicht ungenügend, wenn er sich auf viele Familienglieder vertheilt; bei dem Erlanger System ist zu wenig individualisirt. Auch die einmalige Leistung an die Hinterbliebenen eines unverheiratheten Professors muss als absolut ungenügend und als kein anständiges Aquivalent für seine Zahlungen angesehen werden. Für die unverheiratheten Töchter, die über 25 Jahre alt sind, ist überhaupt nicht gesorgt, ebenso nicht für erwerbsunfähige Söhne.

Wenn also Erlangen seine bisherigen Beitragsleistungen der Professoren durch die von mir vorgeschlagenen ersetzt¹⁾ und ebenso

¹⁾ Man kann in Erlangen eventuell auch manche Zuflüsse fallen lassen, z. B. die Abzüge gegenüber dem Rektor; im Uebrigen bleibt zu beachten, dass in Erlangen zwar gleichviel Professoren wie in Würzburg sind, die Kolleggeleinnahme aber etwas geringer ist, wie hier, die Abzüge für die Kasse also auch kleinere Summen ergeben.

die Leistungen umformt, so wird es wohl etwas reichlichere Pensionen gewähren können wie die beiden andern Universitäten, aber sehr gross dürfte der Unterschied nicht werden, weil in Erlangen auch die Theologen meist verheirathet sind und die Zahl der unverheiratheten Töchter leicht grösser als anderswo wird. Günstig für die Erlanger Kasse ist freilich, dass Erlangen zu jenen Universitäten gehört, welche einen grossen Wechsel in ihrem Lehrkörper zu verzeichnen haben. Junge Kräfte werden berufen, welche aber sehr häufig die Erlanger Universität später wieder mit einer andern vertauschen; in Folge dessen hat die Universität etwas weniger Professoren, die dort ihre Thätigkeit unter Hinterlassung von Wittwen und Waisen beschliessen.

Man könnte weiter gegen die Einrichtung einwenden, dass sie unvollkommen sei insofern, als sie keinen Ausgleich dafür schaffe, dass die Studenten immer mehr von den kleineren Universitäten, wenn auch oft zu ihrem eigenen Schaden, sich wegwenden und der Attraktionskraft der Centrale folgen, dadurch also den Münchener Professoren immer mehr Kollegelder zuführen. Ich möchte jedoch diesem Einwand, der namentlich für Erlangen gar nicht zutrifft, kein sehr grosses Gewicht beilegen; es hat München auch viel mehr Lehrkräfte, es ist in mancher Hinsicht wie besonders in Bezug auf Wohnung theurer u. s. w.¹⁾. Hält man diesen Ausgleich für ungenügend, dann könnte man eine gemeinsame Anstalt für die drei Universitäten ins Auge fassen, was dann allerdings den Vorzug hätte, dass das Risiko sich gleichmässiger vertheilte und die Professorenwittwen und -Waisen stets gleiche Beträge in

¹⁾ Mein statistisches Material reicht zur Prüfung nicht aus. Im Jahr 1893/94 — das letzte Jahr für welches alle Daten publizirt sind — betrug das Kollegiengeld in München 351 866 Mk., in Würzburg 184 511, in Erlangen 165 218; ordentliche und ausserordentliche Professoren gab es in München 95, in Würzburg 51, in Erlangen 51. Vertheilt man, was aber unzulässig ist, die obigen Kollegiengeldsummen auf sämmtliche Professoren, so erhält man als Durchschnittssatz für München 3704 Mk., für Würzburg 3618 Mk., für Erlangen 3240 Mk. Rechnet man aber auch die Privatdozenten, die doch auch, wenn auch zum Theil wenig Kolleggeld beziehen, so ergeben sich für München 167, für Würzburg 73 und für Erlangen 58 Lehrkräfte, und obige Summen vertheilen sich dann so, dass in München der Durchschnittsbetrag 2107 Mk., in Würzburg 2527, in Erlangen 2848 Mk. ausmacht.

ganz Bayern erhielten, aber der Zuwendung von Legaten, Geschenken sicher abträglich wäre¹⁾).

Wichtiger ist wohl ein letzter Einwand. Meine bisherigen Betrachtungen gingen davon aus, dass alle Professoren an den drei Universitäten einmüthig den von mir vorgeschlagenen Modus im Prinzip billigen, und dadurch die Nachahmung des preussischen Verfahrens unnöthig und unmöglich machen, dann könnten die drei Anstalten — oder eine einheitliche statt der dreien — mit dem Jahr 1897/98 oder 1898/99 in Kraft treten, und jede neue Wittwe und jede neue Waise würde sofort einen Zuschuss erhalten; es wäre ein herrlicher Abschluss des 19. Jahrhunderts und eine glänzende Einleitung des 20. an den bayerischen Universitäten. Alle Hochschulen Deutschlands müssten mit Hochachtung auf die bayerischen blicken, die so für die Hinterbliebenen ihrer Kollegen sorgen, und jeder Professor würde sich glücklich schätzen, an eine bayerische Universität gelangen zu können. Allein ich höre da Manchen sagen, eine solche Einmüthigkeit sei nicht zu erwarten. Die Verhältnisse des Einzelnen seien individuell zu verschieden; der eine sei Wittwer ohne unversorgte Kinder, der andere hoch in der Lebensversicherung, der dritte von Haus aus ein reicher Mann, der vierte ein verbitterter Junggeselle u. s. w. Diese und alle jene Professoren, welche hohe Kollegiengeeldeinnahme haben, würden einen Abzug vom Vorlesungshonorar ablehnen; es würde sie nicht rühren, dass die schlecht gelohnten Kollegen opferwillig genug sind, um selbst von ihrer kleinen Einnahme noch 5% zu opfern, es werde sie nicht rühren, dass Wittwen ehemaliger Professoren weiter darben und in Vergessenheit und Kummer, geplagt von den Gebrechen des Alters, im Verborgenen ihr Elend weiter tragen, es werde sie nicht rühren, dass die unverheiratheten Töchter solcher Kollegen, welche nicht Reichthümer anhäufen konnten,

¹⁾ Bezüglich Erlangens könnte man dann analog verfahren, wie es in Preussen 1889 geschehen ist. Die Erlanger Kasse würde, da sie nach ihrem Stiftungsbrief nicht aufgehoben werden kann, solange die Universität besteht, einfach erhalten bleiben; an Stelle der alten Leistungen würden theils die gleichen, theils erhöhte treten; aus dem allgemeinen Fonds würde einfach das Fehlende zugeschossen. Voraussetzung für dieses Verfahren wäre freilich, dass die Wittwenpension aus dem allgemeinen Fonds auf 900 Mk. wenigstens gesteigert werden könnte. Will man das nicht, dann ist und bleibt eben die Erlanger Kasse eine Zusatzkasse.

ihr tägliches Brod mit allen möglichen Bitternissen erwerben müssen.

Ich weiss nicht, ob diese Schwarzseher wirklich Recht behalten. Vorerst glaube ich doch zu stark an den idealen Sinn der Professoren.

Und wer garantirt denn dem, der sich so hartherzig weigern wollte, dass ihn nicht schon in nächster Zeit der Tod ereilt und er für ein kleines Opfer auch seinen Hinterbliebenen einen erfreulichen Zuschuss verschafft hätte? Und sollte das Moment, dass durch eine derartige Einrichtung die preussische Halbirung vermieden werden kann, dass man nicht eigensüchtig dem Nachfolger in der Professur schadet, dass man einen tüchtigen Ersatz ermöglicht und dass dann auch ein gemeinsames materielles Band sämtliche Professoren einer Universität umschlingt und der leicht verdiente Ueberfluss der einen in durchaus billiger Weise auch den andern in etwas zu Gute kommt, nicht auch bei Manchen Eindruck machen?

Doch dem sei wie ihm wolle. Weigert sich ein grosser Theil, namentlich derer, welche beträchtliche Einnahmen aus Kollegiengelder haben, nun so unterbleibt die Wohlthat; was die Kollegen dafür eintauschen, wollen wir abwarten¹⁾.

Sollten sich aber nur Wenige ausschliessen, so wäre es empfohlen, für die übrigen doch eine derartige Kasse in's Leben zu rufen und zu verlangen, dass alle Neuangestellten zum Beitritt gezwungen werden. Professoren, die jetzt bereits ein gewisses Alter überschritten haben, z. B. über 65 Jahre alt sind, könnte man dann natürlich, so hässlich das auch ist, nicht zulassen. Den sich selbst Ausschliessenden wäre von vornherein jegliche Aussicht auf Unterstützung ihrer Hinterbliebenen aus Universitätsmitteln im Fall der Dürftigkeit zu versagen. Natürlich würde unter solchen Umständen der Fall eintreten, dass man in den ersten Jahren wenn nicht Legate oder Erbschaften anfallen, nicht in der Lage wäre, die vollen Pensionszuschüsse zu gewähren.

Vergegenwärtigen wir uns noch zum Schluss die finanziellen Wirkungen der verschiedenen gestreiften Modalitäten.

¹⁾ Dass durch Zwang eine derartige Institution eingeführt werden könnte, ist wohl kaum zu bestreiten, allein ich sehe davon ab.

Wird der preussische Reformmodus in Bayern angenommen, so bedeutet das für die Würzburger Universität, dass, wenn alle Professuren, die mehr wie 3000 Mk. im Jahre Kolleggeld haben, neu besetzt sind und die Studentenzahl die gleiche ist, wie in den letzten zwei Jahren, die neuen Professoren 42 052 Mk. weniger an Honorar erhalten, als ihre Vorgänger, und zwar haben diese Summe lediglich diejenigen abzugeben, welche mehr wie 3000 Mk. Kolleggeld haben.

Wenn dagegen alle Professoren nach meinem Modus zu einer ergiebigen Wittwen- und Waisenversorgung beitragen, dann büssen sie jetzt von ihren Honorareinnahmen ca. 8500 Mk. (in weiterer Zukunft ca. 11600 Mk.) ein, davon bringen aber 2205 Mk. jene Professoren auf, die unter 5000 Mk. Kolleggeld haben; alle erhalten aber für ihr Opfer ein Aequivalent in der Fürsorge für ihre Hinterbliebenen.

Würden endlich alle weltlichen Professoren dem allgemeinen Unterstützungsverein für Civilbeamten und der damit verbundenen Töchterkasse angehören, so müssten sie, wenn sie gleich nach ihrer Ernennung beigetreten wären, nach ihren dermaligen Gehältern 3662 Mk. Wittwen- und Waisenfondsbeiträge und ca. 3264 Mk. Vereins- und Töchterkassenbeiträge, im Ganzen also 6926 Mk. jährlich entrichten, würden aber für ihre Hinterbliebenen viel unvollkommener sorgen, als nach meinem Modus vorgesehen ist.

Ich meine, die Entscheidung wäre nicht gerade schwer.

Allein es wäre immerhin möglich, dass das bayerische Ministerium dem preussischen Vorgehen folgen zu müssen glaubt. Dann verschone es uns wenigstens mit den Gratifikationen und willkürlichen Zulagen an die aktiven Professoren und gewähre statt dessen reiche Zuschüsse an die an den einzelnen Universitäten zu bildenden Wittwen- und Waisenkassen¹⁾, so dass diese dann mit einem ganz geringen Abzug von etwa 2 % von allen Kolleggeldern auszukommen vermöchten²⁾.

1) Die Schwierigkeiten, die der § 2 der Satzungen des Allg. Unterstützungs-Vereins bereitet, müssten dann in irgend welcher Weise zu überwinden gesucht werden, wenigstens für diejenigen, welche dem Verein angehören. Die übrigen haben kein Bedürfniss mehr, dem Verein beizutreten.

2) Vielleicht reichen dann auch die Mittel noch dazu aus, um die Pensionen der jetzt lebenden Wittwen und Waisen auf einen gewissen Betrag zu ergänzen und zugleich einen Fonds zu gewinnen, der dem Minister bei Berufungen und behufs Abwehr von solchen zur Verfügung stünde.

Will es auch diesen Weg nicht beschreiten, dann müsste es mindestens ein Aequivalent dadurch schaffen, dass es den ordentlichen Professoren das Gehalt und die Rechte eines Regierungsraths erwirkt. Die Kinder derjenigen Professoren, welche viele Einnahmen haben, werden wohl meist zur Versorgung gelangen; für diejenigen, welche wenige haben, sind die Rechte des Kollegialraths gerade mit Rücksicht auf ihre unversorgten Kinder von Werth. Die neu zu Berufenden und Anzustellenden wären vielleicht zugleich zum Beitritt in den allgemeinen Unterstützungsverein zu zwingen. Auf diese Weise würde wohl auch allmählich ein gewisser Ausgleich sich vollziehen. Für die Hinterbliebenen der zur Zeit in Funktion befindlichen Professoren, welche dem allgemeinen Unterstützungsverein nicht angehören — und das ist weit- aus die Mehrzahl — wäre freilich nur dann etwas ausreichender als bisher gesorgt, wenn sie ein Alter erreichen, hoch genug, um die materiellen Vorthelle, die mit den Rechten eines Kollegialrathes verknüpft sind, wirklich zu gewinnen. Für die ausserordentlichen Professoren kommen die Kollegialrathsrechte ohnehin nicht in Betracht.

Ich schliesse. Mag man der Kollegiengeldreform eine Gestalt geben, welche man will, man vergesse nur nicht die Wittwen und Waisen der Professoren.

Beilage 1.

Statuten-Entwurf zu einer Professorenrelikten-Kasse der Universität Würzburg.

I. Zweck, rechtlicher Charakter und Mitglieder der Anstalt.

§ 1.

An der Universität Würzburg wird eine Anstalt unter dem Namen „Professorenrelikten-Kasse“ gegründet mit dem Zweck, den Hinterbliebenen der an der Universität pragmatisch angestellten Professoren in Ergänzung der staatlich normirten Rechnisse einen weiteren Beitrag zu gewähren.

§ 2.

Die Anstalt besitzt Korporationsrechte und ist insbesondere fähig, Zuwendungen unter Lebenden und von Todes wegen nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu erwerben. Sie geniesst die Rechte der milden Stiftungen.

§ 3.

Sämmtliche pragmatisch angestellte Professoren (Ordinarien und Extraordinarien) sind Mitglieder der Kasse und verbleiben solche, auch wenn sie in den Pensionsstand treten.

II. Zuflüsse der Anstalt.

§ 4.

Der Kasse fliessen zu:

1. ein Antheil von allen Kollegiangeldern der Mitglieder, mögen sie aus Vorlesungen oder Uebungen entspringen, und zwar von der Barsumme, die nach Abzug der Erhebungsgebühr pro Semester jedem Mitglied zusteht, 5⁰/₀; bei Mitgliedern, die erst nach Errichtung der Anstalt an hiesiger Universität ernannt werden, von den Kollegiangeldern, welche pro Semester 2500 Mk. übersteigen, weitere 5⁰/₀, also vom ganzen Ueberschuss 10⁰/₀;
2. von jeder Doktorpromotion 10 Mk. aus den dafür anfallenden Gebühren;

3. der jährliche Ueberschuss der Rektoratskasse mit Ausnahme eines festen Kassenbestandes von 200 Mk.;
4. von den dem Rektor zustehenden Immatrikulationsgebühren und Gebühren für die Schlusszeugnisse zur Prüfung in jedem Einzelfall 1 Mk.;
5. Geschenke, Erbschaften und Legate.

III. Bezüge der Hinterbliebenen der Mitglieder.

§ 5.

Wenn ein Mitglied verstirbt, sei es in Aktivität oder in Pension, so erhalten die erbberechtigten Hinterbliebenen 200 Mk. als Beitrag zu den Beerdigungskosten.

Ebenso werden den nach § 6 im Bezug eines Waisengeldes stehenden Kindern einer im Pensionszustand verstorbenen Wittwe eines Mitgliedes 100 Mk. für den gleichen Zweck gewährt.

§ 6.

Die Wittwe eines verstorbenen Mitgliedes hat bis zu ihrer Wiederverheirathung, andernfalls bis zu ihrem Tod Anspruch auf ein jährliches Wittwengeld von 600 Mk.

Die hinterbliebenen ehelichen oder durch nachgefolgte Ehe legitimirten Kinder eines verstorbenen Mitglieds erhalten bis zum vollendeten 24. Lebensjahr, falls sie nicht vorher in den Stand der Ehe treten, ein jährliches Waisengeld; dasselbe beträgt für jede Halbwaise 150 Mk., für jede Doppelwaise 300 Mk.

Die weibliche Halbwaise hat, so lange sie unverheirathet ist, auch noch über das vollendete 24. Lebensjahr hinaus Anspruch auf ein Waisengeld, und zwar als Halbwaise auf ein solches von 150 Mk., als Doppelwaise auf ein solches von 600 Mk.

Ein Anspruch in gleicher Höhe (von 150 bzw. 600 Mk.) steht unverordneten Söhnen eines Mitgliedes über das vollendete 24. Lebensjahr hinaus zu, wenn sie dauernd erwerbsunfähig sind. Behufs Feststellung der dauernden Erwerbsunfähigkeit ist das Gutachten eines Professors der Medizin der hiesigen Universität, das zugleich Mitglied der Reliktenkasse sein muss, im Verwaltungsweg einzuholen.

§ 7.

Sind beim Tode eines ledigen Mitgliedes oder eines verwittweten Mitgliedes ohne Kinder eine im Wittwenstand lebende Mutter oder unverheirathete Schwestern vorhanden, welche von ihm ausschliesslich unterhalten werden mussten, so erhält die Mutter und ebenso jede Schwester je 150 Mk. jährlich, welcher Betrag bei Verheirathung oder einer anderweitigen Versorgung in Wegfall kommt. Das betreffende Mitglied hat in einer zu Anfang jedes Jahres einzureichenden Erklärung diejenigen Personen zu bezeichnen, welche ausschliesslich von ihm unterhalten werden.

§ 8.

Die weiblichen Personen, welchen jährliche Bezüge aus der Professorenrelikten-Kasse zustehen, erhalten im Fall der Verheirathung und beim Eintritt in einen Orden oder in ein ordensähnliches Institut auf Ansuchen als eine einmalige Abfindung den doppelten Jahresbetrag.

§ 9.

Sämmtliche Leistungen (§ 5–8) können nach dem Stand der Zuflüsse und des Vermögens gekürzt und erhöht werden. (Vgl. § 13.)

§ 10.

Die Hinterbliebenen der Mitglieder sind nur anspruchsberechtigt, wenn wenigstens ein Kollegiengeldabzug für die Kasse erfolgt ist.

§ 11.

Professoren, die wegberufen werden oder freiwillig auf ihr Amt verzichten, verlieren alle Ansprüche für ihre Hinterbliebenen.

§ 12.

Das Wittwengeld (§ 6, Abs. 1) wird fällig mit Ablauf des Sterbemonats und erlischt mit dem letzten Tag des Monats, in welchem die Wittwe verstirbt.

Diese Bestimmung findet analoge Anwendung auf die Halbwaisen (§ 6 Abs. 2, 3, 4), sowie auf die Mutter und unverheiratheten Schwestern der verstorbenen ledigen bzw. verwittweten kinderlosen Mitglieder (§ 7).

Die Bezüge der Doppelwaisen (§ 6 Abs. 2, 3, 4) beginnen nach Ablauf des Sterbemonats der Mutter und enden mit dem letzten Tag des Monats, in welchen der Tod der Doppelwaisen fällt. Die im § 6 und 7 bezeichneten Bezüge werden in monatlichen Raten pränumerando verabfolgt.

IV. Das Vermögen der Anstalt.

§ 13.

Alle Legate, Erbschaften, Geschenke und sonstige ausserordentliche Anfälle, ebenso die Zuwendungen aus der Rektoratskasse sind stets zu admassiren.

Der Rest der Einnahmen inkl. Zinsen dient nach Abzug der Verwaltungskosten dem Zweck. Reicht diese Summe nicht aus, um die im Abschnitt III genannten Leistungen zu bestreiten, so treten entsprechende Kürzungen ein.

Ist dagegen die Summe, die für den Zweck zur Verfügung steht, grösser als der Bedarf, so ist der Ueberschuss ebenfalls zu admassiren. Eine Erhöhung der Rechnisse der Professorenrelikten-Kasse soll erst dann vorgenommen werden, wenn das rentirende Vermögen 150 000 Mk. beträgt; wird dann eine solche vorgenommen, so soll sie so erfolgen, dass sie aller Wahrscheinlichkeit nach auch für die Zukunft festgehalten werden kann.

V. Verwaltung der Anstalt.

§ 14.

Das Kassa- und Rechnungswesen der Anstalt wird der k. Universitäts-hauptkasse gegen billige Vergütung übertragen.

§ 15.

Die Verwaltung des Vermögens steht dem Verwaltungsausschuss der Universität zu, dessen Mitglieder hiefür keine Entschädigung erhalten.

§ 16.

Die Feststellung der Ansprüche erfolgt auf gutachtlichen Bericht des Verwaltungsausschusses durch den akademischen Senat.

§ 17.

Der Jahresetat wird dem Ministerium des Innern f. K. u. Sch.-A. zur Genehmigung vorgelegt; die Revision der Rechnung erfolgt durch die k. Rechnungskammer.

§ 18.

Der Verwaltungsausschuss erstattet in jedem Jahr einen Bericht über die Jahresrechnung und den Stand des Vermögens an den Senat.

VI. Statutenänderung.

§ 19.

Jedes Mitglied hat das Recht, Aenderungen der Statuten zu beantragen; es hat dies in der Weise zu geschehen, dass der motivirte Antrag beim Senat eingereicht wird. Der Senat hat nach Einholung eines Gutachtens des Verwaltungsausschusses den Antrag zu prüfen und seinen Beschluss dem Ministerium vorzulegen, dem die endgültige Entscheidung vorbehalten bleibt.

VII. Ehrung der Wohlthäter der Anstalt.

§ 20.

Alle Zuwendungen durch Erbschaft, Legat oder Schenkung werden in der Universitätschronik des Jahres, in welchem sie angefallen sind, unter Verdankung der edlen Gesinnung vom Rektor erwähnt.

Die Namen derjenigen Wohlthäter, welche mindestens 10000 Mk. der Kasse zugeführt haben, werden ausserdem zum dauernden Andenken auf einer im Universitätsgebäude anzubringenden Tafel verzeichnet.



Beilage 2.

Vergleich der Gehälter der ordentlichen Professoren in Bayern, Preussen und Oesterreich.

Wenn Jemand im Alter von 30 Jahren Ordina- rius wird, so beträgt sein Ge- halt im Alter von	Normalgehälter in Bayern			Die Minimalgehälter in Preussen nach der neuen Ordnung									Die neuen Normalgehälter in Oesterreich			
	Gehalt	Wohnungsgeld	Zusammen	Berlin			Breslau, Bonn, Halle, Königsberg, Kiel			Göttingen, Greifs- wald, Münster			Marburg, Brauns- berg			Wien
				Gehalt	Wohnungsgeld	Zusammen	Gehalt	Wohnungsgeld	Zusammen	Gehalt	Wohnungsgeld	Zusammen	Gehalt	Nicht pensionsfähige Zulage	Zusammen	
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk. ¹⁾	Mk.	Mk.	Mk.
30 Jahren	4560	540	5100	4800	900	5700	4000	660	4660	4000	540	4540	4000	480	4480	5440
34 "	4560	540	5100	5200	900	6100	4400	660	5060	4400	540	4940	4400	480	4880	5440
35 "	4920	540	5460	5200	900	6100	4400	660	5060	4400	540	4940	4400	480	4880	6120
38 "	4920	540	5460	5600	900	6500	4800	660	5460	4800	540	5340	4800	480	5280	680
40 "	5280	540	5820	5600	900	6500	4800	660	5460	4800	540	5340	4800	480	5280	680
42 "	5280	540	5820	6000	900	6900	5200	660	5860	5200	540	5740	5200	480	5680	680
45 "	5640	540	6180	6000	900	6900	5200	660	5860	5200	540	5740	5200	480	5680	680
46 "	5640	540	6180	6400	900	7300	5600	660	6260	5600	540	6140	5600	480	6080	7480
50 "	5820	540	6360	6400	900	7300	6000	660	6660	6000	540	6540	6000	480	6480	8160
54 "	5820	540	6360	7200	900	8100	6000	660	6660	6000	540	6540	6000	480	6480	8160
55 "	6000	540	6540	7200	900	8100	6000	660	6660	6000	540	6540	6000	480	6480	8160
56 "	6000	540	6540	7200	900	8100	6000	660	6660	6000	540	6540	6000	480	6480	8160
60 "	6180	540	6720	7200	900	8100	6000	660	6660	6000	540	6540	6000	480	6480	8160
65 "	6360	540	6900	7200	900	8100	6000	660	6660	6000	540	6540	6000	480	6480	8160
70 "	6540	540	7080	7200	900	8100	6000	660	6660	6000	540	6540	6000	480	6480	8160

¹⁾ 1 fl. = 1,70 Mk. gerechnet.

Beilage 3.

Aus der Organisationsakte des Grossherzogs Ferdinand für die Universität Würzburg vom 7. September 1809 ¹⁾.

§ 16. Den Professoren ist zwar der Honorarienbezug nach Massgabe des 16. Artikels der bisherigen Verfassung bis auf weiteres noch belassen. Es wird jedoch dieser Honorarien wegen eine Revision und Taxation eintreten, überhaupt aber jedem neu anzustellenden Professor in seinem Dekrete die Verbindlichkeit auferlegt werden, sich ohne Entschädigungsansprüche allem demjenigen zu unterwerfen, was der Honorarien wegen in der Zukunft noch bestimmt werden wird.

§ 17. Die Vorlesungen an der Universität müssen ein geordnetes und übereinstimmendes Ganzes ausmachen. Die Lehrer dürfen nicht der Lage preisgegeben sein, von dem Urtheile der Schüler abzuhängen; die Schüler nicht der Gefahr, durch widersprechende und sich gegenseitig aufhebende Lehrvorträge verwirrt zu werden. Es ist die Sache eines und des nämlichen Lehrers, sie mit der Verschiedenheit der Meinungen und Ansichten über einen Gegenstand bekannt zu machen und selbige mit ihnen zu prüfen. Es werden demnach folgende Bestimmungen getroffen:

- a) die Kuratel bestimmt nach Vernehmung der treffenden Fakultäten und nach eingeholter Entschliessung der allerhöchsten Behörde die Lehrfächer, über welche in jeder Fakultät Vorlesungen zu halten sind, die theologische ausgenommen, bei welcher dieses von Seite des bischöflichen Vikariats geschieht.
- b) Nach der Zahl dieser Lehrfächer, welche nur auf das Wesentliche und Nothwendige zu beschränken sind, verbunden mit der Bestimmung, welche und wie viele dieser Fächer von einem und dem nämlichen Professor gelehrt werden sollen und mit der auf diese Bestimmung einwirkenden Rücksicht auf die eigenen Vermögenskräfte des Universitätsfonds, soll sich auch die Zahl der Lehrer richten.

¹⁾ Die ganze Organisationsakte ist abgedruckt in Wegele's Geschichte der Universität Würzburg, 1882, II. S. 507 f.

- c) Die hiernach gleich dermal zu bestimmende Zahl der Lehrer darf schon von jetzt an nicht mehr überschritten werden. Unter den gegenwärtig vorhandenen Professoren ist daher hierzu eine Auswahl zu treffen. Alle diejenigen, welche ausser dieser gewählten und bestimmten Zahl dermal noch vorhanden sind, sollen mit Beibehaltung ihrer ganzen Besoldung und ihres Titels und Ranges pensionirt und von allen Vorlesungen und Funktionen von der Universität dispensirt werden.
- d) Die Professoren haben die Kompendien, nach welchen sie lesen, der Kuratel vorläufig anzuzeigen. Es ist ihnen untersagt, nach Manuskripten oder eigenen geschriebenen Heften zu lesen. Die Lehrbücher, nach welchen sie lesen, müssen — sie seien von ihnen selbst verfasst oder nicht — öffentlich gedruckt sein.
- e) Ohne Vorwissen und Erlaubniss der Kuratel dürfen neue Vorlesungen über irgend einen Gegenstand nicht angekündigt und gehalten werden. Die Kuratel hat hierüber nach Umständen die Befehle der allerhöchsten Stelle einzuholen.
- f) Jedes Lehrfach soll nur von Einem und zwar demjenigen Professor behandelt und gelesen werden, welcher dazu aufgestellt ist.
- g) Nichtsdestoweniger muss jeder Professor ordinarius in allen Lehrfächern seiner Fakultät bewandert und geschickt sein, auf höhern Befehl das eine oder das andere zu übernehmen.
- h) Jeder Professor ist verbunden, vormittags wenigstens zwei, nachmittags wenigstens eine Stunde Kollegium zu halten.
- i) Alle Kollegien ohne Ausnahme, welche in Folge der vorhergehenden Bestimmungen gehalten werden, sind öffentlich und müssen in den dazu bestimmten Hörsälen gehalten werden.
- k) Collegia privata und privatissima finden durchaus nicht mehr statt.
- l) Die bisherige Form des Vorlesungskatalogs ist abzuändern. Die Anzeige der zu lesenden Kollegien ist in diesem Katalog nach den vier Hauptabtheilungen der bestehenden Fakultäten vorzutragen.

§ 18. Der Stand der öffentlichen Lehrer an der Universität theilt sich in ordentliche und ausserordentliche Professoren. Es bestehen künftig nur diese beiden Rangstufen öffentlicher Lehrer. Die der Privatdozenten wird aufgehoben.



Handwritten text, possibly a signature or date, located in the lower center of the page.

157

Druck der Königl. Universitätsdruckerei von H. Stürtz in Würzburg.

Schanz, Georg <<von>>,

<<Das>> Erbe der Wittwen und Waisen der Universitätsprofessoren ein
Beitrag zur Lösung der Kollegiengeldfrage in Bayern

Bamberg 1897

Bavar. 2339 fd

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11801927-8